Wolfsgesellschaft

Carl-Friedrich Berg

Die demokratische Gemeinschaft und ihre Feinde

Der kommende Kulturkampf

HOHENRAIN

›Das provokative Buch‹

WOLFSGESELLSCHAFT

Carl-Friedrich Berg

Wolfsgesellschaft

Die demokratische Gemeinschaft und ihre Feinde



Der kommende Kulturkampf



HOHENRAIN – VERLAG – TÜBINGEN

Satz: Hohenrain-Verlag GmbH, Tübingen
Umschlagmotiv: ›Manhattan‹,
Öl auf Leinwand von Olivier Carré (1980)

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Carl-Friedrich Berg

Wolfsgesellschaft : Die demokratische Gemeinschaft und ihre Feinde. Der kommende Kulturkampf/Carl-Friedrich Berg.
–Tübingen ; Zürich ; Paris : Hohenrain-Verl., 1995
ISBN 3-89180-043-6

ISBN 3-89180-043-6

Inhaltsverzeichnis

7
Vorwort

11
Gemeinschaft statt (offener) Gesellschaft

37
Gemeinschaft und libertäre Ideologie

49
Gemeinschaft und multikulturelle Ideologie

83
Gemeinschaft und christliche Ideologie

99
Gemeinschaft und zionistische Ideologie

129
Gemeinschaft und Psychotherapie

135
Gemeinschaft und feministische Ideologie

143
Gemeinschaft und Ideologie der Menschenrechte

153
Die demokratische Gemeinschaft

171
Epilog: Deutsche Außenpolitik zwischen EU und UNO

185
Verzeichnis ausgewählter Literatur

Vorwort

Convivo ergo sum

Es ist kalt in der offenen Gesellschaft Deutschlands. Seit fast einem halben Jahrhundert haben es die Siegermächte und ihre hiesigen Satrapen verstanden, den Deutschen die Erfahrung einer Gemeinschaft vorzuenthalten, in der sie sich wiederfinden und spiegeln können. Convivo, ergo sum. Ich lebe in einer Gemeinschaft (mit meinesgleichen), also bin ich; denn soziobiologisch ist der Mensch ein soziales Wesen, dessen Psyche evolutionsbedingt immer noch der Geborgenheit und Sicherheit eines vertrauten Umfeldes bedarf. Die Deutschen, deren fehlgeleiteter Gemeinschaftsgeist einst die halbe Welt aus den Angeln hob, wurden als Vergeltung mit dürftigen Ersatzbefriedigungen (Konsum, Hedonismus etc.) abgefunden. Selbst wir ›Nachgeborenen‹ wurden noch (um)erzogen, das Streben nach nationaler Gemeinschaft als fast anstößig zu empfinden.

Dieses Buch beschreibt, wie es zu dem hoffnungslosen Zustand unseres Volkes kommen konnte. Es zeigt auf, daß die Zerstörung der sozialen Netzwerke bestehender Gemeinschaften planvoll geschieht und daß die globalen Akteure in dem Spiel ›Schach den Völkern‹ im wesentlichen dieselben sind wie eh und je – nur mit anderen Tarnkappen. Es zeigt auf, daß sich das Böse in seiner pervertierten Machtambition wie eh und je hinter wohlfeilen Ideologien tarnt, repräsentiert von bestens situierten, machiavellistischen Drahtziehern, die wie eh und je biedermännisch vorgeben, sich für Frieden und internationale Zusammenarbeit sowie gegen Armut einsetzen zu wollen und dennoch nur eines anstreben – die Entmachtung der Völker.

Es sind jene Kräfte, die durch ihre gezielten Handlungen und Unterlassungen schon heute die Kriege und Bürgerkriege von morgen vorbereiten; denn davon leben sie – wie eh und je.

Nichts in diesem Buch ist eine radikale Überziehung. Es sind die Zustände und Zeiten, die radikal sind.

Das Buch wird von vielen als Zumutung empfunden werden, aber genau das soll es sein. Es mutet den Feinden der deutschen Gemeinschaft zu, enttarnt zu werden.

Die Freund-Feind-Bezeichnung ist ein notwendiges dialektisches Mittel jedes zivilisatorischen Fortschritts. Ohne die Benennung des Feindes, so schon Karl Litt, entsteht zivilisatorischer Stillstand. Dieser Erkenntnis war selbst Karl Popper, der Schöpfer der offenen Gesellschaft, nicht abhold; denn auch er benannte die Feinde der gemeinschaftsschädlichen (offenen) Gesellschaft, allen voran den preußischen Philosophen Hegel.

Die Bonner »Oligarchie« (Karl Jaspers) allerdings beschwört fast täglich die Deutschen, nicht zum ›alten‹ Freund-Feind-Denken zurückzukehren. Warum wohl? Ist es etwa die Angst, von dem deutschen Volk selbst als Hauptfeind entlarvt zu werden, als eben das Parteienkartell (CDU, SPD, FDP, CSU), das es bis heute verstanden hat, selbstbestimmtes Handeln des eigenen Volkes zu verhindern, und das sich durch den ›Coup von Maastricht‹ anschickt, den Zustand seiner Entmündigung und der Entfremdung von seiner eigenen Identität zu verewigen?

Maßgebliche Vertreter dieses Kartells haben immer wieder die Unumkehrbarkeit des Maastricht-Coups gefordert. Dieser Prozeß zur Liquidation der Nation mag inzwischen in der Tat für »irreversibel« (Kohl) gehalten werden. Und dennoch sollten wir es mit Luther halten und heute noch einen Apfelbaum pflanzen; denn nur die Nation ermöglicht Solidarität, Selbstbestimmung, Nähe und Vertrautheit.

Dieses Buch soll die Richtung zur Einführung wahrer Demokratie im Rahmen einer harmonischen Solidargemeinschaft weisen. Es soll auch dazu beitragen, anachronistische, von unseren Feinden künstlich aufrechterhaltene Links-Rechts-Positionen, die heute nur noch als Mittel zur inneren Spaltung der Gemeinschaft und des sie tragenden Mittelstandes dienen, zu beseitigen und das bestehende Defizit der inneren Einigung aufzulösen.

Das Buch ist nur einer von vielen Apfelbäumen, die es zu pflanzen gilt – jeder an seinem Platz. Es ist eine von vielen gewaltfreien Aktionen wider die gemeinschaftsfeindlichen Machenschaften des Viererkartells, das durch seine reaktionäre, fremden Interessen dienende Entnationalisierungspolitik den »Kulturkampf« (Bismarck) gegen sich selbst probt.



Gemeinschaft statt (offener) Gesellschaft

Gemeinschaft und Gesellschaft bestehen beide aus einer Gruppe von Menschen, die in der Gesellschaft »nicht wesentlich verbunden, sondern wesentlich getrennt sind« (Ferdinand Tönnies), während sie in der organisch entstandenen Gemeinschaft trotz aller Trennungen wesentlich verbunden sind und bleiben. Die Verbundenheit (sprich: Solidarität) in der Gemeinschaft entsteht durch gemeinsame Identität und das gemeinsame Interesse, diese zu erhalten. Identitätsmerkmale sind vor allem die gemeinsame Kultur und die gemeinsame Sprache, das entschiedene Bekenntnis zu beiden und der Wille, beide gegen feindliche Kräfte der Zersetzung zu verteidigen. Die Gesellschaft dagegen ist ein künstliches, ›äußerliches‹ Gebilde.

Je homogener eine Gruppe, desto weniger anfällig ist sie gegen zersetzende äußere Einflüsse und desto befriedeter ist sie im Inneren.

In einer Gesellschaft gibt es Klassenkämpfe, in der Gemeinschaft den Kompromiß und die Kooperation. Die Gesellschaft atomisiert Menschen zu bloßen Individuen, die Gemeinschaft verschmelzt sie zu einem zivilisatorisch höheren ›Wir‹. Die Gemeinschaft schafft Geborgenheit, Wärme und das Gefühl der Zusammengehörigkeit, die Gesellschaft schafft Kälte, Distanz und das Gefühl der Fremdheit. Die Gemeinschaft schafft Vertrautheit, die Gesellschaft Anonymität und Isoliertheit. Die Gemeinschaft schafft Solidarität, die Gesellschaft Streit. Die Gemeinschaft schafft Loyalität, die Gesellschaft Verrat und Intrige. Die Gemeinschaft macht den Einzelnen

stark, die Gesellschaft macht ihn schwach. Die Gemeinschaft übt kulturelle und territoriale Selbstbeschränkung, um ihre Einheit nicht zu gefährden, die Gesellschaft ist maßlos.

Mit anderen Worten: Der Import nichtkompatibler Kulturen durch Menschen oder Medien in eine bestehende homogene, harmonische Solidargemeinschaft, die gewaltsame Einverleibung anderer Kulturen im Wege militärischer Eroberungskriege oder deren vertragliche Zwangszusammenführung à la Maastricht, sind gleichermaßen gemeinschaftsschädlich, wenn sie nicht von den Völkern mitgetragen werden. Multikulturismus, ›Hollywoodisierung‹, imperialistische Eroberungskriege oder die dem deutschen Volk aufoktroyierte EU-Mitgliedschaft sind bzw. waren gleichermaßen gemeinschaftsschädlich.

Die Gemeinschaft steht im krassen Gegensatz zur popperschen (offenen) Gesellschaft. Die Philosophie der Gemeinschaft ist dienend, die der (offenen) Gesellschaft final (zweckerfüllend).

Die Qualität der Freiheit innerhalb einer Gemeinschaft ist eine andere als die der Gesellschaft. Die homogene, harmonische Gemeinschaft, in die sich der einzelne Mensch eingebettet findet, produziert idealiter die Freiheit ›von‹ Furcht, die Gesellschaft, in der der Mensch als individuelles Selbst in einem fremden, bedrohlichen und gewalttätigen Umfeld weitgehend auf sich allein gestellt ist, produziert dagegen das Entstehen gerade dieser Furcht und macht ihn damit unfrei und für fremde Interessen (zum Beispiel Religionen, Ideologien usw.) anfällig.

Es ist eben diese Freiheit von Furcht, die den befriedeten Menschen schafft, der keine Aggressionen gegen seine Nachbarn entwickelt, nicht so sehr die ebenfalls wichtigen Sekundärfreiheiten der Gesellschaft wie zum Beispiel die Konsumfreiheit oder die Reisefreiheit.

Der Weg zu einer homogenen Solidargemeinschaft führt

im Wege einer Güterabwägung notwendigerweise zur Diskriminierung von gemeinschaftsschädlichen Sonderinteressen. Dem Gut einer homogenen, harmonischen Gemeinschaft werden besondere Partikularinteressen untergeordnet. Diese Unterordnung ist unter anderem zugleich der Preis für den Zugewinn an Solidarität und die Befreiung von Furcht.

Karl Popper behauptet nun gerade umgekehrt, daß wir die »inneren Spannungen« und die »Last« einer entsolidarisierten Gesellschaft auf uns zu nehmen hätten, und zwar als einen »Preis für die Humanität«. Hat Popper recht, oder handelt es sich nur um eine schlitzohrige jüdische Semantik zur intellektuellen Verwirrung schlichter Geister?

Es gibt erschreckende Zahlen, welchen Preis der Übergang von einer Gemeinschaft zu einer überindividualisierten Wolfsgesellschaft fordern kann.

Auch wenn im Gegensatz zu konfuzianisch-marktwirtschaftlichen Gemeinschaften die kommunistisch-planwirtschaftlichen Staaten des ehemaligen Ostblocks ökonomisch gesehen nur Not- oder Mangelgemeinschaften mit einem erheblichen Defizit individueller Freiheitsrechte waren, sie hatten vor den westlichen Gesellschaften doch einen erheblichen Vorsprung an Homogenität, Harmonie und Solidarität, den sie durch die abrupte Zerschlagung dieser Gemeinschaften verloren haben.

Es ist gerade dieser Vorsprung an Homogenität, Harmonie und Solidarität, den China heute zu nutzen versteht. China hat, auch durch die neuerliche Hinwendung zum Konfuzianismus, die Gemeinschaft beibehalten, gleichzeitig aber wird die Marktwirtschaft sukzessive eingeführt. Diese Kombination von Gemeinschaft und Marktwirtschaft ist der Schlüssel zum Erfolg. Er hat China im Jahre 1994 ein reales Wirtschaftswachstum von etwa 10 % gebracht, Zuwachsraten, denen sich auch Deutschland annähern könnte, wenn die hiesige Streit-

gesellschaft in eine harmonische marktwirtschaftliche Gemeinschaft umgewandelt würde; denn eine solche Umwandlung setzt erhebliche synergetische Kräfte frei.

Die Versöhnung von Gemeinschaft (nicht Gesellschaft) und Kapital ist der eigentliche Inhalt der Konvergenztheorie. Die Nation selbst ist ein Großunternehmen. Dieses Unternehmen und die Subunternehmen bzw. ihre Kopfstellen (Verbände) sind optimal aufeinander abzustimmen, zum Wohle der Gemeinschaft, zum Wohle aller Deutschen. Wir nennen diese Abstimmung neudeutsch ›social engineering‹. Das Großunternehmen Nation ist quasi eine Familie, die unter Vermittlung solidarischer Werte und in skeptischer Distanz zu entmündigenden Kräften metaphysischer Provenienz fürsorglich zu führen ist. Der ehemalige Ostblock (ohne frühere DDR) aber kollabiert und mit ihm die Gemeinschaften. Die Menschen leiden.

Nach einer Studie von UNICEF (United Nations Children's Fund) ist in Rußland die Zahl der Morde je hunderttausend Einwohner zwischen 1991 und 1993 von 10 auf 19,6 gestiegen, hat sich also fast verdoppelt. Im Vergleich: Die US-Mordrate für 1993 betrug 9,3.

In Ungarn stieg die Mordrate unter der männlichen Bevölkerung zwischen 20 und 59 Jahren in demselben Zeitraum um 55 %. Auf jeden Mord, und dies ist noch erschreckender, kommen 9 Selbstmorde.

Betrachten wir des weiteren zur Höhe des Preises, den wir für das, was Popper unter ›Humanität‹ versteht, zahlen sollen, die USA, den mit jüdischen ›pressure groups‹ durchsetzten Prototyp der offenen Gesellschaft.

Die USA wurden bekanntlich überwiegend von Kriminellen, Glücksrittern, Ausgestoßenen (›Diskriminierten‹), Unterprivilegierten und spinnerten Religionsfanatikern des alten Europas gegründet. Der Sklavenhandel, das Indianergenozid, der Cowboykult, die Brutalität Hollywoods, der barbarische Vietnamkrieg, das unnötige Ab-

schlachten von Millionen deutscher Zivilisten durch ein verbrecherisches Flächenbombardement (zum Beispiel Dresdens), der Abwurf der Hiroshima-Bombe, dies alles sind die Früchte dieses schillernden, unaristokratischen Auswurfs Europas.

Es wurde ein Land geschaffen, in dem der Mensch das Zuordnungs*objekt* des Dollars und zum vegetierenden Konsumidioten wurde [›Shop 'til you drop!‹ (›Kauft bis zum Umfallen!‹), ›Born to shop‹ (›Geboren, um zu kaufen‹)], ein Land, in dem die Menschen in den Städten durch überbordende Kriminalität einen Teil ihrer Bewegungs- und Handlungsfreiheit bereits eingebüßt haben. Sie haben ein Land geschaffen, in dem man so frei war, die Umwelt ohne Beispiel zu zerstören (»Machet Euch die Erde untertan!«). Sie haben ein Land geschaffen, in dem die Korruption der Meister der Politik ist.

Das alles beherrschende Wort der entsolidarisierten US-Gesellschaft heißt ›positiv‹. »Think positive«! (›Denke positiv!‹) ›Positiv‹ ist zu einem orwellschen ›Catchword‹ für egoistisch, skrupellos, bedenkenlos, rücksichtslos, habgierig, unkritisch usw. geworden. Positiv geht die Welt zugrunde. Positiv zerstören wir die Natur. Positiv töten, betrügen und erpressen wir den Nächsten.

In einer entsolidarisierten Gesellschaft ist auch das Wort ›Hero‹ (Held) inflationär. Bereits natürliche Akte von Solidarität qualifizieren zum Heldentum. Ständig werden in dieser kaputten, sensationsgeilen Gesellschaft neue Helden geboren. Jemand, der, einer natürlichen menschlichen Regung entsprechend, ein verletztes Kind aus der Oklahoma-Ruine rettet, ist ein Held. Jemand, der einen Ertrinkenden rettet, ist ein Held. Die Gesellschaft hat jegliche Maße verloren. Wo Solidarität ideologisch nicht vorgesehen ist, wird sie zur Heldentat.

Die Zustände haben sich in den USA, vor allem in den letzten drei Jahrzehnten, dramatisch verschlechtert. Manche sprechen heute von einer objektiv bestehenden

vorrevolutionären Situation, die wegen der blinden Religiösität der Mehrheit der US-Amerikaner aber kaum in eine Revolution umschlagen wird. Diese programmierten und domestizierten Menschen neigen eher dazu, die Zustände als ›gottgewollt‹ oder als Vorzeichen eines nahen gottgewollten Weltunterganges zu deuten.

Anfang 1990 waren bereits 14 % der Amerikaner von Armut betroffen.

Seit Mitte der 70er Jahre ist die Armut unter jungen Erwachsenen (18 bis 34 Jahre) um 50% gestiegen; die Anzahl der Kinder, die in Armut leben, nahm in den letzten dreißig Jahren um fast 30 % zu. Heute leben bereits über 20 % aller amerikanischen Kinder in Armut.

Die Hälfte der nicht krankenversicherten Bevölkerung der USA ist unter 25 Jahre alt. Fast 75 Millionen Amerikaner sind entweder überhaupt nicht krankenversichert oder unterversichert.

Seit 1961 ist ein 560 %iger Anstieg von Gewalttaten zu verzeichnen. Die Mordrate in den USA ist fünfmal so hoch wie in Europa (ohne den früheren Ostblock), viermal so hoch wie in Kanada, Australien oder Neuseeland.

Jedes Jahr werden 5 Millionen US-Amerikaner Opfer von Gewalttaten, 19 Millionen Opfer von Eigentumsdelikten.

Durchschnittlich 8 von 10 US-Amerikanern werden mindestens einmal in ihrem Leben Opfer einer Gewalttat.

Jedes Jahr werden durchschnittlich 24.000 Amerikaner durch Schußwaffen getötet, also etwa 65 jeden Tag.

Über eine Milliarde US-Dollar werden jährlich ausgegeben, um Schußwaffenverletzungen zu behandeln.

Allein in New York City gab es im Jahre 1991 1499 Tötungsdelikte, die durch Schußwaffen verursacht wurden. 1991 besaßen die US-Amerikaner insgesamt 201,8 Millionen Schußwaffen, also fast eine Schußwaffe je Einwohner. 66,3 % aller aufgeklärten Morde wurden im Jah-

re 1991 durch Schußwaffen verursacht, von denen 93 % illegal erworben wurden.
25 % aller afroamerikanischen Männer zwischen 20 und 30 Jahren befinden sich entweder im Gefängnis, auf Hafturlaub oder auf Bewährung.
In Washington, D. C., der US-Hauptstadt und Kriminalitätshochburg, werden 70 % aller männlichen Schwarzen mindestens einmal vor ihrem 35. Lebenjahr inhaftiert.
Ein junger Schwarzer in Harlem, N. Y., hat geringere Chancen, das 40. Lebensjahr zu erreichen als sein Pendant in der Hungerzone Bangladesh.
Schwarze Teenager werden dreimal so häufig durch Schußwaffengewalt als durch natürliche Ursachen getötet.
99 % aller US-Amerikaner werden durchschnittlich mindestens einmal in ihrem Leben Opfer eines Diebstahls, 78 % sogar dreimal und mehr.
Von 1960 bis 1991 hat sich die Rate der Totschlagsdelikte, die von Jugendlichen an Jugendlichen unter 19 Jahre verübt wurde, vervierfacht.
Zwischen 1982 und 1991 ist die Zahl von Verhaftungen jugendlicher Mörder um 93 %, die von jugendlichen Vergewaltigern um 24 % und die von jugendlichen Autodieben um 97 % gestiegen.
Etwa 3 Millionen Diebstahls- und Gewaltdelikte ereignen sich auf oder nahe dem Schulhof, also umgerechnet etwa 8 000 pro Tag.
20 % der Oberschüler führen regelmäßig Schußwaffen, Messer, Rasiermesser oder andere Waffen mit sich.
Während die Kriminalität explosionsartig ansteigt, sinkt auf Grund von Platzmangel die Verweildauer in den Gefängnissen ständig. Da der kriminelle Nachschub in immer schnellererAbfolge anrollt, muß immer früher entlassen werden, geradezu eine Ermunterung zur Kriminalität zum Fast-Nulltarif. Gerichte tragen den

Engpässen in den Gefängnissen bereits in den Urteilen mehr und mehr Rechnung. Es ist absurd: Nicht die Art und Schwere des Delikts bestimmen die Strafe, sondern der Platzmangel in den Gefängnissen. Der Abschrekkungsgedanke ist nicht ideologisch, sondern kraft der ›Normativität des Faktischen‹ auf der Strecke geblieben.

Weniger als 1 von 10 Verbrechen führen überhaupt noch zu einer Gefängnisstrafe. Im Jahre 1992 betrug die durchschnittlich ausgesprochene Gefängnisstrafe für Mord nur noch etwa 15 Jahre, während die durchschnittliche Dauer, die davon abgesessen wurde, nur noch etwas mehr als fünf (5) Jahre (!) betrug. Und dennoch: Da die US-Kriminalitätsrate alle Weltmaßstäbe sprengt, ist die Zahl der einsitzenden US-Amerikaner bei weitem höher als die jeder anderen Nation auf diesem Planeten, nämlich 455 je 100 000 Einwohner. Zum Vergleich: Diese Rate ist zehnmal so hoch wie die Japans.

Im Jahre 1992 wurden pro 100 000 Einwohner 5 666 verhaftet.

Die Kosten der Kriminalität sind gigantisch. Für die Opfer allein betrugen sie im Jahre 1990 19,2 Milliarden US-Dollar.

Die Kosten der Gesellschaft betragen, konservativ geschätzt, pro Person durchschnittlich 2 500 US-Dollar für *jedes* Delikt.

Jeden Tag erleben 2 500 amerikanische Kinder die Scheidung oder Trennung ihrer Eltern.

Jeden Tag werden 90 Kinder ihren Eltern entzogen und der staatlichen Fürsorge übergeben.

Jeden Tag verüben 13 Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahre Selbstmord, und weitere 16 werden ermordet.

Die Kindersterblichkeit ist in 18 anderen hochindustrialisierten Staaten geringer als in den USA

Die USA haben die größte Anzahl von Analphabeten in der industrialisierten Welt. Heute sind etwa 7 Millionen Teenager Analphabeten.

Mit Ausnahme von Hongkong schneiden 14jährige US-Kinder unter allen größeren Staaten am schlechtesten in wissenschaftlichen Tests ab.

Im Jahre 1992 gaben die USA 24,9 Milliarden US-Dollar für 1,3 Millionen Gefangene aus. Ein Gefangener kostete 20 072 US-Dollar pro Tag, während lediglich etwa 4 000 US-Dollar pro Tag für den Schüler einer öffentlichen Schule ausgegeben wurden.

Seit 1965 haben sich die Inhaftierungen jugendlicher Gewalttäter verdreifacht.

Hollywood, dieses zerstörerisch wuchernde Krebsgeschwür im Fleische vieler Völker, hat die US-Bevölkerung fest im Griff. Im Jahre 1990 hatten bereits 98 % aller Haushalte mindestens ein Fernsehgerät. Schon das Vorschulkind schaut durchschnittlich mehr als 27 Stunden pro Woche in die Glotze oder etwa 4 Stunden pro Tag. Der Teenager schaut durchschnittlich pro Woche 21 Stunden fern, liest aber nur 1,8 Stunden pro Woche (!). Bedarf es in Anbetracht dessen noch einer Erklärung, warum 14jährige US-Schüler in wissenschaftlichen Tests von allen Nationen der ›ersten Welt‹ am schlechtesten abschneiden?

Jeden Tag steigen 2 200 Kinder aus der Schule aus.

Jeden Tag beginnen 500 Heranwachsende mit illegalem Drogen- und 1000 mit Alkoholkonsum.

Jeden Tag werden 1000 uneheliche Mädchen Mütter.

Einer von 20 Lehrern wird jedes Jahr tätlich angegriffen. Einer von 5 High-School-Schülern hat mindestens einmal ein Gewehr oder eine sonstige Waffe in die Schule mitgebracht, und zwar 32 % der Jungen und 8 % der Mädchen.

Während 100 Stunden verlieren auf den innerstädtischen Straßen der USA dreimal so viele junge amerikanische Männer ihr Leben durch Gewehrschüsse, wie während der gleichen Zeit junge Amerikaner im Irakkrieg fielen.

Die USA sind absoluter Weltmeister in der Umweltverschmutzung und -vernichtung. Luftverschmutzung verursacht jährlich einen Schaden von 40 Milliarden US-Dollar für Heilungskosten und Verlust von ökonomischer Produktivität.

Die gesamten Kosten für die Beseitigung des giftigen Mülls betragen fast 750 Milliarden US-Dollar, die Hälfte des gesamten US-Jahreshaushalts.

Die USA verbrauchen 6 % ihres Brutto-Sozialprodukts für das Militär, während Japan dafür weniger als 1 % einsetzt. 70 % aller US-Forschungs- und Entwicklungskosten werden für das Militär ausgegeben. Gleichzeitig aber rangieren die USA erst an 17. Stelle, was öffentliche Erziehungsmittel anbetrifft. Auch diese Zusammenhänge erhellen überdeutlich das hohe Analphabetentum, das niedrige Bildungsniveau der Schüler und den technischen High-Tech-Rückschritt der USA.

Fast zwei Drittel der Straßen sind reparaturbedürftig. Mehr als 41 % der Brücken sind strukturell unsicher.

Zwischen 1987 und 1991 stieg in den USA die Zahl der Jugendlichen unter 18 Jahren, die wegen unerlaubten Waffenbesitzes verhaftet wurden, um 62 %. Bei den Verhaftungen wegen Mordes stieg sie um 85 %. Der Anteil der Jugendlichen an Gewaltverbrechen liegt mittlerweile bei 17 %. Im Juni 1993 veranstaltete der Meinungsforscher Louis Harris eine Umfrage unter 2 500 Schülern an 96 Schulen in allen Teilen der USA 9 % der Befragten räumten ein, schon einmal auf jemanden geschossen zu haben. 11 % waren schon selbst beschossen worden. 40 % kannten jemanden, der durch eine Schußwaffe getötet oder verletzt worden war. 15 % hatten im Monat vor der Umfrage mindestens einmal eine Schußwaffe mit sich geführt.

Jeden Tag erhalten diese Jugendlichen ihre Verhaltensmuster von Hollywood, wie jetzt auch in Deutschland, frei Haus geliefert. Das ›Center for Media and Public

Affairs‹ zählte Körperverletzungen, Sachbeschädigungen, Überfälle und bewaffnete Bedrohungen, die an einem einzigen Apriltag des Jahres 1993 auf den zehn ›populärsten‹ Kanälen zu sehen waren, und kam auf 1846. Nach einem viel beachteten Gutachten hat ein amerikanischer Jugendlicher, wenn er das 18. Lebensjahr erreicht hat, 200 000 Gewalttaten im Fernsehen miterlebt, darunter 40 000 Morde.

Zusammenfassend sind die USA jeweils negativ führend in bezug auf

- Aids,
- nicht ausreichender Impfung gegen Kinderlähmung (Polio),
- Säuglingssterblichkeit,
- Scheidung,
- Alleinerziehende,
- Glauben an Gott, Teufel, Himmel und Hölle,
- Leute, die es für richtig halten, gefundenes Geld zu behalten,
- Zigarettenkonsum,
- Jugendliche, die naturwissenschaftliche Kenntnis im Alltag für unnütz halten,
- geographische Unkenntnis,
- Schüler, die nach eigenen Angaben fünf oder mehr Stunden täglich vor dem Fernseher verbringen,
- Schüler, die nach eigenen Angaben keine Hausaufgaben machen,
- Kinder und Alte, die in Armut leben,
- ungerechte Verteilung des Reichtums,
- Obdachlosigkeit,
- Verteidigungsausgaben,
- *militärische* Hilfe für Entwicklungsländer,
- privaten Konsum,
- Kreditkarten und Geldautomaten,
- Haushaltsdefizit,
- Auslandsschulden,

- Rechenunfähigkeit,
- Bankinsolvenzen,
- von Drogenmißbrauch am Arbeitsplatz Betroffene,
- ungleiche Bezahlung,
- ethnische Vielfalt,
- Opfer eines Verbrechens,
- Mordopfer,
- Mord an Kindern,
- nichtgefaßte Mörder,
- Todesfälle durch Schußwaffengebrauch,
- aktenkundige Vergewaltigungen,
- Drogenstraftäter,
- Beschlagnahmung von Marihuana und Kokain,
- Unfälle durch Alkohol,
- Raubüberfälle und Diebstahl,
- Besitz von Schußwaffen,
- Strafgefangene,
- Emission von Gasen, die den Treibhauseffekt verursachen,
- Luftverschmutzung,
- Regenversäuerung,
- Beanspruchung von Frischwasser-Ressourcen,
- Verringerung des Waldbestandes,
- Papierverbrauch,
- Müllerzeugung,
- Sondermüllerzeugung,
- Atomtests,
- Benzinverbrauch,
- Autos pro Kopf,
- Ausgaben für Werbung.

Die Liste des Versagens des Prototyps der (offenen) Gesellschaft ließe sich beliebig fortsetzen. Die USA liegen mit sich selbst permanent im Streit. Jeder ist des anderen Feind. Ein Volk von Tätern und Opfern. 900 000 Anwälte, ein trauriger Weltrekord, schüren das Feuer.

Seit 1965 ist in der Streitgesellschaft USA die Zahl der Anwälte im Vergleich zum Bevölkerungszuwachs um das Vierfache gestiegen. Ein Anwalt kommt auf 290 US-Amerikaner, Kinder inbegriffen. Zum Vergleich: In Deutschland kommt ein Anwalt auf etwa 1000 Deutsche. Auch diese Zahl ist im übrigen für einen Japaner eine kaum nachzuvollziehende Größe. Ein weiterer Vergleich: Die USA haben etwa 5 % der Weltbevölkerung, aber 30 % der Anwälte dieser Welt.

Der Flickenteppich USA, dieser mißlungene Versuch eines Vielvölkerstaates, ist ein Land der diskriminierten Sensibelchen geworden. Jeder liegt im Schützengraben, um entweder einen Diskriminierungsangriff abzuwehren oder um einen anderen mit einer Diskriminierungsklage abzuschießen.

Schwule, Schwarze, Kleinwüchsige, Religionsanhänger, Linkshänder, Fettleibige, Hispanos, Alte, Frauen, und inzwischen auch schon Männer, die sich durch die Einstellungs- und Beförderungspolitik bestimmter Unternehmen, die ausschließlich Frauenprodukte herstellen und diese verständlicherweise auch durch Frauen nach außen vertreten sehen wollen, benachteiligt fühlen, sind die Kläger.

Das Prinzip ›Diskriminierung‹, das sich auf Betreiben von SPD, ›Grünen‹ und dem freimaurerischen Geißler-Flügel der CDU auch hierzulande auf dem Vormarsch befindet, ist das Gift der US-Gesellschaft geworden, das jede Möglichkeit zur Schaffung von Harmonie ausschließt.

Rechte, die früher zum Schutz gegen die Willkür des Staates bestimmt waren, sind heute zur Waffe gegen die Gemeinschaft geworden. Es ist zu einer jedes Gemeinschaftsdenken zerstörenden Inflation gruppenspezifischer Rechte gekommen, und immer wenn eine Gruppe in dem die Demokratie korrumpierenden Gefälligkeitssystem neue Rechte erhält, gibt es andere Gruppen, die

meinen, gleiche oder ähnliche Rechte in Anspruch nehmen zu können.

Rechte sind, wie der Philosoph Ronald Dworkin es ausdrückt, zur »Trumpfkarte« egoistischer Partikularinteressen geworden. Die dadurch verursachten ideellen, betriebs- und volkswirtschaftlichen Schäden sind gigantisch.

Da es in der westlichen Gesellschaft an einer Gemeinschaftssolidarität fehlt, werden diese Rechte gehortet, als wären sie eine Ersatzwährung für schwierige Zeiten.

Eine Nation von Feinden ist so entstanden, und der Hauptfeind ist männlich und/oder weiß.

Der Kampf um Rechte, und damit um gesellschaftliche Vorteile, ist nämlich wie eine religiöse Überzeugung nachgerade zwanghaft geworden, und mit dem ständigen Kampf hat sich in der Gesellschaft immer mehr Haß aufgebaut. Die Frau haßt den Mann. Der Schwarze haßt den Weißen. Der weiße Mann beginnt, beide zu hassen, weil er sich von beiden völlig zu Unrecht in die Ecke gestellt fühlt.

Dies ist das absurde Szenarium, der Tod der praktischen Vernunft. Das, was manche verniedlichend ›Streitkultur‹ nennen, ist zu pathologischer Zwanghaftigkeit geworden.

Seit 1969 sind Diskriminierungsklagen aufgrund der Inflation der Rechte um 2 200 % gestiegen. ›Civil-rights‹-Klagen machen heute 10 % aller am Bundesgericht anhängigen Zivilklagen aus.

Das Prinzip ›Diskriminierung‹ ist zu einer offenen, immer größer werdenden Wunde in der US-Gesellschaft geworden. Rechte, die früher gewährt wurden, um eine benachteiligte Gruppe (zum Beispiel die Afroamerikaner) in die Gesellschaft zu integrieren, sind dazu umfunktioniert worden, in der Gesellschaft einen Vorsprung zu erlangen. Ein Wettlauf um die Erlangung von Sonderrechten war die Folge. Die ›Civil-right‹-Bewegung sollte

die Menschen zusammenbringen. Das Gegenteil ist geschehen.

›Diskriminierung‹ ist inzwischen zum allgemeinen ›Prügel-aus-dem-Sack‹ am Arbeitsplatz geworden. Und die 900 000 Rechtsanwälte, die am liebsten jeden Tag neue, gemeinschaftsfeindliche Sonderrechte hätten, reiben sich die Hände. Streit ist ihr täglich Brot.

Die Verteidigung gegen eine auf den Arbeitsplatz bezogene Diskriminierungsklage, so ungerechtfertigt sie auch sein mag, kann einen Arbeitgeber mehr als 100 000 Dollar kosten.

Aber ein Schaden entsteht nicht erst durch die Klage. Wenn fast jedem Individuum das Recht eingeräumt wird, die Handlungsmotive eines anderen gerichtlich in Frage zu stellen, wird eine wesentliche Bedingung für eine freie Interaktion unter Menschen zerstört. Die Furcht, verklagt zu werden, verpestet die Luft. Es droht Erstickungsgefahr.

Der größte ideelle Schaden aber entsteht im Zusammenhang mit dem Demokratieprinzip. Die Flut neuer ›Civil-rights‹ verursacht ein Meer neuen Richterrechts. Wird einer Gruppe erst einmal ein Recht gewährt, kann sie den Umfang dieses Rechts vor Gericht, also vor einer demokratisch nicht legitimierten Gewalt, austesten. Und Gerichte haben leider die Tendenz, Rechte mit der Zeit immer weiter extensiver auszulegen. Der stete Tropfen der Anwälte höhlt den Stein der Demokratie.

Jeder weiß um diese Probleme, und kaum jemand wagt, sie öffentlich anzusprechen; denn die USA sind eine Nation der gesetzlich verordneten Blindheit geworden, ein Orwell-Staat par excellence.

Auch ansonsten sind die USA, wie Deutschland, kaum eine Demokratie, sondern eine Geldmonarchie (›Money monarchy‹). Das amerikanische Volk ist allenfalls eine ›quantité négligeable‹.

In dem 1991-Bericht *Citizen and Politics* der Ketteringstiftung heißt es dazu zusammenfassend: »... Many Americans do not believe that they are living in a democracy now. They don't believe ›we the people‹ actually rule ... (they) describe the political system as impervious to public direction, a system run by a professional political class and controlled by money, not votes.

The people talk as though our political system had been taken over by alien beings ... They feel as though they have been locked out of their own homes, and they react the way people do when they have been evicted from their own property.

Citizens now believe that individual Americans simply do not count in politics ...«

Zu deutsch: »Viele Amerikaner sind nicht der Ansicht, daß sie heute in einer Demokratie leben. Sie sind nicht der Ansicht, daß (das demokratische Prinzip, der Verfasser) ›Wir, das Volk‹ wirklich regiert ...

Sie beschreiben das politische System als undurchdringlich hinsichtlich der Durchsetzung des Volkeswillen, ein System, das von einer politischen Klasse geführt wird, die ihrerseits nicht von Stimmen, sondern vom Geld kontrolliert wird.

Das Volk äußert sich, als ob unser politisches System von fremden Wesen übernommen worden sei ... Sie fühlen sich, als ob sie aus ihren eigenen Häusern ausgeschlossen wurden, und sie reagieren wie Menschen, die von ihrem eigenen Grund und Boden gewaltsam vertrieben wurden. Die Bürger sind heute der Ansicht, daß einzelne Amerikaner schlicht und einfach in der Politik nicht zählen ...«

Die fremden Wesen, die nach dem Eindruck des amerikanischen Volkes das politische System der USA übernommen und das Demokratieprinzip ad absurdum geführt haben, sind so fremd nicht. Sie heißen William Jefferson Clinton bzw. George Bush und sind Mitglieder

sowohl der Trilateralen Kommission (siehe Seite 121 ff.) wie auch des berüchtigten ›Council on Foreign Relations‹ (siehe Seite 114 ff.), beide maßgeblich geprägt von dem jüdischen Großbankier David Rockefeller. Einige Amerikaner meinten vor den letzten Wahlen wohl immer noch, entweder einen Republikaner oder Demokraten zum Präsidenten wählen zu können, tatsächlich aber hatten sie keine Wahl; denn sie wählten in jedem Fall einen Nachfolger der Illuminaten, nur die Etiketten waren unterschiedlich.

Das lobbyistische Gewerbe ist die fünfte Gewalt im Lande (nach Legislative, Exekutive, Judikative und Medien).

»Lobbyismus ist in Washington außer Kontrolle geraten. Nicht nur wuchert die legale Korruption zügellos, sie ist vor allem schon zum Lebensstil geworden – ein Lebensstil, in dem die Kultur der Käuflichkeit das öffentliche Interesse verdrängt hat. Und er ist schlimmer als je zuvor«, so Charles Lewis vom ›Center for Public Integrity‹.

Lobbyismus ist nach dem Regierungsapparat Washingtons zweitgrößtes Gewerbe.

Das lobbyistische Gewerbe ist heute größer, komplexer, mächtiger und finanziell einträglicher als je zuvor in der Geschichte.

Jeder zweite Kongreßabgeordnete wird nach seinem Ausscheiden aus dem Kongreß Lobbyist. Lobbyisten, die kaum mehr als einen Zuhälterstatus haben, speichellekken und scharwenzeln um jeden Kongreßabgeordneten.

Eine besondere lobbyistische Rolle in der Wahlkampfkosten-Finanzierung spielen die sogenannten PACs (Political Action Committees), die zum korruptesten Element in der amerikanischen Politik geworden sind. 1993 gab es rund 4 700 PACs in verschiedenen Kategorien. Allein 1992 flossen insgesamt 269 Millionen US-Dollar an Kan-

didaten für den Kongreß. Auf diese Weise werden Abgeordnete bereits korrumpiert, bevor sie überhaupt gewählt sind; denn nur jene können mit PAC-Geldern rechnen, die der jeweiligen Interessengruppe als späterer gewählter Abgeordneter auch gefällig sein werden. Mit anderen Worten: Wahlen werden schon im Vorfeld gekauft.

Die sieben größten Geldgeber im PAC-Geschäft waren im letzten Kongreßwahlkampf

O die ›National Rifle Association‹	6,0 Mio. $
O die ›American Medical Association‹	5,4 Mio. $
O Gewerkschaft ›Civil Service Workers‹	4,7 Mio. $
O die Vereinigung der Prozeßanwälte	4,5 Mio. $
O die Makler	4,4 Mio. $
O die ›United Auto Workers‹	4,4 Mio. $
O AT&T (Telefongesellschaft)	2,8 Mio. $

Auf der Nehmerseite schoß der Republikaner Arlen Specter (Pennsylvania) mit 2 038 057 US-Dollar den Vogel ab. Von den Demokraten heimste Dick Gephardt (Missouri), früherer Präsidentschaftskandidat und Sprecher der Demokratischen Partei, mit 1 240 597 US-Dollar am meisten ein, also eben jener Dick Gephardt, der vor laufenden Kameras ständig vorgibt, dem amerikanischen Volk müsse mehr Macht zuwachsen. Alles Geschwätz! Die USA sind die institutionalisierte Heuchelei. Einerseits christliche Frömmelei und Bekenntnis zu den ›Menschenrechten‹ (siehe Seite 143 ff.), andererseits ausufernde Korruption, Kriminalität, Pornographie und Habgier. Einerseits De-Facto-Apartheid, andererseits die ›politisch korrekte‹ Sprache, die die Benennung der authentischen Umstände vermeidet. Einerseits die Verherrlichung der Familie, andererseits der Weltrekord für geschlagene Ehefrauen, mißhandelte Kinder, gequälte Greise und geschiedene Ehen.

Als im April 1995 das Bundesgebäude in Oklahoma-City durch eine Düngemittelbombe gesprengt wurde, verur-

teilte Clinton die Tat als einen feigen, teuflischen Akt, so als ob es mutiger war, die mehr oder minder wehrlosen Waco-Insassen zusammenzubomben, Zivilisten in Bagdad durch Raketenbeschuß zu liquidieren, die Atombombe auf Hiroshima abzuwerfen oder das wehrlose Dresden plattzumachen. Heuchlerisch beklagte Clinton, daß die Oklahoma-Bombe auch Kinder getroffen habe. Dabei kann es keinen Zweifel geben, daß lange vor dem Attentat bekannt war, daß eine Waco-Revanchetat gegen US-Bundeseinrichtungen bevorstand, man aber dennoch die Kinder im Oklahoma-City-Gebäude beließ. Wer also ist für die Tötung der Kinder verantwortlich? Die Täter, denen die Anwesenheit von Kindern wahrscheinlich nicht einmal bekannt war, oder Clinton und Co., die es in Ansehung der konkreten Gefahr unterließen, Kindern den Verbleib in Bundeseinrichtungen zu verwehren?

Jetzt kennen wir also den Preis der offenen Gesellschaft, den wir nach der Lehre der durchweg jüdisch inspirierten Frankfurter Schule und vor allem des ebenso im Jüdischen wurzelnden ›Sozialphilosophen‹ Karl Popper für die in das Absurde getriebene Vergötterung des Individuums zahlen sollen.

Wollen wir diese Art von ›Humanität‹ wirklich? Ist dies auch unser Verständnis von Menschlichkeit? Wollen wir unsere Kinder wirklich in eine solche Zukunft entlassen? Oder zeigen uns nicht nach hegelschem bzw. konfuzianischem Muster organisierte Gemeinschaften eine bessere Zukunft auf?

Singapur ist eine solche Gemeinschaft, allerdings mit einem völlig unakzeptablen Demokratiedefizit. Japan war eine solche Gemeinschaft, allerdings mit einem häßlichen Übermaß an Korruption und Klientelismus. Zwischenzeitlich ist Japan ebenfalls vom Hollywoodbazillus befallen und driftet, insbesondere in den großen Städten, nach westlichem Vorbild rapide in einen Zustand

der Zersetzung ab. Immerhin scheint es für Japan noch nicht zu spät zu sein, die Notbremse zu ziehen.

Betrachten wir daher Japan vor dem (Sünden-)Fall als eine, wenn auch nicht idealiter in die Praxis umgesetzte Gemeinschaftsphilosophie.

Die japanische Gemeinschaft, die unter massiven negativen westlichen Einwirkungen auf dem Weg zur Gesellschaft ist, wird immer noch, insbesondere in ländlichen Präfekturen, vom Konfuzianismus geprägt.

Die Philosophie von Konfuzius (551–479) kam mutmaßlich über Korea nach Japan und weist manche Ähnlichkeiten mit den Lehren des preußischen Philosophen Hegel auf. Auf dem chinesischen Festland wurde der Konfuzianismus durch die zerstörerische marxistisch-maoistische Kulturrevolution weggefegt, er findet aber auch dort heute wieder eine allmähliche Rehabilitation. Im übrigen gibt es Unterschiede in der chinesischen und japanischen Interpretation des Konfuzianismus, insbesondere dadurch bedingt, daß er in Japan auf den Shintuismus und Buddhismus traf.

Am deutlichsten lassen sich die Unterschiede zwischen konfuzianischer/hegelscher Gemeinschaftsphilosophie und (offener) Gesellschaftsphilosophie in einer 30 Punkte-Gegenüberstellung darstellen, die zugleich die Kluft zwischen Fortschritt (Gemeinschaft) und Reaktion (Gesellschaft) aufzeigt. Die Ähnlichkeiten zwischen konfuzianisch-japanischer und hegelscher Philosophie bestätigen zugleich den preußischen Philosophen und widerlegen ebenso eindeutig Popper, seinen kläffenden Kritiker. Die 30 konfuzianisch-japanischen Ordnungsprinzipien einer Gemeinschaft sind daher in etwa auch zugleich deren hegelsche Ordnungsprinzipien. (siehe Aufstellung nächste Seite)

	Gemeinschaft	*Gesellschaft*
1.	Konsens/Kompromiß	Klassenkampf
2.	Harmonie	Streit
3.	Homogenität/Konformität	Heterogenität/Nonkonformität
4.	Gemeinschaftsinteresse	Individualinteresse
5.	Gruppenorientierung	Egomanie
6.	Hierarchie	Antihierarchisches Verhalten
7.	Pragmatismus/Realismus	Ideologie/Religion
8.	Kooperation/Konkordanz	Konkurrenz
9.	Assimilation/Integration	Individualismus/Desintegration/Separation
10.	Vertrautheit	Fremdheit/Anonymität
11.	Autorität	Antiautorität
12.	Nationaler Stolz	Nationale Gleichgültigkeit
13.	Seniorität	Juvenilität
14.	Gelehrsamkeit	Jobmentalität
15.	Loyalität/Treue	Illoyalität/Verrat/Intrige
16.	Information	Desinformation/Herrschaftswissen
17.	Solidarität	Kosten-Nutzen-Rechnung
18.	Menschliche Wärme	Menschliche Kälte
19	Ehre	Desavouierung des Ehrbegriffs
20.	Genügsamkeit	Anspruchsdenken
21.	A-Religiosität/Skeptizismus	Religiosität/Gläubigkeit
22.	Demut	Anmaßung
23.	Sein	Schein
24.	Anpassung	Profilneurose
25.	Identität/Traditionen	Identitäts-/Traditionslosigkeit
26.	Höflichkeit	Schnodderigkeit
27.	Direkte Industriepolitik (Koordination)	Indirekte Industriepolitik (Steuerrecht)
28.	Betriebsgewerkschaften	Fachgewerkschaften
29.	Arbeitsliebe	Freizeitliebe
30	Gruppen-/Betriebs-/ Produktidentifikation	Distanz/Indifferenz

Die christlich-jüdisch-›sozialistischen‹ Demagogen, die ständig die Totschlagworte ›Humanität‹, ›Menschenrechte‹, ›Menschlichkeit‹ usw. heuchlerisch auf ihren Lippen führen und tatsächlich das Gegenteil geschaffen haben, werden sich mit diesen fundamental voneinander abweichenden Ordnungsprinzipien von Gemeinschaft und Gesellschaft nicht konfrontiert sehen wollen. Wo ist denn ihre ›Humanität‹ in der von ihnen geschaffenen Wolfsgesellschaft, wo die Solidarität, wo das menschlichste, was einem Menschen gegeben werden kann, das Gefühl von Geborgenheit und Freiheit von Furcht im Rahmen einer harmonischen, homogenen Solidargemeinschaft.

Man erinnert sich an die Sprüche von Cohn-Bendit alias Modzelewsky und Mischnik, daß die sogenannte offene Gesellschaft »schnell, hart, grausam« bzw. »das Experiment eines riskanten Lebens ohne Fundamente« sei. Das also ist ihre zynische Botschaft: der Mensch, der bewußt und gewollt einem riskanten Experiment ausgeliefert wird. Ist es nicht ›menschenverachtend‹, um eine Lieblingsdiktion dieser Kreise zu benutzen, die Deutschen dieser Wolfsgesellschaft quasi im Wege eines Experiments auszuliefern?

Die Gemeinschaft hat Konsequenzen. Es gibt in Japan keine mit westlichen Zahlen vergleichbare Kriminalität. Singapur, ein anderer konfuzianischer Staat, hat praktisch keine Kriminalität.

Das Primat der Homogenität und Harmonie erfordert die konsequente Verfolgung gemeinschaftsschädlicher Handlungen, um Zersetzungserscheinungen im Keim zu ersticken. Es impliziert auch die gesetzliche Diskriminierung nicht assimilierbarer Ausländer und gemeinschaftstörender Außenseiter. Das Wort ›Diskriminierung‹ ist also in einer konfuzianischen oder auch hegelschen Gemeinschaft nicht, wie im (dekadenten) Westen, negativ, sondern positiv besetzt. Liberales Einwanderungsrecht ist für solche Gemeinschaften nachgerade eine Ab-

surdität. Für Ausländer gibt es lediglich zeitlich begrenzte Arbeitserlaubnisse und die Rückführung der Gastarbeiter in ihre Heimatländer nach Zeitablauf. Auch die Schweiz verfährt bekanntlich entsprechend, weil sie sonst gänzlich auseinanderfallen würde.

Gemeinschaftsfremde bzw. -störende Minderheiten führen in Japan ein marginales Dasein. Keine Rede von gemeinschaftsschädlichen Minderheitenrechten, wie sie von dem Bonner Viererkartell durch Einführung des neuen Artikels 20 b Grundgesetz geplant waren.

Nach offiziellen Statistiken betrug 1990 die Anzahl der in Japan arbeitenden Ausländer 1 075 317, davon etwa 78 % Koreaner und Chinesen. Anders aber als seinerzeit das gemeinschaftsfeindliche Bonner Viererkartell betreibt Japan keine zersetzende Gastarbeiterpolitik durch Abwerbeabkommen mit den Herkunftsländern. Viele ausländische Arbeiter bewegen sich daher nach Ablauf ihrer Zeitarbeitsverhältnisse in der Illegalität und in einem mehr oder minder rechtlosen Raum, und dies, obwohl Koreaner und Chinesen von ihrer Kultur her wesentlich besser in Japan assimilierbar wären als die völlig artfremden Türken in Deutschland, die auf unseren Straßen ihre Bürgerkriege austragen und in erheblichem Umfang an der Gesamtkriminalität beteiligt sind. Die Tolerierung einer solchen Gruppe, die inzwischen in Deutschland bereits die Zwei-Millionen-Grenze überschritten hat, wäre in Japan völlig undenkbar; denn die Japaner stehen, ihrem gesunden Gemeinschaftsinstinkt entsprechend, der Aufnahme von Fremden extrem ablehnend gegenüber. Demagogen nennen dies ›Rassismus‹. Dabei ist es nur das, was Juden, dem Gebot Jahwes folgend, ebenfalls praktizieren; denn wie steht es doch geschrieben: »Heilig ist, was gesondert, unrein, was vermischt wurde« (vergl. Nehemia 13, 20). Selbst Popper, der andere als die jüdische Gemeinschaft ›philosophisch‹ zu liquidieren trachtet, weist zu Recht darauf hin, daß

schon die spartanische Politik das Primat der Abwehr von Fremden bzw. des Antiuniversalismus enthält. Sic! Nur uns, den Deutschen, will die Bonner Ochlokratie Gemeinschaft, Solidarität, Selbstbestimmung und die Freiheit von Furcht vorenthalten. Cui bono? Gewiß nicht uns, den Deutschen.

Lebte Popper noch, dann könnte er heute bei der jüdischen Philosophin Gertrude Himmelfarb nachlesen (*On looking into the abyss*), daß Hegel nicht nur über Marx, den zynischen Feind der Familie, sondern letztlich auch über seinen läppischen Kritiker Popper obsiegt hat; denn die (süd)ostasiatische Erfolgsstory ist mehr oder weniger praktisch angewandter Hegel.

Die japanische Elite, stets schneller, pragmatischer und souveräner im Umdenken als die deutsche, hat bereits mit der politisch-philosophischen Kehrtwendung begonnen. Anders als in Deutschland handelt die politische und wirtschaftliche Elite Japans zwar international, denkt aber national. National denken, international handeln, dies wäre auch der Kurs für Deutschland, würden die internationalistischen ›Nieten in Nadelstreifen‹ in Deutschlands Führungsetagen durch weitsichtige und verantwortungsbewußte nationale Eliten ersetzt werden.

Die Kehrtwendung in Japan wurde 1989 mit dem Buch *No to ieru nihon* (zu deutsch: ›Wir sind die Weltmacht‹) von Shintaro Ishihara eingeleitet. Dieses Buch, das 1991 auch unter dem englischsprachigen Titel *The Japan that can say no* (›Das Japan, das nein sagen kann‹) erschien, war ursprünglich eine Koproduktion von Ishihara und Akio Morita, dem Vorstandsvorsitzenden von SONY, der jedoch aus naheliegenden Gründen nicht als Mitautor in Erscheinung trat. Dem Beispiel dieses Buches folgend erschien im Jahre 1994 das Buch *The Asia that can say no* des malayischen Ministerpräsidenten Mahathir Mohamad, eines der schärfsten US-Kritiker Asiens.

Beide, Ishihara und Mohamad, drängen Japan, den USA den Rücken zu kehren und die nachkriegsbedingte ›unnatürliche‹ Bindung Japans an den Westen aufzugeben. Japan sei, so der Liberaldemokrat Ishihara, eine Nation asiatischer Menschen »mit asiatischem Blut«, und er fordert, asiatische Werte wie Disziplin, Fleiß und den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum zu fördern, Werte, die einst auch deutsche Werte waren und die ein Volk in seiner Selbstbehauptung stärken. Und der Vorstandsvorsitzende von FUJI XEROX, Yotaro Kabayaschi, fordert: »Datsu-o, nyu-ah« (»Verlaßt den Westen, wendet Euch gen Asien«), eine Forderung, die die nach 1850 geprägte Losung »Datsu-ah, ny-o« (»Verlaßt Asien, wendet Euch gen Westen«) konterkariert.



Gemeinschaft und libertäre Ideologie

Nichts ist bekanntlich so beständig wie der Wandel. Als John Stuart Mill seine klassische Abhandlung *On liberty* (*Über die Freiheit*) schrieb, gab es

- keine globale Vernetzung mächtigster Kapitalinteressen,
- keine elektronischen Medien,
- kein ›Hollywood‹, das über diese Medien eine globale Kulturzerstörung betreibt,
- keine weltweit operierenden kriminellen Vereinigungen à la Mafia oder Triaden, die über diese Medien ›on line‹ vernetzt sind,
- kein freiheits- und demokratiebedrohendes EU-Wirtschaftskonglomerat,
- keine Überbevölkerung und Migrationsexplosion,
- keinen britischen Rinderwahnsinn oder Aids,
- keine Atombombe oder biologische Kriegführung,
- keine Genforschung.

Als John Stuart Mill über die Freiheit philosophierte, war die Welt zwar nicht in Ordnung, aber sie stand nicht vor dem Abgrund. Das Prinzip ›Liberalismus‹ war noch eine ausschließlich ethische Funktion, heute ist es eher eine Funktion der Normativität des Faktischen, oder, um es banaler zu sagen, eine pragmatische Funktion. Und Philosophie hatte noch Zukunftsperspektive, heute ist der philosophische Gedanke aufgrund der raschen Abfolge sich überholender Tatsachen schon fast antiquiert, bevor er überhaupt gedacht wurde. Tatsächlich ist die philosophische Auseinandersetzung mit dem Freiheitsprinzip heute mehr denn je ein dauernder dynamisch-

pragmatischer Prozeß. Es ist gewissermaßen an jedem Tag neu zu bestimmen, welche Freiheiten (noch) gut und welche (schon) schlecht sind, welche noch gemeinschaftsverträglich und welche schon gemeinschaftsschädlich sind, welches Maß an guter Freiheit (z. B. Freiheit von Furcht) der Einzelne von der Gemeinschaft zurückerhält, indem bestimmte schlechte Freiheiten (z. B. die Freiheit zur Manipulation) eingeschränkt oder unterbunden werden, oder, um es noch anders auszudrücken, welches Maß an schlechten Freiheiten der fürsorgliche Staat toleriert, um die schwächeren seiner Bürger vor dem Mißbrauch in Wahrnehmung bestimmter Freiheitsrechte (z. B. die Pressefreiheit) zu schützen. Liberalismus ist als pragmatische Funktion mithin zugleich auch eine Funktion des Fürsorgeprinzips.

Die gegen Null abnehmende Zeitkomponente relativiert zunehmend die Gültigkeit und Verbindlichkeit von Entscheidungen. Was gestern noch richtig war, ist morgen schon falsch: eine andere Art Relativitätstheorie. Wenn gestern noch für manche Gehirngewaschene die Nation ein alter Hut war, ist sie heute wieder die fortschrittlichste Bastion zum Schutz individueller und gemeinschaftlicher Freiheits- und Mitbestimmungsrechte. Hier schließt sich der Kreis; denn auch John Stuart Mill sah die Nation als wichtigsten Garanten für Liberalismus und Demokratie, gegen Unterjochung und Fremdbestimmung. Liberalismus heute ist nichts für Denkfaule, Aussitzer oder machtgeilen Abschaum. Liberalismus ist mehr denn je eine ständige Gratwanderung. Liberalismus heute verlangt geistige Flexibilität und Nonkonformität. Ein statisches Verhältnis zum Freiheitsbegriff kann heute tödlich sein – für die Gemeinschaft und damit auch für das Individuum als Teil dieser Gemeinschaft.

Der Unterschied zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft zeigt sich also auch an ihrem jeweiligen Verhältnis zum Freiheitsbegriff. Die westliche Gesellschaft wird

bestimmt von miteinander korrespondierenden ›zu‹-Freiheiten. Diese sind insbesondere die

- Freiheit *zur* Glücksbefriedigung (›Pursuit of happiness‹),
- Freiheit *zur* unternehmerischen Betätigung,
- Freiheit *zum* Hedonismus,
- Freiheit *zum* Konsum,
- Freiheit *zur* Mobilität.

Während die Gemeinschaft diese Freiheiten gemeinschaftskonform garantiert, teilweise deren Wahrnehmung sogar noch entschiedener fördert (so die Freiheit zur unternehmerischen Betätigung), sind daneben die ›von‹-Freiheiten gleichrangig. Diese sind insbesondere die

- Freiheit *von* Fremdbestimmung (z. B. durch ausländische Lobbys und sonstige politische, ideologische und kulturelle Institutionen des Auslandes sowie durch EU, UNO),
- Freiheit *von* Armut,
- Freiheit *von* Furcht (z. B. durch Entsolidarisierung, Kriminalität, Mafia, Natur- und Kulturzerstörung),
- Freiheit *von* Überfremdung,
- Freiheit *von* Manipulation (z. B. durch Verbreitung selektiv-tendenziöser Nachrichtenfiltrate der verordneten ›Mainstream‹-Denkungsart und sonstigen Mißbrauch der Pressefreiheit, durch ›Hollywood‹, kommerzielle Massenprogramme und Religionen).

Es ist die Verpflichtung eines fürsorglichen Staates, zwischen den ›zu‹-Freiheiten und den ›von‹-Freiheiten ein ständiges Gleichgewicht in Form von Gesetzen und subgesetzlichen Verfügungen zu halten. Dies erfordert einen kritischen Verstand, ständige Wachsamkeit und vor allem die Identifizierung und entschiedene Bekämpfung der Feinde der gemeinschaftskonformen Freiheit.

Libertäre Ideologie ist negativer Liberalismus.

Libertäre Ideologie überbetont die Freiheitsrechte des Einzelnen zu Lasten der Freiheit aller.

Libertäre Ideologie führt zur Herrschaft weniger Starker und/oder Skrupelloser zu Lasten vieler Schwacher und/oder Rücksichtsvoller.

Libertäre Ideologie führt zum Sieg der Gemeinschaftsfeinde über die Gemeinschaft.

Libertäre Ideologie ist praktizierter Sozialdarwinismus, positiver Liberalismus praktizierte Solidarität.

Positiver Liberalismus anerkennt, daß der Mensch als soziales Wesen nicht nur nach materieller, sondern auch nach ideell-emotionaler Sicherheit im Rahmen einer Gemeinschaft sucht. Die Gesamtheit dieser materiellen und ideell-emotionalen Bedürfnisbefriedigung nenne ich ›Sozialität‹.

Zur ideell-emotionalen Sicherheit gehören das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes, seine Sprache, seine Kultur und der gemeinsame Lebensraum. Manche nennen diesen Bezug auch national. Kurden und Palästinenser sind vor allem deshalb so zerrissene Völker, weil man ihnen ein Stück Lebensraum vorenthält, in dem sie ihre Kultur und Sprache in freier Selbstbestimmung bewahren können.

Die sozialistisch-kommunistische Ideologie scheiterte nicht nur an der Unfähigkeit, materielle Grundbedürfnisse der Massen zu befriedigen, sie scheiterte letztlich auch an ihrer Kulturlosigkeit und dem mangelnden Selbstbestimmungsrecht der Völker (›Wir sind das Volk!‹).

Die FDP, besonders aber ihr ›sozial-liberaler‹ Flügel, scheitert nicht nur daran, daß sie außer materiell-hedonistischer Bedürfnisbefriedigung kaum noch andere Werte zu vermitteln vermag, sie scheitert vor allem auch daran, daß ihr ›sozial-liberaler‹ Flügel, mit Hirsch, Baum und Hamm-Brücher als ihre Hauptsprecher, maßgeblich von Personen vertreten wird/wurde, die auf Grund ihrer

Bezüge zur jüdischen Gemeinschaft eher ein gespaltenes Verhältnis zur deutschen Gemeinschaft haben dürften und daher die janusköpfige ›Sozialität‹ wohl nur äußerst unglaubwürdig werden vertreten können.

Sozial- und Nationalliberalismus sind tatsächlich nie Gegensätze gewesen, sondern wurden nur von interessierten Kreisen künstlich dazu gemacht. Sozial- und Nationalliberalismus gehören als zwei Seiten ein- und derselben Medaille untrennbar zusammen. Dies betont inzwischen auch Ralf Dahrendorf, früherer Vordenker des sozial-liberalen Flügels der FDP. Und es machte gerade den Erfolg der FPÖ aus, daß sie begonnen hatte, diese Erkenntnisse unter Führung von Jörg Haider in die Praxis umzusetzen, bis dieser in einer 180°-Kehrtwendung von dem Bekenntnis zur deutschen Kulturnation ab- und in konturloses österreichisches Provinzlertum zurückfiel.

Nur der ist wirklich sozial, der auch national ist. »Das Nationale und das Soziale«, so schon der Zionist Gustav Krojanker, »sind unzertrennlich voneinander.«

Die künstliche Trennung des kulturell-ethnischen Bezugs eines Menschen von seiner ›Sozialität‹ ist auch das entscheidende Defizit der heutigen SPD; denn damit verliert sie ihren Anspruch, sich wirklich sozial nennen zu dürfen. Die SPD à la Schumacher war eine soziale Partei, nicht aber die SPD der Internationalisten Scharping, Schröder und Lafontaine, die Solidarität zwar noch predigt, aber de facto Entsolidarisierung des Volkes produziert.

Positiver Liberalismus verschafft den Menschen also nicht nur die Freiheit ›zu‹ etwas, sondern vor allem auch Freiheit ›von‹ etwas. Wir haben im Deutschen dafür ein Wort. Es heißt ›Befreiung‹.

Die von dem Viererkartell praktizierte libertäre Ideologie, also der negative Liberalismus, hat zu einer fatalen Entwertung des liberalen Prinzips an sich geführt.

Liberaler zu sein ist heute in Deutschland etwa so anstößig, wie Zuhälterei zu betreiben. Schadenfreude können nur die darüber empfinden, die meinen, eine den Menschen dienende Gemeinschaft könne auf das liberale Moment verzichten. Das Gegenteil ist richtig. Die Gemeinschaft ist der Boden, auf dem die gute Freiheit, also die strikte Allgemeinverträglichkeit individueller Freiheitsrechte sowie die Freiheit von Furcht, Fremdbestimmung, Manipulation und Korruption, gedeiht. Es ist die Gesellschaft, die die schlechte Freiheit hervorbringt, indem sie die individuellen Freiheitsrechte zu Lasten der Gemeinschaft überbetont und dadurch das Entstehen von Furcht, Fremdbestimmung, Manipulation und Korruption begünstigt.

Mit anderen Worten: Die ›Checks and Balances‹ zwischen Gemeinschaftsinteresse und Individualrechten fallen in einer libertären Gesellschaft im Zweifel zu Gunsten der Individualrechte aus (in dubio pro libertate), anstatt mindestens ausgewogen zu sein. De facto hat sich daher Deutschland zwangsläufig mit der Zeit, vor allen in den vergangenen Jahrzehnten unter dem Druck hereinströmender, nicht assimilier- und solidarisierbarer Fremder, zu einem Hort der schlechten Freiheit entwikkelt, der auf das Sicherheitsbedürfnis (Freiheit von Furcht) des Einzelnen, aber auch auf sein Bedürfnis, mit vertrauten Regeln und Traditionen in einem ihm vertrauten Umfeld zu leben, kaum Rücksicht nimmt. Gleichzeitig wurde das auf dem Papier stehende Rechtsstaatsprinzip de facto ad acta gelegt; das Faustrecht des Skrupellosen setzte sich durch. Der Begriff Heimat, also der Ort einer Gemeinschaft, an dem man sich zu Hause fühlt, ist in der anonymen libertären Gesellschaft ein fast anstößiger Begriff; denn die christlich-jüdische Religion ist als staatsunabhängige, universalistische Ideologie im Hinblick auf nationale Gemeinschaften alles andere als staatstragend, zumal die eigentliche Heimat des Chri-

sten ohnehin jenseitiger und nicht diesseitiger Natur ist. Christ und Jude können von ihrer Ideologie her gerade vernichten (»Machet Euch die Erde untertan!«), was für alle anderen die einzige, nämlich die diesseitige Heimat ist. Die Jenseitigen sind also die ›natürlichen‹ Feinde der Diesseitigen, die auf kein anderes Paradies als ›Mutter Erde‹ hoffen können.

Die libertäre Gesellschaft ignoriert die Intimität homogener staatlicher Gemeinschaften, wie sie in Japan oder Singapur bestehen. In der libertären Gesellschaft werden Unterschiede betont, nicht Gemeinsamkeiten, wie sie in der Präambel der Weimarer Reichsverfassung noch zum Tragen kamen. Die Menschen haben sich in der Gesellschaft einander entfremdet, jeder ein läppischer, egomaner Persönlichkeitsfetischist ohne Wurzeln, seinem Land und den Traditionen entwachsen.

Mit der Beibehaltung des libertären Momentes werden die krisenhaften Erscheinungen der westlichen Gesellschaften zunehmen, noch verbliebene Bindungskräfte vollends zerstört werden. Wichtigster Indikator dafür ist die Zunahme von Single-Haushalten. Seit 1950 hat sich die Zahl der Ein-Personen-Haushalte in Westdeutschland nahezu verdoppelt, in jeder dritten Wohnung lebt heute ein Single. ›Cocooning‹ nennt man dieses Phänomen neudeutsch. Wie ein Insekt sich in seine Höhle einspinnt, webt sich der westliche Single immer mehr in seine eigene, zunehmend künstliche Welt ein. Fernsehen, Computerspiele, Telefonkontakte ersetzen profunde menschliche Bindungen. Vertrautes, wenn auch oft schmerzhaftes Miteinander ist nicht mehr gefragt. Das möglichst leidlose, ›coole‹, bequeme Nebeneinander beherrscht die Szene des egomanen Zeitalters. Die dramatisch fortschreitende Atomisierung der durch das egomane Prinzip geprägten westlichen Gesellschaft hinterläßt ein Heer von vereinsamten, verunsicherten, jeden Mo-

dernismen hinterherhechelnden, neurotischen Persönlichkeitsnieten. Mehr und mehr gerät ein ganzes Volk auf die Couch – verstört, verängstigt, domestiziert und unpolitisch, vom Viererkartell und den mit ihm in Symbiose existierenden Medien beliebig manipulierbar.

Die Deutschen sind ein heimatloses Volk der Weltenbummler geworden, denen, entwurzelt wie sie sind, das Fernweh vertrauter ist als das Heimweh. Ihre Heimatlosigkeit, die ihnen vorenthaltene Identität aber ist es gerade, die sie für ihre europäischen Nachbarn zu einem unberechenbaren Sicherheitsrisiko macht. Am Ende der schlechten Freiheit, so Leszek Kolakowski, wartet die Anarchie und an deren Ende eine abermalige Tyrannei statt der Einführung wahrer Demokratie; denn die ignoranten, zynischen Praktiker der schlechten Freiheit verdrängen, daß das nationale Sicherheits- und Geborgenheitsbedürfnis der Menschen auf Dauer stärker sein wird als das ebenfalls im Menschen angelegte Bedürfnis nach Laisser-faire, Laisser-aller. Die gute Freiheit, so schon Hermann Streich in *Die Begegnung mit dem Schicksal*, beginnt mit den Pflichten der Aussaat und erwartet in Geduld die Ernte, die schlechte Freiheit aber schert sich nicht um die Aussaat, sondern wendet sich nur den Früchten zu. Die gute Freiheit beginnt mit der Fürsorgepflicht. »Frage Dich in jeder Situation, in die der Zufall Dich stellt: ›Was fehlt hier, welches ist die Not, wer leidet hier, was ist zu tun?‹«, so Hermann Streich. Niemand stellt diese Fragen in der Geldmonarchie Deutschland für das deutsche Volk; denn das deutsche Volk hat keine Lobby.

Die libertäre Gesellschaft ist eine Tätergesellschaft, eine Ellenbogengesellschaft, in der es vor allem entscheidend ist, zu gewinnen, egal wie: »The winner takes it all.« Die moralische Verwerflichkeit der Tat ist allenfalls sekundär. Selbst das Opfer einer Straftat wird als Verlierer stigmatisiert, während dem Täter das Interesse

der sensationslüsternen Kommerzmedien gilt. Der Täter ist zu ›resozialisieren‹ und psychologisch zu betreuen, während das Opfer und seine Familie zurückbleiben. Der Täter-Opfer-Ausgleich wird vernachlässigt. Der Grundsatz der Generalprävention, ein Ausdruck fürsorglicher Solidarität mit den Mitgliedern der Gemeinschaft, wurde in der Vergangenheit gezielt entwertet. Libertäre Rechtsprechung betrachtet weniger das Satisfaktionsinteresse des Opfers und der Gemeinschaft, dem das Opfer angehört, sondern vor allem das Resozialisierungsinteresse des Täters.

Die totale Durchindividualisierung der libertären Gesellschaft führt zu einer Relativierung aller traditionellen Werte und Sekundärtugenden (Ehrlichkeit, Rechtschaffenheit, Disziplin, Treue, Solidarität usw.) und dadurch zum Verlust moralischer Bindungskräfte. Die Atomisierung der Gemeinschaft bei gleichzeitigem Verlust an kultureller Identität hat den Übergang in eine anonyme Gesellschaft westlichen Stils notwendigerweise zur Folge.

Die katastrophalen Ergebnisse, die ein solcher Übergang zeigt, lassen sich in den USA und in Deutschland ablesen (vergl. ausführlich Berg, *In Sachen Deutschland*). Sie betreffen vor allem die Problembereiche

- Mafia/Kriminalität,
- Medien/Manipulation,
- Lobbyismus/Korruption,
- Parteienprivileg/Oligarchie.

Alle diese Problembereiche haben eines gemeinsam: Sie tangieren die Selbstbestimmung des Volkes. Sie alle sind vor allem auch ein Demokratieproblem. Der nicht nur verbale Umgang, sondern auch die Art des tatsächlichen Umgangs mit diesen vier Problembereichen ist daher

einer der Prüfsteine für das Maß vorhandener Demokratie.

Wenn mafiose Organisationen heute immer mehr Schaltstellen wirtschaftlicher Macht in Deutschland übernehmen, dann bedeutet dies zugleich für die Gemeinschaft einen Verlust an Kontrolle. Der demokratische Prozeß zwischen politischer Willensäußerung und Ausführung des Volkswillens wird nachhaltig gestört, wenn nicht gar unterbrochen.

Wenn es gemeinschaftsfeindlichen Kommerzsendern, die teilweise sogar zu 49,9 % Auslandssender sind (RTL), erlaubt wird, ihren zerstörerischen Hollywood-Unrat über uns und unsere Kinder auszuschütten, dann wird bereits die Bildung des Volkswillens durch eine permanente Gehirnwäsche manipuliert. Das Volk entscheidet über sein Interesse nicht mehr autonom, sondern heteronom.

Wenn General Motors, Chrysler, Nissan oder Peugeot die Abgeordneten straflos bestechen können, dann kommt es auch in diesem Fall zu einer Abkopplung des (geäußerten) Volkswillens von der tatsächlich später betriebenen Politik.

Wenn Parteien der Transmissionsriemen des Volkswillens sein sollen und dieser Wille nicht sachbezogen und konsequent umgesetzt werden kann, also der Transmissionsriemen nicht oder nur schlecht funktioniert, wird, wie sich gezeigt hat, auch durch sie der Prozeß der Willensausführung unterbrochen oder erschwert; denn wenn es nach dem Willen des deutschen Volkes ginge, dann würden wir heute in einer Gemeinschaft und nicht in einer Gesellschaft leben, dann wären weder zwei Millionen nicht assimilierbarer Türken in unserem Land, noch wäre Deutschland Mitglied von gemeinschaftsfeindlichen Organisationen wie der EU (Hilfsorganisation für multinationale Konzerne) und der raumfremden UNO.

Kommt es zu einer negativen Kumulation jener Problembereiche, dann ist die Entmachtung des Volkes und zugleich auch die Liquidation einer Gemeinschaft total. Das Volk dient dann nur noch zur äußeren Legitimation einer Scheindemokratie. Es wird zu Statisten degradiert. Dies ist genau der Zustand, in dem sich Deutschland heute befindet. Die Parteien des Viererkartells vollführen ein absurdes, ritualisiertes Affentheater, um den Anschein des Bestehens einer Demokratie aufrechtzuerhalten. Der Propagandaaufwand, der zur Aufrechterhaltung dieses Schwindels betrieben wird, ist gigantisch. Und irgendwann platzt dann die Seifenblase. Wer dann zu spät kommt, den bestraft nicht nur das Leben, sondern auch das betrogene, entmündigte Volk.



Gemeinschaft und multikulturelle Ideologie

Die subtilste und zugleich perfideste Art des Genozids bezeichnet man neusprachlich als ›Multikulturismus‹. Der kürzeste Weg zur Zerstörung von Gemeinschaft und Demokratie oder zur Verhinderung der Entstehung solcher ist die Tolerierung einer massenhaften Invasion nichtassimilierbarer Kulturfremder. Schon John Stuart Mill erkannte, daß es ›fast unmöglich‹ sei, in einer multiethnischen Gesellschaft eine wirkliche Demokratie zu errichten.

Die von dem Viererkartell praktizierte Methode, Deutschland vor allem durch die Förderung des massenhaften Zustroms von Artfremden, die sich überwiegend auf einer völlig anderen Zivilisationsstufe befinden, nach und nach auf Dritte-Welt-Niveau herabzustufen, zeitigt erschreckende Erfolge. Unsere Nation, nicht mehr durch ihre historischen Grenzen geschützt und von der EU ausgeblutet (siehe Seite 175 ff.), fällt in Europa rapide zurück. Nach einem UN-Bericht aus dem Jahre 1995 über die menschliche Entwicklung liegt Deutschland heute in Europa bereits hinter den Niederlanden, Finnland, Irland, Norwegen, Frankreich, Spanien, Schweden, Belgien, der Schweiz und Österreich zurück, wobei in diesem Bericht insbesondere Wohlstand, Bildung, Lebenserwartung und Gesundheit der Menschen bewertet wurden.

Während der Regentschaft des ›grünen‹ jüdischen Stadtrats Daniel Cohn-Bendit alias Kuron Modzelewsky und seines ›Amts für multikulturelle Angelegenheiten‹ wurde Frankfurt am Main zu einer Stadt, deren Anteil an Deutschen ständig rapide abnahm. Nach Angaben des Amtes für Statistik der Stadt Frankfurt nahm allein von

November 1992 bis November 1993 die Zahl der Deutschen per Saldo um 4 883 Personen ab, während die der Ausländer um 5 146 Personen zunahm. Natürlich haben auch einige Deutsche ihren Nutzen davon: windige Winkeladvokaten für Asylrecht, Kinderärzte, Schlepperbanden, Kaufhauseigner, die die Sozialhilfegelder des überwiegend mittellosen multikulturellen Invasionsheeres einstreichen. Aber die meisten Deutschen leiden unter der Verdrängung.

Auch in Frankreich finden sich in Sachen multikultureller Subversion der französischen Gemeinschaft ähnliche Verhaltensmuster. Der Verband der jüdischen Studenten ist eine Hauptstütze von ›SOS-Rassismus‹, einer Gruppe von ›Berufs-Antirassisten‹ ähnlich den Berufsrevoluzzern vergangener Tage, denen Cohn-Bendit alias Modzelewsky auch schon angehörte.

Gleiches geschieht in den USA, wenn dort der Jude Joel Kotkin gezielt die chinesische Einwanderung nach Kalifornien und gleichzeitig die Abkopplung der USA von dem ›weißen‹ Europa betreibt, um erklärtermaßen eine ›multirassische Identität‹, also ein Paradoxon, zu erzeugen.

Michael Friedman (im Parteivorstand der CDU), Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland, fordert für Deutschland die unbeschränkte Aufnahme von Bosnienflüchtlingen, die in aller Regel kulturfremde Muslime sind.

Die Methode ist stets dieselbe. Das Angriffsziel sind stets ›weiße‹ Strukturen und Verhältnisse. Objektiv sind diese antiweißen Kreuzzüge damit selbst zutiefst ›rassistisch‹.

Kohl, Träger des Coudenhove-Kalergi-Preises, wird diese Methode mit ›klammheimlicher Freude‹ verfolgen. Wie schrieb doch der von den Rothschilds gesponserte Richard Nikolaus von Coudenhove-Kalergi in der *Wiener Freimaurerzeitung* Nr. 9/10 des Jahres 1923: »Der kommende Mensch der Zukunft wird ein Mischling sein.

Für Paneuropa wünsche ich mir eine eurasisch-negroide Zukunftsrasse ... Die Führer sollen die Juden stellen, denn eine gütige Vorsehung hat Europa mit den Juden eine neue Adelsrasse von Geistesgnaden geschenkt.«

Die USA, das heutige Absurdistan, waren im Inneren so lange noch stabil, wie sie tatsächlich noch ein monokultureller angelsächsischer Schmelztiegel (›melting pot‹) waren, dominiert von englischer Literatur, englischer Religion und englischer Ethik. Bis in die frühen 60er Jahre hinein wurden die Stärke und die innere Einheit des amerikanischen Volkes nicht durch die Tolerierung ethnischer und sprachlicher Unterschiede, sondern durch deren Einschmelzung im Wege der Diskriminierung ethnischer und sprachlicher Minderheiten erreicht. ›Amerikanisierung‹ war also der Prozeß der erzwungenen Konformität und Homogenität, wobei die Einschmelzung der Unterschiede, so Benjamin Schwarz in der Zeitschrift *The Atlantic Monthly* (5/95), als Reinigungsprozeß verstanden wurde. »Amerikanisierung«, so Schwarz, »reinigte« die USA zwar nicht von ihren ethnischen Minderheiten, aber die Minderheiten von ihrer ethnischen Identität.

Dies war der Preis für den Eintritt in das einst gelobte Land, auch New Jerusalem genannt. Es war Ausdruck eines souveränen Selbstbewußtseins, das den Deutschen besatzungsbedingt ausgetrieben wurde und zu dem die Bonner Ochlokratie immer noch ein zutiefst gestörtes Verhältnis hat. Zu jener Zeit gab es in den USA unter den einwandernden Juden, so wiederum Schwarz, folgende bekannte Redensart: »Willst Du ein Amerikaner werden, dann vergiß Deine Vergangenheit, Deine Bräuche und Deine Ideale.« Freilich hat dieser Eintrittspreis die immigrierenden Juden nicht abgeschreckt, genau das Gegenteil zu tun und zu propagieren, und insbesondere das früher jüdisch dominierte Hollywood (siehe Seite 112 ff.) unternahm alles, um aus dem Schmelztiegel USA

den heutigen Flickenteppich zu machen und damit deren innere Stärke zu brechen – bis hin zum heutigen Absurdistan.

Die Immigration von Europäern in die USA ist von etwa 50 % zwischen 1955 und 1964 auf ungefähr 7 % zwischen 1975 und heute gesunken, Tendenz weiter fallend. Die USA sind für Europäer nicht mehr das gelobte Land. Statt aber diese Zahlen richtig zu deuten, verwandelt das Viererkartell Deutschland durch den Import nicht assimilierbarer Fremder ebenfalls in einen multikulturellen Flickenteppich nach US-Muster. Man stelle sich auch nur das Geschrei vor, wenn es bei uns hieße: ›Willst Du Deutscher werden, dann vergiß Deine Vergangenheit, Deine Bräuche und Deine Ideale.‹ Aber genau dieses wäre es, was wir im Interesse der Homogenität und Harmonie der Gemeinschaft eigentlich fordern müßten.

Rita Süßmuth (CDU), die sich in einem *Focus*-Interview ausdrücklich gegen die ethnische und kulturelle Homogenität Deutschlands ausgesprochen hat, tritt für ein Miteinander unterschiedlicher Kulturen ein. Entweder weiß es die Dame, immerhin Bundestagspräsidentin, in apolitischer und ahistorischer Naivität nicht besser, oder sie betreibt die Zerstörung der deutschen Kulturgemeinschaft, in wessen Auftrag auch immer, ganz gezielt; denn es gibt in der Regel kein multikulturelles Miteinander, sondern nur ein multikulturelles Gegeneinander.

Der große Bruder des Viererkartells, die USA, liefert dafür ein anschauliches Beispiel.

Multikulturismus führt nicht zu einer homogenen Einebnung ethnischer Konflikte, sondern betont vorhandene oder vermeintliche Unterschiede, führt zur ethnischen Abgrenzung der jeweiligen ethnischen Gruppen, nicht zu deren friedlichem Miteinander, bewirkt in der Regel die Transformation einer harmonischen Solidargemeinschaft in eine atomisierte, ›tribalisierte‹, von Interessengegensätzen paralysierte, inhomogene, disharmonische

und chaotische Gesellschaft ständig im Streit liegender Gruppenegoismen. Multikulturismus ist das fatale, reaktionäre Bollwerk auf dem Weg von der schlechten zur guten Freiheit. Multikulturismus verheißt keinen Fortschritt, sondern nur Auflösung und Zerstörung, bestenfalls eine »Dauerbaustelle« (Leggewie). Multikulturismus ist zutiefst unsozial; denn er trifft nicht seine Schicki-Micki-Propagandisten, die auf ihren Abend in der italienischen Pizza-Mafiafiliale oder der chinesischen Triaden-Niederlassung nicht verzichten wollen, sondern die sozial schwachen Deutschen. Auf ihrem Rücken wird die »kokette Weltfremdheit« (Rolf Winter) dieser zynischen, gemeinschaftsfeindlichen Reaktionäre ausgetragen.

Gerade hinsichtlich der Überfremdungsproblematik gibt es im Absurdistan Deutschland eine demokratischen Prinzipien Hohn sprechende Unterdrückung der Mehrheit durch eine doktrinäre, militante Multikulti-Minderheit. Dieser häufig privilegierten, gesundem Menschenverstand entwöhnten Minderheit wäre zu wünschen, ihre vornehmen, ›bildungsbürgerlichen‹, noch ›weißen‹ Villenvororte zu verlassen, um mit Türken, Arabern, Afrikanern, Sinti, Roma usw. Tür an Tür in abgeschlossenen Multikulti-Ghettos zusammenzuleben. Dort würden sie dann hautnah babylonisches Chaos und permanenten Bürgerkrieg (er)leben, während die in der Regel minder privilegierte, unter der Invasion ethnisch Fremder leidende Mehrheit weiter in ihrer eigenen Kultur und Tradition leben könnte; wenigstens dieser ideelle Reichtum verbliebe ihr dann noch. Würde es gerecht im Absurdistan Deutschland zugehen, würde nicht die unterdrückte Mehrheit dem genozidären Minderheitsdogma zur Schaffung eines eurasisch-negroiden, seiner kulturellen Bezüge beraubten, leicht manipulierbaren Einheitsmenschen ausgesetzt, sondern hätte in seiner Art eine Überlebenschance, eine Chance, die wir auch jeder Tierart zuzubilligen bereit sind.

Inzwischen werden ganze Stadtteile zu Auffangbecken von nicht assimilierbaren Ausländern und verkommen nach und nach zu Slums. Und derselbe politische Pöbel, der dies bewirkt hat, schreit anschließend ›Ausländerfeindlichkeit‹, wenn sich die an die Wand gedrängten Deutschen zu wehren beginnen.

Ob es Kreuzberg in Berlin, Wilhelmsburg in Hamburg oder Dietzenbach bei Frankfurt ist, ganze Stadtteile und Städte werden durch Ausländer, meistens Türken, übernommen. Sie haben die Invasionsgebiete gleichzeitig zu Kriminalitätshochburgen umgewandelt. Deutschland, ein kriminelles Abenteuerland für Türken, Italiener, Jugoslawen, Russen und Nordafrikaner.

Ausländer sind inzwischen mit mehr als einem Drittel an der Gesamtkriminalität in Deutschland beteiligt, an der Schwerstkriminalität sogar bereits bis zu 60 %.

Rumänische und jugoslawische Banden haben sich auf Einbrüche und organisierte Diebestouren spezialisiert, Vietnamesen beherrschen den Zigarettenschmuggel, Türken, Libanesen, Marokkaner und Südamerikaner den Rauschgiftmarkt, Polen und Russen dominieren beim Kfz-Diebstahl, so der *Focus*. »Heute gestohlen, morgen in Polen« heißt es im Volksmund.

Laut Polizeistatistik war der Anteil ausländischer Tatverdächtiger 1993 besonders hoch bei Autodiebstahl (49 %), Rauschgiftdelikten (51 %), Menschenhandel (47 %) und Taschendiebstahl (73 %). Die Aufklärungsquote betrug nur 43,8 %. Der Ausländeranteil in den Gefängnissen übertrifft deren Bevölkerungsanteil um das Drei- bis Fünffache. Die Gefängnisse sind mit Türken, Jugoslawen, Rumänen, Nordafrikanern und Italienern überbelegt. In Hamburg-Fuhlsbüttel (›Santa Fu‹) gibt es einen 40 %igen Ausländeranteil; das Jugendgefängnis in Hannover ist zu über 80 % mit Ausländern belegt.

In den Ausländerhochburgen sind die Zahlen, wie erwähnt, noch wesentlich dramatischer.

Im Jahre 1992 waren 58,7 % der Tatverdächtigen im Dienstbezirk des Frankfurter Polizeipräsidiums Ausländer. In Frankfurt am Main sind laut *Focus* 65 % der 14- bis 18jährigen und 70 % der 18- bis 21jährigen Tatverdächtigen Ausländer.

Die Illusionisten, die einst von einer Integration ausländischer Jugendlicher faselten, sind durch die Realitäten längst ad absurdum geführt worden. »In der zweiten und dritten Generation der Zugewanderten«, so Richard Münch in seinem Buch *Projekt Europa,* »verschärft sich der ›Identitätskonflikt‹«, verhindert eine Integration und begünstigt das Abtauchen in die kriminelle Szene.

An bestimmten Delikten waren in Frankfurt am Main im Jahre 1992 Ausländer weit überproportional beteiligt, zum Beispiel am Totschlag (64 %), an Raub und räuberischer Erpressung (68,2 %), Urkundenfälschung (96,1 %!), Taschendiebstahl (85,2 %), Drogenhandel (82,3 %). An sogenannten organisierten Verbrechen waren die Ausländer im Jahre 1994 zu 59 % beteiligt.

In manchen Gebieten findet durch die Invasion völlig Kulturfremder, durch explosionsartig ansteigende Kriminalität und/oder allmählichen Verfall ganzer Straßenzüge eine Vertreibung sozial schwacher Deutscher auf breiter Front statt. Am schlimmsten trifft es die Alten. Viele von ihnen, Vertriebene aus ihren angestammten deutschen Ostgebieten, machen auf Grund der gemeinschaftsvernichtenden Politik der (inneren) Appeasement-Politiker Kohl, Rau, Herzog und Co. bereits ihre zweite Vertreibung durch.

Die späteren Folgen solcher Vertreibungen lassen sich in den USA ablesen. Detroit, von wo der weiße amerikanische Automobilismus ausging, ist heute zu zwei Drittel schwarz. Washington D. C., die Kriminalitätshauptstadt der Welt, ist inzwischen mehrheitlich schwarz. Die Verwaltungen solcher Städte werden schwarz geführt.

Die Weißen sind schwarzbestimmte Minderheiten geworden, weil schwarz nicht Kompetenz und Erfahrung, sondern eben schwarz, also ›rassistisch‹, wählt. Das Demokratieprinzip wurde ›rassistisch‹ ad absurdum geführt. Es ist letztlich degeneriert in einen Wettbewerb von schwarzen und weißen Samenkanonen, in dem die Weißen aufgrund größerer sexueller Enthaltsamkeit zwangsläufig unterliegen. Dieser faktische Genital-›Rassismus‹, der meistens einhergeht mit der Zerschlagung gewachsener Strukturen und zivilisatorischem Rückschritt, ist der eigentliche real existierende, tabuisierte ›Rassismus‹.

»Wir haben die Demographie auf unserer Seite«, so William King, früherer Vorsitzender der schwarzen Studentenvereinigung an der Stanford- Universität. Die Superwaffe des Jahres 2000 ist die Samenkanone zwischen schwarzen oder muslimischen Männerschenkeln.

Ähnlich ist es in Frankreich. Ausländer anderer Kulturzugehörigkeit, meistens arme Zuwanderer aus Afrika nördlich und südlich der Sahara, haben ganze Stadtviertel von Paris eingenommen, ohne daß die Einheimischen um ihre Zustimmung oder Meinung gefragt wurden. In der Pariser Regierung beträgt ihr Anteil bereits über 13 %, in der Hauptstadt selbst sind es fast 17 %. Der ›Wanderungsüberschuß‹ (legal und illegal) beträgt jährlich mindestens 200 000, während gleichzeitig Einheimische die inzwischen verrufenen ›Cités‹ (sprich: ›Ghettos‹), ähnlich wie in deutschen Großstädten, verlassen und die ›Immigrés‹ und ihre Nachkommen in mehr oder minder polizeifreien Gegenden der ›Banlieue‹ unter sich bleiben. Eine neue, selbst gezüchtete Form der Apartheid ist entstanden.

Alle fünf Jahre wächst in Frankreich die Zahl der zumeist afrikanischen Ausländer um eine Million, die dank der offenen EU-Grenzen nun freie Fahrt nach Deutschland haben. Alle zehn Jahre wechselt eine Million Menschen aus der Minderheit der Ausländer in die Mehrheit

der französischen Staatsbürger über. Und dennoch bleiben sie meistens Fremde, weil sie sich nicht integrieren wollen. Sie beharren auf ihrem ›Recht auf Besonderheit‹ (›droit à la différence‹). Längst hat sich wie in den USA erwiesen, daß der Mechanismus der Segregation (Absonderung) stärker ist als der Mechanismus der Integration. Die abgesonderten ethnischen Gruppen bilden das Proletariat von morgen. Aus ihren Ghettos heraus wurden, ähnlich wie bereits in den USA (Los Angeles), erste Revolten vorgetragen, die in Zukunft explosionsartig zunehmen werden. Gescheiterte kommunistische und sozialistische Ideologen betreiben die Etablierung dieser proletarischen Ghettos durch mittelbare Förderung massiver Armenzuwanderung aus Afrika, einerseits mit dem Hintergedanken, auf diese Weise doch noch ihre geschichtlich gescheiterte Utopie zu einem späten makaberen Sieg zu führen, andererseits mit der Absicht, aus diesen Gruppen ihre Wähler von morgen rekrutieren zu können. Dabei scheinen sie, getreu ihrer früheren leninistischen Doktrinierung, nolens volens die ›Libanonisierung‹ bzw. die ›Balkanisierung‹ der gesamten französischen Gemeinschaft mehr als nur billigend in Kauf zu nehmen.

Und wie steht es mit dem großen Bruder, dem multikulturellen ›Absurdistan‹? In den USA nimmt die Selbstbespiegelung der verschiedenen ethnischen Gruppen immer groteskere Formen und Ausmaße an, und dies wird sich voraussehbar in einem Ansteigen bürgerkriegsähnlicher Unruhen, wie sie sich bereits in Los Angeles angedeutet haben, auswirken.

Paranoia, Mißtrauen, Minderwertigkeitsgefühle und vermeintliche oder tatsächliche Unterprivilegierung haben bereits unter den Schwarzen eine Bunker- und Festungsmentalität entwickelt, aus der heraus sie irgendwann den Befreiungsschlag führen werden. Malcolm X weist den Weg.

Es ist unter ihnen eine imaginäre irreale Gegenwelt entstanden, in der die Weißen sie mit heimlicher, durchtriebener und unbarmherziger Bösartigkeit verfolgen. Sie fühlen sich als ewige Opfer der Weißen. Welcher Kompromiß ist mit einer weißen Gesellschaft möglich, die, so ihre Fixierung, ihnen nur Böses will? Welche Kommunikation kann in einer Atmosphäre von Furcht und Mißtrauen stattfinden? Paranoia und tiefes Mißtrauen teilt die Gesellschaft und verhindert das Aufkommen von Hoffnung, offener Begegnung und Ausgleich. Das Opferdenken geht so weit, daß junge Schwarze ein Mittelklasseleben mit guten Jobs, schönem Haus, konservativer Kleidung und Hochschulabschluß nur deshalb ablehnen, weil sie befürchten müssen, unter ihresgleichen sich den Vorwurf einzuhandeln, daß sie damit weiß handeln (›acting white‹) bzw. weiß werden (›turning white‹), ein Phänomen, welches wir hier in Deutschland auch bei jungen Türken beobachten können, die sich unter ihresgleichen mit dem Vorwurf konfrontiert sehen, deutsch zu handeln bzw. deutsch zu werden.

Afroamerikanische ›Gelehrte‹ haben in den USA ein Netzwerk von Stützpunkten etabliert, von denen aus sie Angriffe auf europäische Geschichte und Kultur lancieren. Die Geschichte wird von ihnen auf skurrile Weise neu geschrieben, um das Gefühl schwarzer Minderwertigkeit zu kompensieren. Nach und nach entsteht so eine fiktive, völlig absurde Gegenwelt, die sich von der Realität immer weiter entfernt (vergl. Berg, *In Sachen Deutschland*).

Tatsächlich ist es bis heute kaum gelungen, die Afroamerikaner in die US-Gesellschaft zu integrieren. Inzwischen ist es auch dafür zu spät. Sie sind nicht mehr die Schwarzen oder die Neger, sie sind immer selbstbewußter und fordernder auftretende Afroamerikaner. Verständlicherweise suchen sie in den noch immer fremden USA, in denen ihre Ahnen häufig wie Vieh behandelt

wurden, nach ihrer eigenen Identität, die nirgendwo anders als im fernen Afrika begraben liegt. Aber genau das ist das US-Dilemma. Die Afroamerikaner, wie auch andere ethnische Gruppen, sondern sich ab, diskriminieren sich damit selbst zu Bindestrich-Amerikanern.

Wie sie verhalten sich im sogenannten Sonnengürtel der USA auch die Hispanos oder die Asiaten in Kalifornien. Insbesondere die Hispanos, die bereits 9 % der Gesamtbevölkerung, also 20 Millionen, ausmachen, haben eine große Sprach- und Kulturloyalität bewiesen, mit eigenen Radio- und Fernsehsendern, von Kalifornien über Texas bis nach Florida. Miami wird immer mehr zum Hongkong Kubas. Von Miami bis hoch zur Interstate 4 (I 4)-Grenze (Tampa-Orlando-Daytona Beach) herrscht in Florida bereits häufig englisch-spanische Zweisprachigkeit – in Behörden, Kaufhäusern, Restaurants und in Sportstätten. Die verschiedenen ethnischen Gruppen kämpfen verbissen um jedes Stückchen Macht – immer häufiger auch mit tödlichem Ausgang. Die USA befinden sich in einem latenten kalten Bürgerkriegszustand. Die relative Waffenruhe, die momentan herrscht, ist mehr als trügerisch.

Jeder Bodengewinn wird durch immer neue Abgrenzung gesichert. Das die gesamte Gesellschaft paralysierende Totschlagwort heißt ›Diskriminierung‹.

Auch die Indianer, die eigentlichen Amerikaner, haben sich längst zurückgemeldet. Auf ihrer ersten ›internationalen indianischen Vertragskonferenz‹ im Jahre 1974 verabschiedeten die Vertreter der indianischen Völker eine Erklärung »der fortbestehenden Unabhängigkeit der souveränen amerikanischen indianischen Nation«. Die UNO, institutioneller Inbegriff der gemeinschaftsfeindlichen ›Menschenrechte‹ (siehe dazu Seite 143 ff.), hat diesem Vertragsrat den Status einer nicht regierungsgebundenen Organisation (NGO) mit Beraterstatus zuerkannt. Fürwahr, die UNO, dominiert von ›Dritte-Welt-

Staaten‹, läßt kein Mittel aus, es den Gesellschaften der ›ersten Welt‹ heimzuzahlen, ganz gleich, ob mit dieser Welt tatsächlich noch eine Rechnung offen ist oder sie jeder Grundlage entbehrt. Auch die UNO ist letztlich mehrheitlich ein Verein psychopathischer Opfer (-Nationen) und es wäre für das Viererkartell eher ein Armutszeugnis, dazugehören zu wollen, würde sie nicht dieselben gemeinschaftsfeindlichen Ziele gegen ihr eigenes Volk verfolgen.

Die ganze Absurdität der multikulturellen Gesellschaft USA läßt sich anschaulich in folgender Parabel zusammenfassen:

Es war einmal ein kleiner schwarzer Kong namens O. J., der träumte davon, König (King) Kong zu werden. Dafür malträtierte er seinen Körper, indem er, einem Fleisch gewordenen Rammbock gleich, einem eiförmigen Ball nachjagte und diesen unter furchtbaren Stößen und Tritten ihm entgegenrasender Kongs zu fangen versuchte, um ihn dann, falls ihm dies gelang, möglichst weit in das gegnerische Feld zu tragen und dort einen sogenannten ›Touch-Down‹ zu erreichen.

Im Grunde war die ganze Sache ein ›Sport‹ für geistig schwerst behinderte Halbaffen, aber zu dem merkwürdigen Land, in dem er aufgewachsen war, paßte er.

Der kleine Kong O. J. wurde ein hervorragender Rammbock, und irgendwann lag das Land, in dem seine Vorfahren so lange gelitten hatten, ihm zu Füßen. Kong O. J. war endlich King Kong. Er wurde reichlich entlohnt. Plötzlich war er sogar unter den herrschenden weißen Spitznasen umworben, mehr noch, es gelang ihm, ein besonders schönes, blondes Spitznasenweib namens Nicole in seine prächtige Hütte zu locken. Dort stellte sie aber schon bald fest, daß King Kong nichts Königliches an sich hatte. Kong O. J. war so brutal, ungehobelt, unsensibel, besitzergreifend und jähzornig, daß sie schnell

jeden Respekt vor ihm verloren hatte. O. J., der im Lande immer noch als King Kong verehrt wurde, ertrug den mangelnden Respekt von Nicole nicht, wurde immer brutaler und schlug sie wiederholt grün und blau. Sie trennten sich, aber Kong O. J. konnte immer noch nicht von ihr lassen. Es zerriß ihn fast vor Schmerz, daß seine blonde weiße Trophäe sich nach ihm nur noch mit weißen Spitznasen abgab. Dann aber, so glaubte er, gab sie sich sogar mit einem Ronald vom Stamme der Hakennasen ab, eben jenem Stamm, den die schwarzen Kongs wie keinen anderen haßten, weil sie von ihm am schlimmsten behandelt worden waren. O. J. zerriß es endgültig. Außer sich vor Wut, Eifersucht und Demütigung erstach er Nicole sowie Ronald und wurde dafür vor Gericht gestellt. Dort plädierte er »100 % nicht schuldig«. Er wurde schließlich freigesprochen, weil in der Jury überwiegend brüderliche schwarze Kongs saßen, die von vorneherein, ohne überhaupt die Anklage gehört zu haben, überzeugt waren, daß ihr Bruder Kong, wie viele ihrer Vorfahren, ein Opfer der Vorherrschaft der weißen Spitznasen geworden war. So fand doch noch alles zu einem ›Happy End‹, für den Stamm der Kongs, weil es zwei Spitz- und Hakennasen weniger gab, für Kong O. J., weil er wieder ein freier Kong war und für seine geldgeilen Verteidiger, die seine Millionen eingesackt hatten. Nur die Eltern von Nicole und Ronald trauerten. Aber das war nur gerecht. Sollten sie doch leiden für alle die vielen Kongs, die durch ihresgleichen gequält worden waren. Sie nannten dies ›kompensatorische Gerechtigkeit‹.

Nur eine absurde Parabel? Keineswegs. In dem tatsächlichen Drama ›The People vs. O. J. Simpson‹ spielen der durch eine Vielzahl von Indizien belastete Afroamerikaner O. J. Simpson, ein früherer ›American-Football-Star‹, die weiße blonde Schönheit Nicole Brown und der sympathische Jude Ronald Goldman die tragischen Hauptrollen. Unabhängig von der Schuld oder Nicht-

schuld von O. J. Simpson beschreibt diese Parabel dennoch exemplarisch die tägliche gerichtliche Realität in den USA, dem Land der unbegrenzten Absurditäten.

Eine besonders absurde Erscheinung des US-amerikanischen Multikulturismus ist auch die ›rassistische‹ und ›sexistische‹ ›affirmative action‹, wonach eine freie Position bei gleicher Qualifikation der Bewerber mit einem/r schwarzen bzw. weiblichen Kandidaten/in zu besetzen ist, ganz gleich, ob diese(r) Kandidat(in) zu einem bestehenden Team gruppenkonform ist oder nicht.

Bei dieser ›rassistischen‹ bzw. ›sexistischen‹ Lösung schauen die weißen Männer in die Röhre. Vergangenes Unrecht soll im Wege ›kompensatorischer Gerechtigkeit‹ durch neues Unrecht ausgeglichen werden. Absurd, aber wahr. Die atomisierte US-Gesellschaft hat sich damit selbst eine Zeitbombe gebastelt, die irgendwann explodieren wird. Eine kürzlich vom *Wall Street Journal* und *NBC News* in Auftrag gegebene Umfrage hat ergeben, daß zwei von drei Amerikanern die ›affirmative action‹ ablehnen.

Dennoch halten die ›rassistischen‹ und ›sexistischen‹ Ideologen unter Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes verbissen daran fest, ganz gleich, ob die Atmosphäre an den Arbeitsplätzen dadurch nachhaltig vergiftet wurde, ganz gleich auch, ob das Land aufgrund dessen mit Diskriminierungsklagen überschwemmt wurde, auch ohne Rücksicht darauf, daß viele einsichtige Schwarze und Frauen sich durch dieses Gesetz entwertet fühlen, weil es von vornherein unterstellt, sie könnten mit weißen Männern nicht konkurrieren, und schließlich auch ohne zur Kenntnis zu nehmen, daß es in den USA wie überall brillante schwarze und weibliche Unternehmer und Intellektuelle gibt.

Das unter den Weißen bestehende, oft noch tabuisierte Gefühl ist folgendes: Die Opfer der ›affirmative action‹

(Weiße/Männer) werden gezwungen, eine (historische) Schuld gegenüber den Begünstigten (Schwarze/Frauen) zuzugeben, damit diese ihrerseits nicht anerkennen müssen, daß sie ›rassistisch‹ oder ›sexistisch‹ bevorzugt werden. Wir kennen denselben Mechanismus bei dem uns von jüdischer Seite aufgemachten ›Schuldkonto‹.

Absurdeste Folgen zeitigte ›affirmative action‹ im Zusammenhang mit Hochschulzulassungen. Carl-Frederick Berg, der weißer Hautfarbe ist, hätte mit seinem (fiktiven) Notendurchschnitt an der Harvard Law School keine Chance auf Zulassung. Derselbe Berg, wäre er schwarz, würde im Falle seiner Bewerbung nicht nur angenommen, er würde sogar dazu motiviert, an diesem Institut zu studieren. Quintessenz: Bist Du weiß, brauchst Du schwarze Schminke und perfekt gefälschte Papiere. Hollywood giert nach solchen Stoffen.

Die ›affirmative-action‹-Politik wurde manchmal nicht nur auf Schwarze oder Frauen angewandt, sondern auch auf andere Gruppen, die ebenfalls Unterprivilegierung oder Diskriminierung geltend machten, z. B. Indianer, Dritte-Welt-Geborene, Vietnam-Veteranen, Behinderte, Homos und Lesben.

Neben dem leistungsfeindlichen, ›rassistischen‹ und ›sexistischen‹ Grundsatz der ›affirmative action‹ gibt es einen nicht minder absurden, nicht minder leistungsfeindlichen Grundsatz der ›rassischen Gerechtigkeit‹ bzw. ›multikulturellen Vielfältigkeit‹. Beispiel: Junge asiatisch-amerikanische Schüler, die als besonders leistungsbereit gelten und meistens mit überdurchschnittlichen Schulabschlußnoten aufwarten, wurden in den späten 80ern an der Berkeley-Universität abgelehnt, weil sie im Verhältnis zu anderen Minderheiten an der Hochschule bereits überrepräsentiert seien. Für Weiße gilt dasselbe. Obwohl Weiße noch etwas mehr als 50 % der kalifornischen Bevölkerung ausmachen, wurden sie in Berkeley zu einer Minderheit gemacht. ›Kompensatori-

sche Gerechtigkeit‹ nennen dies die Ideologen des Absurden.

›Affirmative action‹ brachte den USA nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, Farbenblindheit (sprich: Blindheit für die Hautfarbe des Bewerbers), sondern genau das Gegenteil: eine absurd farbenbewußte Gesellschaft. In den Universitäten gibt es ethnisch und hautfarblich getrennte Schlafsäle und getrennte Gesellschaftsräume. Eine neue Apartheid ist auf dem Vormarsch. Und da die deutschen Satrapen der USA servil genug sind, auch möglichst jeden Fehler des großen Bruders zu kopieren, gab es bei uns mit der verfassungswidrigen Frauenquote denselben ungerechten Nonsens in rosa.

Auch wir sind auf dem besten Weg nach Absurdistan!

Immer häufiger kommt es in den Großstädten zu Straßenkriegen zwischen deutschen und türkischen bzw. arabischen Jugendlichen, um ihre Reviere abzugrenzen. Separation, nicht Integration ist die Realität. Importierte ›West-Side-Story‹. Nur New Yorks Harlem, Bronx oder South Central haben uns noch gefehlt.

Schon werden Jugendzentren von türkischen und arabischen Jugendlichen als ›Schonräume für eine ausgegrenzte und diskriminierte Minderheit‹ bezeichnet, und deutsche Jugendliche, häufig längst die tatsächliche Minderheit, ausgesperrt. ›Diskriminierung‹ heißt die Devise. Schon gibt es in Deutschland erste höchstinstanzliche Urteile des Bundesverwaltungsgerichts, daß Mädchen, die im islamischen Glauben erzogen werden, nicht am normalen Schwimm- und Sportunterricht teilzunehmen brauchen. Urteile dieser Art sind der fatale Einstieg in eine Gesellschaft der Sonderrechte, in der jede Gruppe das Maß der Sonderrechte konkurrierender anderer Gruppen, wie in den USA, neidisch verfolgt und bekämpft. Vor allem aber sind sie der Einstieg in eine Absurditätsspirale, in der jedes gerichtlich eingeräumte Sonderrecht der Präzedensfall für noch absurdere Urteile

ist. Salamitaktik und ›Case-law‹ ergänzen sich eben vorzüglich.

Hinzu kommt ein weiteres: Dieses häufig von gescheiterten, durch die Institutionen marschierten 68ern gesprochene ›Richterrecht‹ ist nicht demokratisch legitimiert und führte bisher in der Regel nur dazu, daß das apolitische, entscheidungsscheue, träge Viererkartell der anmaßenden Richterpolitik nur hinterherhechelte, anstatt einen gesetzlichen Riegel vor dieses gemeinschaftsfeindliche, die Individualrechte überbetonende Recht zu setzen.

Tatsächlich haben in Restdeutschland, vor allem durch das demokratisch nicht legitimierte, über die jeweiligen Parteizugehörigkeiten ideologisch aufgeladene Bundesverfassungsgericht, Richter mehr und mehr die politisch-ideologische Führung übernommen, während die intellektuell überforderte bzw. korrupte Ochlokratie immer mehr zum bloßen ausführenden Erfüllungsgehilfen von Partikularinteressen und politischem Richterrecht wurde. Nur das Volk hatte keine Stimme. Der bisher noch nicht verabschiedete Artikel 20 b Grundgesetz ist für dieses Versagen des Viererkartells ein klassisches Beispiel. Dieser Artikel, wonach der Staat »die Identität der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten« achtet, wäre in der politischen Salamitaktik der Gemeinschaftsfeinde der absolute Durchbruch gewesen, konnte aber in der letzten Legislaturperiode noch einmal verhindert werden. Einige, darunter Rupert Scholz (CDU), Vorsitzender der Verfassungskommission, erkannten noch rechtzeitig die absurden Konsequenzen dieser Verfassungsergänzung; denn damit würden beispielsweise

- die islamische Mehrfachehe,
- das patriarchalische Gewohnheitsrecht des muslimischen Ehemannes auf Unterdrückung der Frau,
- das arabische Ausgehverbot für Frauen,

- Koranschulen,
- gleichberechtigte Sprachenvielfalt

legalisiert werden.

Bestimmte Kulturen kennen bekanntlich auch heute noch nicht die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Der Koran bestimmt, daß Männer über Frauen Gewalt haben, weil Allah jene als höherwertig geschaffen habe. Der bekannte islamische Gelehrte Ibn Taymiyya rät: »Wenn ein Ehemann seine Ehefrau für ihr Fehlverhalten züchtigt, sollte er zehn Peitschenhiebe nicht überschreiten.«

Viele Chinesen folgen noch einem alten Spruch aus dem *Ts'ai-fei lu:* »Wenn Du Dich um Deinen Sohn sorgst, dann mache es ihm hinsichtlich seiner Studien nicht leicht, sorgst Du Dich aber um Deine Tochter, dann mache es ihr hinsichtlich ihrer Fußschnürungen nicht leicht.«

Andere Länder kennen noch Mitgift, Ehefrauenkauf bzw. -verkauf und -verbrennung. In Ländern wie Kenia, Somalia, Indonesien und dem Sudan werden Frauen noch regelmäßig in einer Weise verstümmelt, daß ihnen danach jede Freude an sexueller Betätigung vergangen ist. In den meisten Fällen werden ihnen ohne Betäubung die Klitoris mit einem Messer abgeschnitten und die Seiten der Vulva zusammengenäht. In wieder anderen Ländern werden Homos und Lesben ausgesondert, eingesperrt oder sonstigen drakonischen Strafen unterzogen (China, Kuba).

Der Rückfall in ein mittelalterliches Absurdistan war also bereits vorprogrammiert, das babylonische Chaos stand vor der Tür. Schlimmer noch: Es hätte eine ›Privilegierung‹ von Angehörigen dieser fremden Gruppen im Verhältnis zu Deutschen gegeben, die sich auf solche besonderen ethnischen oder kulturellen Eigenheiten nicht berufen können. Man möge sich die absurden rechtlichen Konsequenzen vorstellen:

Der benachteiligte deutsche Ehemann, der seine Ehefrau gezüchtigt und ›eingelocht‹ hat und dafür strafrechtlich wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung zur Verantwortung gezogen wird, klagt vor dem Bundesverfassungsgericht auf Gleichbehandlung (Art. 3 Grundgesetz) mit dem muslimischen Frauenpeiniger.

Tatsächlich war Artikel 20 b Grundgesetz das falsche gesetzliche Signal zur völlig falschen Zeit, weil es gerade gegen die Bildung einer überlebensfähigen, homogenen Gemeinschaft gerichtet ist. Nicht nur wäre die Atomisierung bzw. ›Tribalisierung‹ des deutschen Volkes legalisiert worden, das ›Jeder gegen jeden‹, sondern vor allem wären bereits vorhandene Identitäten fremder Minderheiten gestärkt worden, bevor sich nach der Vereinigung eine gemeinsame deutsche Identität überhaupt hätte bilden können. Es wäre wie in den USA zu einer Tyrannei der Minderheiten gekommen.

Existierende Identitäten fremder, demographisch stark anwachsender Minderheiten wirken hinsichtlich des Entstehens einer deutschen Identität hindernd.

Es darf in Deutschland keine reaktionäre Renaissance ethnischen Denkens geben. Minderheitenschutz hat eben nicht nur den ›menschenrechtlichen‹ Ansatz, was immer ›Menschenrechte‹ überhaupt bedeuten (siehe Seite 143 ff.), sondern wird erfahrungsgemäß in der Regel gruppenrechtlich begründet. Der gruppenrechtliche Ansatz aber zielt auf die Bewahrung ethnischer, sprachlicher und sonstiger Eigenschaften einer Minderheit, die vom Staat, zum Beispiel durch die Einräumung einer Sonderstellung, garantiert werden soll. Das wiederum lädt ein, so der Experte für Minderheitenrechte, Hans Alexy, »den Begriff des Staatsvolkes ethnisch aufzuladen in Mehrheit und Minderheit, in Deutsche hier und Türken dort«. In den USA sind die staatlichen Arbeitsplätze ethnisch quotiert. Ein solches Denken verfestigt erfahrungsgemäß die Grenzen zwischen verschiedenen

ethnischen Gruppen und wirkt gegen das Staatsziel Assimilation bzw. Integration; denn Lebenschancen werden nach ethnischen Kriterien ausgeformt und in nicht enden wollenden Gruppenauseinandersetzungen neidisch gegeneinander aufgerechnet – das Vorstadium jedes Bürgerkrieges.

Nicht Assimilation oder Integration, sondern Desintegration und Separation ist die Alltagsrealität, die das Viererkartell aus dem politischen Bewußtsein des Volkes ausblenden will. Deren multikulturelle, gemeinschaftsfeindliche Initiativen begannen ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, zu dem die demographische Apokalypse bereits weit fortgeschritten war.

Schon 1984 warnte Hoimar von Ditfurth: »Wenn nicht sehr bald etwas Entscheidendes geschieht, dann treiben wir einer Katastrophe entgegen, für die es in der bisherigen menschlichen Geschichte kein Beispiel und keinen Vergleich gibt.«

In den letzten vierzig Jahren hat sich die Weltbevölkerung mehr als verdoppelt, von 2,6 Milliarden auf 5,66 Milliarden Menschen im Jahre 1994. In jeder Sekunde werden derzeit drei Kinder geboren, und schon zur Jahrtausendwende wird es wiederum eine Milliarde Menschen mehr geben. Wächst die Weltbevölkerung weiter wie nach dem Zweiten Weltkrieg, so wird sie sich in gerade fünfzig Jahren noch einmal verdoppeln auf 12,5 Milliarden.

Verantwortlich für die Herbeiführung der demographischen Apokalypse sind, wen mag dies weiter verwundern, vor allem die Religionen. Was taugt eigentlich die religiöse Prophezeiung eines nahen Weltunterganges, einer apokalyptischen Endzeit, wenn dieselbe Religion den Eintritt der Prophezeiung selbst durch Förderung der Bevölkerungsexplosion herbeiführt, eine andere Spielart der ›Self-fulfilling-prophecy‹ (der sich selbst erfüllenden Prophezeiung).

Religionen gehören zu den erfolgreichsten Bastlern der Bevölkerungsbombe. Die Katholiken sabotieren vernünftige Familienplanung, wo immer es geht. Im islamischen Kulturraum finden sich dieselben Wertmuster. Kindersegen statt vernunftgemäßer Selbstbescheidung. Selbst die EKD (Evangelische Kirche in Deutschland), man höre und staune, hat konzediert, daß »religiöse Vorstellungen möglicherweise die stärkste Komponente der hohen Fruchtbarkeit« in den Entwicklungsländern sind. Durch diese starke Vermehrung gefährden die Menschen nicht nur die eigene Existenz, sondern die Existenz der gesamten Biosphäre.

Wie explosiv die Situation ist, erläuterte die britische Ärztezeitschrift *The Lancet* auf recht makabre Weise: Selbst der tägliche Abwurf einer Hiroshima-Bombe mit jeweils 90 000 Toten würde nicht ausreichen, um die Bevölkerungsexplosion anzuhalten, weil täglich 250 000 Neugeborene hinzukommen, jeden Monat ein neues New York, jedes Jahr ein neues Bangladesh.

Bereits im Jahre 2025 werden 85 % der Erdbevölkerung auf der Südseite leben. Allein die indische Population wird in dieser Zeit von 864 Millionen auf 1,44 Milliarden Menschen anwachsen und das Bevölkerungsmonster China einholen.

Explodierende Stadtpopulationen der Südhalbkugel werden von Gewalt und Kriminalität ständig aufgeladen sein und in immer kürzeren Abständen bürgerkriegsähnlich eruptieren. »Insofern eine stark anschwellende Einwanderung die Ballungszentren noch weiter bevölkert, die Konkurrenz unter den Benachteiligten verschärft und den Anteil der Menschen wachsen läßt, die nicht in festen Nachbarschaftsbeziehungen verankert sind, ist auch mit einer Schwächung der sozialen Ordnung und einem entsprechenden Ansteigen der Kriminalität zu rechnen«, so der Soziologe Richard Münch.

Die öffentliche Sicherheit und Ordnung werden kolla-

bieren, ganze Gesellschaften werden vernichtet werden, das Chaos wird regieren. Verteilungskämpfe schlimmsten Ausmaßes werden an der Tagesordnung sein. Um täglich 70 000 steigt schon heute weltweit die Zahl der Menschen, die in absoluter Armut leben müssen, errechnete die britische Wohlfahrtsorganisation ›Action aid‹.

Bevölkerungsdruck, ökologische und gesellschaftliche Zerstörung, Pauperismus werden heute noch unvorstellbare Wanderungsbewegungen gen Norden und Westen auslösen. Einen Eindruck davon kann man bereits heute in deutschen Großstädten erhalten.

Die libertärsten Gesellschaften des Nordens werden der metastatischen Infiltration immer größeren Ausmaßes am wenigsten gewachsen sein und zuerst kollabieren. Die überlebensfähigen Gesellschaften der Zukunft werden, man mag dies bedauern, Individualfreiheitsrechte zu Gunsten erhöhter sozialer Kontrolle zurücknehmen – oder untergehen. Es wird ein bereits begonnener Wettlauf zwischen den europäischen Staaten in der Zurücknahme individual-libertärer Prinzipien nach der Devise ›Rette sich, wer (noch) kann‹ einsetzen. Die Staaten der EU, in ihrer Maastrichter Version ohnehin eine Totgeburt (siehe Epilog), werden, wie aus einem Trauma erwacht, ihre nationalen Grenzen wiederentdecken und effektive Grenzregime zu schätzen wissen. Es werden neue befestigte Grenzanlagen zur Rettung bestehender Gemeinschaften gezogen werden müssen. Die mit Landmasse bestens ausgestattete USA haben bereits an ihrer Südgrenze zu Mexiko damit begonnen, und zwar bereits zu einem Zeitpunkt, als Reagan in Berlin noch medienwirksam forderte: »Tear down the wall, Mr. Gorbatschow.«

Es gibt keinen Zweifel, die ›Berliner Mauer‹ wird im Süden der USA neu erstehen. In Kalifornien wurde von den Bürgern der sogenannten ›Proposition 187‹ mehrheitlich zugestimmt, wonach illegalen Immigranten und

ihren Kindern der Zugang zum Sozialhilfe- und Gesundheitssystem abgeschnitten wird. Man möge sich das Geschrei unserer ›Menschenrechts‹ideologen vorstellen, wenn dies in Deutschland geschähe.

In einer Situation also, in der in Deutschland bereits die Auswirkungen der vorhandenen massiven Zuwanderung schmerzlich zu spüren sind, sei es in bezug auf verfügbaren oder finanzierbaren Raum (Wohnraumverknappung und -verteuerung), erhöhte Arbeitslosigkeit, sinkende Realeinkommen, verarmende Kommunen und katastrophales Abgleiten des Bildungsniveaus, fordern die Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU), der FDP-Vorsitzende Wolfgang Gerhardt und der Ex-Juso Schröder (SPD), Ministerpräsident Niedersachsens, ein Einwanderungsgesetz, offensichtlich mindestens damit billigend in Kauf nehmend, daß nach außen hin signalisiert wird, Deutschland, einer der ohnehin schon dichtest besiedeltsten Staaten dieser Welt, sei Einwanderungsland, damit erst einen ›Sog‹effekt auslösend.

Als wäre Deutschland ein Flächenland wie die USA mit vergleichbaren Ressourcen. Als könnte Deutschland dies überhaupt leisten, raummäßig, finanziell und im Hinblick auf seine Integrationskraft.

Deutschland ist heute doppelt so dicht bewohnt wie die anderen großen Länder Kontinentaleuropas. Im Jahre 1992 betrug nach dem *Statistischen Jahrbuch 1992* des Statistischen Bundesamtes die Bevölkerungsdichte in Einwohnern pro qkm in

- Deutschland: 225
- Italien: 189
- Frankreich: 104
- Polen: 123
- Ungarn: 113
- Österreich: 90
- Rumänien: 97
- Spanien: 77.

Obwohl Deutschland also das bei weitem dichtest besiedelte größere Land Europas ist, nimmt es gleichzeitig fast zwei Drittel der nach Europa strömenden Flüchtlinge und Asylbewerber auf. Tatsächlich hat Deutschland sogar mehr Ausländer aufgenommen als jeder der 24 OECD-Staaten, zu denen auch die USA und Kanada gehören.

Deutschland ist, so scheint es, in einer Totalblockade. Inzwischen hat Deutschland sieben Millionen (7 000 000) Ausländer; also das 17,5fache der gesamten luxemburgischen Bevölkerung; hinzu kommen die Ausländer, die auf die eine oder andere Weise einen deutschen Paß erhalten haben. In Hessen war 1993 bereits jeder achte Ausländer. In Frankfurt beträgt der Ausländeranteil bereits mehr als ein Drittel; in Städten wie Dietzenbach bei Frankfurt gibt es Ausländerghettos, in denen der Ausländeranteil bereits 90 % beträgt, meistens Muslime. 50 % aller Jugendlichen in der Stadt Dietzenbach sind bereits Ausländer, überwiegend Muslime. 50 % ist auch der Ausländeranteil in den Grundschulen. Die Deutschen werden zu vertriebenen Gästen im eigenen Land. Es gibt Kindergärten in Dietzenbach, in denen der Ausländeranteil fast 100 % beträgt. Die Muslime sorgen für ständig steigenden Zulauf.

Wenn Deutsche durch Überfremdung ihre Heimat verlieren, dann werden sie zu Ausländern im eigenen Land, dann befinden sich Städte oder Stadtteile im faktischen Besatzungszustand, dann verwischt der Unterschied zwischen einer militärischen und einer durch den massenhaften Zustrom ethnisch Fremder herbeigeführten Besetzung, und es wird überdeutlich, daß das gemeinschaftsfeindliche Viererkartell genau dies beabsichtigt hat, nämlich den Besatzungszustand für die Deutschen nicht mehr enden zu lassen.

»Das Grundübel der deutschen Ausländerpolitik liegt darin, daß seit den 50er Jahren eine Einwanderung statt-

gefunden hat, die zahlenmäßig im Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung größer ist als die Einwanderung der Vereinigten Staaten«, konzidiert der Staatsrechtler Prof. Rittstieg, Hamburg.

Viel zu spät wurde anerkannt, daß sich Deutschland mit der Aufnahme von immer mehr Wirtschaftsflüchtigen aus aller Welt übernommen hat. Viel zu spät wurden völlig ungeeignete Konsequenzen gezogen. Selbst leidenschaftlichen Befürwortern des Grundrechts auf Asyl dämmerte die Erkenntnis, daß zum Beispiel ein Land wie Rumänien das deutsche Asylrecht praktisch ausnutzte und uns eine dort ungeliebte, nicht assimilier- bzw. integrierbare Bevölkerungsminderheit, nämlich die Roma, zuschob.

Derweil hat die Kulturnation Frankreich, deren intellektuelle journalistische Schicht weniger apolitisch ist als unsere widerwärtigen, angepaßten ›Mainstream‹-Affirmisten hierzulande, längst die Notbremse gezogen: Die eindeutige demoskopische Zielvorgabe in Frankreich heißt Null-Immigration.

Selbst ein klassisches Einwanderungsland wie die flächenmäßig große USA ist dies de facto schon längst nicht mehr. Wer in den USA ein erneuerbares Einjahresvisum erlangen will, muß entweder eine wesentliche Investition in den USA (ca. 100 000 US-Dollar) vornehmen (E 1-Visum) oder wesentlichen Handel mit den USA nachweisen (E 2-Visum) und dadurch Arbeitsplätze *für Amerikaner* schaffen. Wer ein Dauervisum (sogenannte Greencard) erhalten will, muß je nach Bundesstaat mindestens 500 000 US-Dollar investieren.

US-Deportationsbestimmungen und Bestimmungen zur Bestrafung von US-Amerikanern, die sich illegal am Verbleib von Ausländern beteiligen, sind äußerst scharf.

Erst im Februar 1995 wurde der US-Haushalt zur effektiveren Durchsetzung dieser Bestimmungen wieder um zwei Milliarden US-Dollar erhöht.

In der Diskussion sind aber noch wesentlich weitergehende Maßnahmen (vergl. Gross, *A Call for Revolution,* 1993):

1. Verdreifachung der Grenzpolizei an der mexikanischen Grenze (etwa unsere Grenze zu Polen und Tschechien vergleichbar),
2. Einsatz der Armee zur Unterstützung der Grenzpolizei,
3. Strafbarkeit von illegaler Einwanderung,
4. Ausschluß jedweder Sozialleistung an illegale Einwanderer,
5. sofortige Deportation illegaler Einwanderer (um die ohnehin dramatische Verknappung von Gefängnisraum nicht weiter zu verschärfen),
6. sofortige Abschiebung illegaler Asylanten durch Schnellgerichte am Ort des Eintritts (Flughäfen usw.); keine Rechtsmittelmöglichkeiten,
7. hochwertige Standardausstattung der Grenzpolizei mit Fahrzeugen mit Vierradantrieb, Hubschraubern, Nachtsicht- und modernsten Kommunikationsgeräten,
8. sofortige, ungeprüfte Abschiebung von Asylanten, die nicht direkt aus ihrem eigenen Land in die USA kommen,
9. Optimierung der Anhörung von Asylanten,
10. strafrechtliche Verfolgung von Unternehmern, die Illegale beschäftigen,
11. strafrechtliche Verfolgung von Schleppern,
12. dreijähriges Moratorium hinsichtlich jeglicher Immigration.

In Deutschland würden solche selbstschützenden Initiativen von bestimmten Kreisen sicherlich als ›menschenfeindlich‹, ›menschenverachtend‹, ›inhuman‹ oder ›ausländerfeindlich‹ diffamiert werden. Und die Deutschen würden wieder, ihrer pawlowschen Prädisposition entsprechend, sich ducken, schweigen und erdulden.

Wenn alles dies schon in den USA gelten soll, welche Maßnahmen sind dann für Deutschland, eine der dichtest besiedelten Regionen dieser Erde, erforderlich, um das Erbe unserer Vorväter zu schützen, zu dem das Viererkartell offensichtlich kein Verhältnis hat?

Ein besonderes Problem für die deutsche Gemeinschaft ist die türkische Einwanderung, die einer metastatischen Infiltration gleichkommt. Türken neigen dazu, sich weder zu assimilieren noch zu integrieren. Sie bleiben Außenseiter. Ein Beweis dafür ist, daß 1993 fast 400 000 Türken das Recht erworben hatten, eine doppelte Staatsbürgerschaft zu erwerben, kaum ein Türke dieses Recht jedoch wahrnimmt.

Deutschland hat inzwischen schon mehr als zwei Millionen (2 000 000) Türken in seinen Grenzen, also das Fünffache der gesamten luxemburgischen Bevölkerung, Tendenz weiter stark ansteigend. Von diesen Türken sind ca. 700 000 erwerbstätig und rund 100 000 Rentenbezieher. Die verbleibenden 1,2 Millionen sind nochmals um einen 15 %igen Arbeitslosenanteil zu bereinigen, so daß schon heute rund eine Million Türken in Deutschland ohne eigenes Einkommen leben, hinsichtlich derer der türkische Staat durch den deutschen Fiskus von der Zahlung von Sozialleistungen (Sozialhilfe, Wohnungsgeld, Kindergeld, Krankenbeiträge und -leistung) entlastet wird, ganz zu schweigen von den Ausgaben für zusätzliche ökologieschädliche Infrastruktur-Maßnahmen (Zuschüsse für Moscheenbau, Wohnungs-, Straßenbau usw.). Ist es nicht an der Zeit, für diese Leistungen an Türken von der Türkei Kompensation einzufordern?

Hinzu kommt: Die Bevölkerung der Türkei, derzeit bereits 56 Millionen, wird sich binnen drei Jahrzehnten um weitere 30 Millionen vermehrt haben, und die demographische Erfahrung lehrt, daß zwischen zehn und 20 Prozent dieser Türken, mit zunehmendem sozialen Druck eher noch steigend, bereit sein werden, diesem sozialen

Druck durch Auswanderung, bevorzugt nach Deutschland, auszuweichen.

Hier aber tragen sie durch ihre mangelnde kulturelle Assimilations- und Integrationsbereitschaft maßgeblich an der Zerstörung der deutschen Gemeinschaft bei.

Müssen wir Deutschen dies wirklich alles hinnehmen?

Auch die Juden scheinen sich weder in Deutschland assimilieren noch mit unserem Land identifizieren zu wollen. *Strangers in their own Land* (›Fremde im eigenen Land‹) heißt der englische Titel eines Buches, das in dieser englischen Version 1987 herauskam.

14 Juden (einschließlich Herausgeber Peter Sichrovsky) berichten darin über ihr Verhältnis zu Deutschland und den Deutschen. Der Grundtenor aller Aussagen ist Distanz zu Deutschland und den Deutschen, oft sogar Ablehnung bis hin zur Feindschaft. Die folgenden Zitate sind Übersetzungen aus dem Englischen:

> *Fritz:* »Der einzige Grund, warum ich in Deutschland lebe, ist mein Beruf . . . Mit dem Herzen bin ich kein Deutscher und werde es niemals sein‹.
>
> *Anna:* »Aber ich bin keine Deutsche und will es nicht sein. Ich fühle mich als Israelin.«
>
> *Jeanette:* »Ich hoffe und glaube, daß sie (Jeanettes Tochter, der Verfasser) sich immer als Jüdin betrachten wird.«
>
> *Tuvi:* »Der Haß auf Deutschland und alles Deutsche wurde (von den älteren Juden, der Verfasser) auf die Kinder übertragen. Sie trinken ihn wie die Muttermilch« . . . »Ich habe keine patriotischen Gefühle für dieses Land«, . . . »Zuerst kommt der Jude und dann der Deutsche, wenn man überhaupt Deutscher sein kann.«
>
> *Susan:* »Von Anfang an hatte ich entschieden, sie (Susans Tochter, der Verfasser) als Jüdin zu erziehen. Ich wollte nicht, daß sie Deutsche würde.«

David: »Ich würde sagen, daß ich Berliner, Jude, Deutscher bin, und zwar in dieser Reihenfolge. Deutscher zuletzt, weil ich keine Beziehung zu Deutschland habe.«

Helene: «Wir werden immer Juden sein, ganz gleich wo wir sind und mit wem.«

Arjeh: »Und hier war ich in einem Land, das niemals für mich Heimat war und niemals sein wird.«

Aaron: »Ich bin meinen Eltern nicht besonders dankbar, daß sie nach Deutschland zurückkehrten und mich hier aufwachsen ließen.«

Nach Auschwitz, Dachau, Buchenwald, Bergen-Belsen usw. sind diese Aussagen verständlich. Aber das ist nicht das Problem. Dies ist Deutschland fünfzig Jahre nach Hitler. Selbst die letzten seiner jüngsten Gefolgsleute werden bald das Zeitliche segnen. Wir, die Deutschen von heute, haben, ohne sie gleichsetzen zu wollen, weder etwas mit Herrn Hitler noch mit Herrn Bubis gemein.

Dies ist Deutschland vor dem Jahr 2000. Wir müssen unsere heutigen Probleme bewältigen, und für die Bewältigung dieser Probleme braucht Deutschland Menschen, die für den Aufbau einer homogenen, harmonischen Solidargemeinschaft motiviert werden können. Solange sich assimilierungsunwillige, motivierungsunfähige Juden neutral verhalten, können wir sie als NS-Hypothek notfalls mitschleppen (sie betrachten dies ohnehin als unsere moralische Pflicht); was aber auch Israel, das eigentliche Heimatland dieser Menschen, nicht tolerieren könnte, ist die offene oder verdeckte Agitation gegen das Entstehen einer solchen Gemeinschaft.

Apropos Ignatz Bubis, früherer Schwarzmarkthändler, Kaffeeschmuggler und heutiger Immobilienmogul: Ende 1992 wurde dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, dem rastlosen Pendler zwischen Tel Aviv (Israel) und Frankfurt am Main, in Rostock zu ver-

stehen gegeben, daß er als Jude eigentlich nach Israel gehöre. Ende 1992 pflegte man in Rostock noch zu sagen, was man denkt. Die Keule der politisch korrekten Sprache hatte noch nicht voll zugeschlagen. Ein Rauschen ging ob dieser unkonformistischen Äußerung durch den westdeutschen Blätterwald domestizierter Konformisten. Aus Tel Aviv aber kam eine ganz andere Stimme. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschien am 9. 12. 1992 ein Leserbrief des Israeli Arich L. Karnon, in dem dieser ausführt, daß es »wirklich traurig« sei, daß Bubis nicht selbst wisse, daß er als Jude nicht nach Deutschland, sondern nach Israel gehöre. Und dann wörtlich: »Seit 44 Jahren gibt es einen Judenstaat, Israel genannt. Dort gehören Juden hin wie Italiener nach Italien. Was ist dabei beleidigend? Wenn Bubis lieber in Deutschland leben will und Deutschland ihm dies ermöglicht, ist das seine Privatangelegenheit. Ein Deutscher ist er trotzdem nicht, sowenig wie die anderen 30 000–40 000 Juden, die heute in Deutschland leben. ... Das Eigenschaftswort ›deutsch‹ im Zusammenhang mit Juden ist fehl am Platz.« Es sei eine Illusion gewesen, daß deutscher und jüdischer Geist sich auf deutschem Boden treffen könnten.

Wenn es eine geschichtliche Lehre gibt, dann wohl diese: Deutsche und Juden sind für ein gedeihliches Zusammenleben nicht geeignet. Trotz der unsäglichen Taten der Nazis ist es an der Zeit, daß nicht nur Arich L. Karnon zu dieser Erkenntnis gelangt, sondern auch die vielen in Deutschland existierenden Juden, Fremde unter uns, bestenfalls geduldet. Nach allen Greueltaten, die die Nazis an ihnen verübt haben, schulden wir nachgeborenen Deutschen den Juden vor allem diese Wahrhaftigkeit. Sie werden sich ohnehin nicht mit der professionellen nicht-jüdischen Heuchelei der »weißgewaschenen neuen deutschen Riesen« (Peter Sichrovsky) abfinden. Diejenigen, die heute, um mit Peter Sichrovsky zu spre-

chen, zynisch die Versöhnung verordnen und das kollektive »Schuldbekenntnis als eine Art von modernem Ariernachweis bewerten«, hätten mutmaßlich zu anderen Zeiten ebenso eilfertig und konformistisch die Vernichtung der ›nicht-arischen‹ Juden betrieben. Es scheinen immer dieselben üblen Charaktere zu sein, die ihr Fähnlein nach dem Winde ausrichten, ganz gleich, was dieser mit sich trägt. Selbst der Traum von einem »Deutschland ohne Deutsche« (Sichrovsky) wäre für diese nichtjüdischen opportunistischen Zeitgeist-Jongleure wohl akzeptabel, wenn ihre läppischen kleinen Egos damit ›nach oben‹ gespült würden.

Im Mai 1995 war in der zum Time-Warner-Konzern gehörenden *Time* zu lesen, daß sowohl Juden wie Palästinenser des Friedensschlusses zwischen ihnen bereits überdrüssig seien. Das Ende des faulen Friedens scheint also nahe. Sollte auch Ägypten seine bisherige Käuflichkeit (US-Auslandshilfe: $ 2 000 000 000.- jährlich; deutsche ›Entwicklungshilfe‹: DM 2 200 000,- jährlich) aufgeben, wird der Judenstaat angesichts des aufkommenden islamischen Fundamentalismus nicht mehr zu retten sein. Für diesen Fall böte sich für die Juden Deutschland neben den USA als Einwanderungsland an. Die psychologischen und infrastrukturellen Voraussetzungen wurden dafür bereits geschaffen. Die Deutschen haben sich der Masseneinwanderung russischer Juden bisher nicht erwehrt. Der eingeübte deutsche Nationalmasochismus (Gustaf Gründgens) ließe wohl auch gegen eine Masseneinwanderung aus Palästina zur Zeit keinen Widerstand zu, mehr noch, die Deutschen würden sie wohl eher in »pervertierter Großmannssucht« (Hans-Dietrich Sander) noch ankurbeln. Das abermals bittere Ende wäre gewiß.

Die multikulturelle Ideologie ist praktisch fast überall gescheitert, in den USA, in der früheren Sowjetunion von

den baltischen Staaten bis hinunter nach Georgien, auf dem Balkan, im Libanon, in Rumänien mit den Sintis und Romas, in Belgien mit den Flamen und Wallonen, in der Tschechoslowakei mit den Tschechen und Slowaken, in Indien mit den Hindus und Moslems und selbst in der Türkei mit den eigentlichen Türken und den Kurden. Müssen wir Deutschen, dieser historischen Tatsache gewahr, eine künstlich importierte ›Balkanisierung‹ bzw. ›Libanonisierung‹ Deutschlands durch gemeinschafts- und volksfeindliche Kräfte wirklich erdulden? Oder können wir, vor allem wir jüngeren Deutschen, uns doch noch von der Schuld mancher unserer Väter und Großväter emanzipieren und aufhören, späte, beliebig erpreß- und manipulierbare Opfer Adolf Hitlers zu sein? Wir können, wenn wir es nur *wollen*.

Wahre Demokratie, so schon John Stuart Mill, ist in einem multikulturellen bzw. -ethnischen Absurdistan nicht realisierbar. Erst die natürliche, nach ethnischen Merkmalen vollzogene Renationalisierung künstlicher, den Völkern aufgezwungener Gebilde eröffnet die Chance für Demokratie. Erst die Renationalisierung der baltischen Staaten, Rußlands, der Ukraine, der tschechischen Republik, der Slowakei, der Balkanstaaten usw. ermöglicht die Selbstbestimmung der Völker. Die tschechische Republik hat heute, nach der Trennung von der Slowakei, bessere Aussichten, Demokratie zu realisieren als je zuvor. Eine Regierung beginge in diesem Zusammenhang einen gravierenden Fehler, wenn sie einer Minderheit irgendwelche Sonderrechte einräumen würde, zumal in aller Regel eine Auswanderung in die Heimatländer möglich ist. In Deutschland ansässige, nicht assimilierungswillige bzw. -fähige Ausländer sollten daher durch Anwendung staatlicher Gewalt zur Rückkehr bzw. Auswanderung in die Türkei usw. veranlaßt werden, um die innere Einheit und Stabilität Deutschlands und seine De-

mokratiefähigkeit zu gewährleisten. Die Türkei selbst liefert das beste Beispiel, wie mit den in Deutschland weilenden Türken verfahren werden kann: Nachdem die türkische Armee im Jahre 1974 Zypern teilte und die Abwanderung von 200 000 Griechen erzwang, hörten die ethnischen Konflikte auf und Zypern gewann eindeutig an Stabilität. Dasselbe (militärische) Verfahren wendet die Türkei heute gegen die indogermanischen Kurden im Osten ihres Landes an.

Dies alles ist für die Türken ein historisch bewährtes Vorgehen. Bereits mit dem Vertrag von Lausanne vom 30. Januar 1923 wurde ein elfjähriger Krieg zwischen der Türkei und Griechenland durch die Vereinbarung eines Bevölkerungsaustausches beendet. Sie hatte die ›Entmischung‹ von Menschen zweier Völker zum Ziel. Eine neutrale gemischte Kommission, der neutrale Mandatare des Völkerbundes angehörten, überwachte den Austausch. Damals bestand weitgehender Konsens darüber, daß »das zweifellos damit verbundene Leid durch den Vorteil wettgemacht würde, der beiden Ländern letztendlich aus einer größeren Homogenität der Bevölkerung und der Beseitigung alter und tiefverwurzelter Streitfragen erwachsen dürfte«. Und auch Winston Churchill bezog sich auf diese per Saldo positive geschichtliche Erfahrung, als er im Dezember 1944 vor dem Unterhaus ausführte: »Die nach unserem Ermessen befriedigendste und dauerhafteste Methode ist die Vertreibung. Sie wird die Vermischung von Bevölkerungen abschaffen, die zu endlosen Schwierigkeiten führt . . .« Was aber macht das Viererkartell? Sie schaffte erst ohne Not die Zustände, die heute dazu zwingen, die analoge Anwendung des Abkommens von Lausanne hinsichtlich der Rückführung der Türken in die Türkei anzumahnen. Die UNO könnte in diesem Zusammenhang die frühere Rolle des Völkerbundes übernehmen und die geordnete ethnische Entflechtung zwischen Deutschen und Türken überwachen.



Gemeinschaft und christliche Ideologie

Wir haben den Nationalsozialismus und den Kommunismus unter großen Opfern überwunden. Was bleibt, ist die christliche Ideologie, eine Ideologie der Überbetonung des individuellen Selbst und der Fremdbestimmung, Unterdrückung und Manipulation dieses Individuums, eine gemeinschaftsschädliche Ideologie, die als ›Religion‹ unter dem besonderen Schutz der Bonner Verfassung steht.

Der Vatikan ist eine der letzten verbliebenen Diktaturen dieser Welt, geführt von alten weltfremden Männern, deren bevorzugte Opfer wie zu Zeiten der ›Hexen‹-verfolgung weiterhin die Frauen zu sein scheinen. Die selbstherrliche Radikalität dieser Greise, mit der sie über die Körper der Frauen wie über eine Sache verfügen, verdiente es, sie unter Radikalenerlaß zu stellen, sie als besonders gemeinschaftsschädlich zu ächten.

Statt dessen werden die Repräsentanten dieser Ideologie von der Bonner Verfassung privilegiert. Wie jede andere privilegierte Kaste benutzen sie ihre Macht zu ihrem eigenen Nutzen.

Die deutschen Kirchen gelten als die reichsten der Welt. 1993 nahmen katholische und evangelische Kirchen insgesamt 17 Milliarden D-Mark (DM 17 000 000 000) Kirchensteuern ein. Die Abschaffung der Kirchensteuer aber ist, unabhängig von den noch bestehenden sittenwidrigen Kirchenverträgen, fast unmöglich; denn aufgrund ihrer verfassungsrechtlichen Verankerung (Art. 140 Grundgesetz in Verbindung mit Artikel 137 Weimarer Verfassung) bedarf es dafür im Parlament einer Zweidrittelmehrheit. Die Kirchen werden also weiterhin nicht durch ein kircheneigenes Beitragssystem, sondern unter Kollaboration des Staates abzocken. Aber sie zocken

nicht nur bei ihren eigenen Lämmern ab. Allgemeine Steuergelder werden ebenfalls zur Befriedigung kirchlicher Gier eingesetzt. In Bayern kamen nach einem Bericht des ARD-Magazins *Monitor* im Jahre 1993 108 Millionen D-Mark aus allgemeinen Steuergeldern und wurden neben der Kirchensteuer als direkte Teilfinanzierung für Bezüge und Pensionen von Bischöfen und Priestern verbraucht. Begründet werden diese ›historischen Dotationen‹ als Quasientschädigung für die ›Säkularisierung‹ kirchlicher Besitztümer im Jahre 1803. Aufgrund der akkumulierten ›Entschädigungs‹leistungen hat aber mutmaßlich schon längst eine sittenwidrige Überkompensation stattgefunden. Tatsächlich sind die ›Entschädigungs‹leistungen eines der gigantischsten Sachwäschen der Menschheitsgeschichte. Dubios erworbene, säkularisierte Besitztümer wurden eingetauscht gegen das gute Geld des Volkes. Deren Reparationszahlungen werden sogleich benutzt, um die Folgen sinkenden Kirchensteueraufkommens auszugleichen, denn allein im Jahre 1993 traten insgesamt 410 000 Deutsche aus den Kirchen aus, davon etwa 260 000 ›Protestanten‹. Die Zahlen für 1994 sollen sogar das Rekordjahr 1992 (554 000 Austritte) übertreffen.

Seit 1989 sind bei den Katholiken 800 000, bei den Evangelischen sogar rund 1,5 Millionen Austritte zu verzeichnen. 81 % der noch verbliebenen Katholiken und 95 % der noch ausharrenden Protestanten gehen nicht mehr zur Kirche, so *derSpiegel*.

Mit Spenden und sonstigen Staatszuschüssen, mit Leistungsentgelten und Zinsen betragen die alljährlichen Einnahmen der Kirchen insgesamt rund 34 Milliarden Mark, davon entfallen 18 Milliarden Mark auf die Katholiken und 16 Milliarden Mark auf die Protestanten, so abermals *derSpiegel*.

Nach Angaben dieses Magazins besitzen die beiden Großsekten rund 5 (fünf) Milliarden Quadratmeter Land,

dazu kommen Immobilien der 31 000 Kirchengemeinden und 60 000 Klöster, Krankenhäuser, Heime, Bildungsstätten oder Akademien – Werte, die sich nach grober Schätzung auf die astronomische Summe von rund 400 Milliarden Mark summieren würden.

Die Kirchen haben, da sie sich aufgrund der zurückgehenden Mitgliederzahlen immer weniger als notwendige ›gesellschaftliche‹ Größe legitimieren, die ›Ausländer‹ als neues Surrogatklientel entdeckt. Eine ähnliche Entwicklung ist, wie zu erwarten war, bei den Gewerkschaften zu verzeichnen, jene Gewerkschaften, die es geduldet haben, daß durch den Import von ausländischen Billigarbeitskräften die deutsche Arbeiterschaft mehr und mehr verarmte, zunehmend auf Sozialhilfe angewiesen ist und immer neuen Zwangsvollstreckungsrekorden entgegensieht, jene Gewerkschaften, die den deutschen Arbeiter durch diese Duldungs- und Ermöglichungspolitik schändlich verraten haben, während gleichzeitig die Verrohung des ›bürgerlichen Lebens‹ in den großen Städten vorbürgerkriegsähnliche Zustände annimmt und ›der kleine Mann‹ mehr und mehr in dieser Zangenbewegung erdrückt zu werden droht. Auch bei den Gewerkschaften gehen die Mitgliederzahlen rapide zurück. Auch sie entdecken den ›Ausländer‹ als neue Daseinsberechtigung. Statt für die Gemeinschaft der Deutschen zu wirken, sind sie auf diese Weise an der Zersplitterung und Zersetzung dieser Gemeinschaft maßgeblich beteiligt. Bleibt abzuwarten, ob auch sie sich irgendwann über das staatliche Gewaltmonopol hinwegsetzen werden und dem rechtswidrigen ›Kirchenasyl‹ das rechtswidrige ›Gewerkschaftsasyl‹ folgen lassen werden.

Inzwischen haben Christen und Juden, frühere Erzfeinde, ihre Reihen fester zusammengeschlossen. Dies ist durchaus konsequent, huldigen doch beide Gruppen demselben jüdischen Gott ›Jahwe‹ (= El Schaddai = Scheitan

= Der verworfene Engel), der nach Jesu eigenen Worten tatsächlich der Satan ist (vergl. Joh. 8:30–45; Jesus zu den Juden: »Ihr habt den Teufel zum Vater.«). Der Zusammenschluß von Katholiken und Juden deutete sich schon im Konziltext über die nichtchristlichen Religionen (›Nostra aetate‹) im Jahre 1965 an. Dort heißt es: »So anerkennt die Kirche Christi, daß nach dem Heilsgeheimnis Gottes die Anfänge ihres Glaubens und ihrer Erwählung sich schon bei den Patriarchen, Moses und Propheten finden . . . Auch hält sie sich gegenwärtig, daß aus dem jüdischen Volk die Apostel stammen, die Grundfesten und Säulen der Kirche, sowie die meisten jener ersten Jünger, die das Evangelium Christi der Welt verkündet haben.«

Im April 1984 verkündete der Katholik Wojtyla (Johannes Paul II.) in der Römischen Synagoge sogar: »Die Juden sind unsere Lieblingsbrüder und gewissermaßen unsere älteren Brüder.« Kehrtwendung um 180 Grad. Nicht mehr Feinde Jesu alias Yeshua Ben Joseph, sondern Brüder.

Gemeinsame Einrichtungen wurden zwischen Christen und Juden geschaffen. Deren ›Woche der Brüderlichkeit‹ enthält sogar wörtlich Wojtylas Bemerkung über die »älteren Brüder«. Brüder getreu dem römischen Grundsatz ›Divide et impera‹, getrennt marschieren und vereint schlagen.

Ende 1993 schließlich haben die Katholiken Israel, den Staat der Juden, völkerrechtlich anerkannt, ein zu Zeiten Pius' XII. unvorstellbares Sakrileg. Es scheint Endzeitstimmung unter Christen und Juden zu herrschen.

Die nunmehr ›vereinigten‹ Truppen, das ist inzwischen deutlich geworden, sehen in dem Angriff die beste Verteidigung. Es wird besonders durch den Erwerb von Medien aufgerüstet und aus allen Kanälen geschossen. Und dennoch werden irgendwann sich die Menschen zu fragen beginnen, worin sich eigentlich der judeo-christ-

liche, der faschistische und der kommunistische Dressurakt unterscheiden; denn der Umstand, daß die judeochristliche Ideologie im Nachkriegsdeutschland fast nahtlos faschistische oder kommunistische Vakua aufgefüllt hat, ist in der Tat ein vielsagendes Indiz hinsichtlich der Austauschbarkeit gemeinschaftsschädlicher Manipulations- sowie Unterdrückungsprogramme und -mechanismen.

Bereits Josef Schumpeter erkannte, daß die marxistische Doktrin im wesentlichen theologischer Natur war. Wie die Juden in der judeo-christlichen Ideologie sei das Proletariat das auserwählte Volk und der Staat die höchste, quasigöttliche Autorität, so wie in der überkommenden offenen Gesellschaft das individuelle Selbst in grotesker Selbstüberhöhung und -überschätzung zum neuen Gott befördert wurde, einen Gott, der nur das Resultat eines läppischen evolutionären Zufalls ist.

Auch Bertrand Russel, Wissenschaftler, Politiker und Literatur-Nobelpreisträger, wies in seinem Essay *Can Religion Cure our Troubles?* (›Kann Religion unsere Probleme lösen?‹) auf die Ähnlichkeiten zwischen christlicher und kommunistischer Ideologie hin. Die Übel von Kommunismus und christlicher Religion seien dieselben. Die Grausamkeiten der Inquisition seien mit denen des real existierenden Kommunismus, insbesondere unter Stalin, vergleichbar gewesen. Hitler und Stalin hätte es in der Tat ohne den radikalen christlichen Dogmatismus nicht gegeben; denn er ist im Kern totalitär. Seine Handlungsanweisung zur Unterdrückung des Menschen und der tatsächlich im Namen der christlichen Ideologie begangenen Greueltaten waren die direkten Vorläufer für spätere Verbrechen Hitlers und Stalins. Die Handlungsmuster und -motive der nationalsozialistischen und kommunistischen Ideologien finden sich in der christlichen Ideologie wieder. Stalins Sprache war voll von theologischen Bezügen, und Hitler trieb mit dem Verbrechen

an den Juden Nehemia 13, 20 nur auf eine makabre Spitze; denn danach ist heilig, was gesondert, ›unrein‹, was vermischt wurde. Und auch schon Luther forderte, jüdische Bücher und Synagogen »abzufackeln«, und zwar in einer Sprache, die nicht anders in Julius Streichers *Der Stürmer* zu finden war.

Schon in seinem *Iom Schem Camphoras und vom Geschlecht Christi* forderte Luther dazu auf, die Synagogen niederzubrennen, die Juden zur Arbeit zu zwingen und sie ohne jede Gnade zu behandeln.

Seine genaueste Anweisung zur Behandlung der Juden findet sich in seiner 1534 verfaßten Streitschrift *Von den Juden und ihren Lügen*. Dieses Pamphlet enthält ein Sieben-Punkte-Programm, zugleich Empfehlungen an die staatliche Gewalt im Umgang mit Juden, und zwar

1. alle Synagogen und Schulen der Juden niederzubrennen, und alles, was nicht abgebrannt ist, mit Erde zu bedecken, damit absolut nichts an sie erinnert,
2. auf dieselbe Weise mit ihren Häusern zu verfahren,
3. alle Gebetbücher, Talmuds und sonstige heiligen Schriften einzuziehen,
4. ihre Rabbis unter der Androhung schwerster Strafen vom Predigen und Lehren abzuhalten,
5. sie in ihrer Bewegungsfreiheit völlig einzuschränken (»daß man den Juden das Geleid und Strasze gantz und gar aufhebe«),
6. ihr gesamtes Geld einzuziehen,
7. die jungen Juden und Jüdinnen mit Schaufeln, Äxten, Harken und Spindeln auszustatten, so daß sie ihren Lebensunterhalt »im Schweiße ihrer Nasen« verdienen können.

Nach diesen Empfehlungen bemerkte Luther abschließend, daß die Juden selbst im Falle der Vollziehung seines Sieben-Punkte-Programms wohl nichts Gutes zustande bringen würden, so daß letztlich nichts anderes übrig

bleibe, als sie, den Beispielen Englands, Frankreichs, Spaniens und Böhmens folgend, vollständig zu enteignen und aus dem Land zu werfen.

Hitler und Himmler hätten sich nicht deutlicher äußern können. In der Tat war es der Nationalsozialist Walter Linden, der in seiner im Jahre 1935 veröffentlichten Abhandlung *Luthers Kampfschriften gegen das Judentum* dessen Streitschrift *Von den Juden und ihren Lügen* als die vollständigste und gründlichste Abhandlung über Juden pries, was, wie wir wissen, in Anbetracht Marxens Schrift *Zur Judenfrage* unzutreffend ist.

Und heute stellen sich Luthers angemaßte Erben, die von Weizsäckers und Co., hin und wollen uns, die areligiösen Nachkriegsgeborenen, für ihre Schandtaten in Sippenhaft nehmen, mehr noch, verlangen, daß wir angesichts der heutigen subversiven zionistischen Aktionen (siehe Seite 99 ff.) ›die Schnauze halten‹. Welch' eine abgrundtiefe Heuchelei und Philisterhaftigkeit! Welch' penetranter antilutherischer Frevel!

Die Geschichte, so wieder Russel, sei von den Kommunisten ebenso verfälscht worden, wie dies bis zur Renaissance durch die Kirche geschah. Die Kirche habe wie die Kommunisten immer nur unter dem äußeren Druck ihrer Gegner nachgegeben. Der Kommunist wie der Christ ›glaubten‹, daß ihre Doktrin für die Rettung unerläßlich sei, und es sei dieser Glaube, der die Rettung für ihn erst möglich mache. Die kommunistische wie christliche Doktrin würden gleichermaßen als heilige und unantastbare Wahrheit behandelt, deren Anzweiflung Sünde sei und schwerste Strafen verdiene.

Und Russel führt dann (im Jahre 1954) in weiser Voraussicht aus, daß das Christentum weniger Schaden anrichte als der Kommunismus, weil die christliche Ideologie weniger leidenschaftlich geglaubt werde. Eines Tages, immer noch Russel, werde der Kommunismus vielleicht denselben Wechsel durchmachen.

Dieser Tag ist heute bereits Geschichte. Der Glaube an die Unfehlbarkeit der kommunistischen Ersatzreligion ist auf breiter Front gewichen. Zurückgeblieben ist die in mancher Beziehung verwandte christliche Ideologie, und es steht zu befürchten, daß sich ihre Apologeten vor allem in der Auseinandersetzung mit dem islamischen Aufmarsch in unseren Städten wieder radikalisieren werden. Die Fundamentalisten des christlichen und islamischen Lagers werden sich gegenseitig ideologisch aufschaukeln. Vorwärts in die Vergangenheit! Das Mittelalter steht vor der Tür. Die Aufklärung gab es nicht. Religionskriege scheinen nicht nur wieder möglich, sondern sie finden anderen Orts (Indien, Irland, Balkan usw.) bereits statt.

Es waren auch nicht die Nationalsozialisten, die die Juden zuerst verdinglicht hatten, sondern viel früher schon ihre Vordenker, die christlichen Fundamentalisten. Ist der Jude, wie heute noch die Mitkreatur Tier, erst einmal eine Sache, kann mit dieser Sache nach Belieben verfahren werden. Konsequenz: Mitgefühl oder Mitleid für eine Sache entsteht gar nicht erst, wenn diese schrecklichste aller Gehirnwäschen erfolgreich ist.

Thomas von Aquin definierte den Status der Juden als Sklaven, über deren »Eigentum« die Kirche bzw. der Fürst frei verfügen könne. Der Moraltheologe Dr. Schneider schrieb bereits 1881: »Das ewig Jüdische ist der Todfeind des Arischen.« Und auch der ›Ariernachweis‹ (bis in die 5. Generation) wurde von der spanischen Kirche und nicht etwa von Hitler und Co. erfunden.

Mit dem Eigentum an einer Sache aber ist deren Verwertungsbefugnis verbunden. Man kann sie verkaufen, vernichten oder auch in ihre verschiedenen Rohstoffe zerlegen und sie, umweltfreundlich natürlich, in einen Recyclingprozeß überführen. Es klingt heute auf eine furchtbare Weise surrealistisch, aber nichts anderes tat die NS-Bürokratie mit den zur Sache gewordenen Juden, als sie

Zahngold, Haare usw. dieser Sachen wiederverwendete. Nichts anderes geschieht noch heute auf schändliche Weise mit der ›Sache‹ Tier. Und gedacht wurden alle diese Grausamkeiten erstmals nicht durch die ›Nazis‹, sondern von ihren geistigen Eltern, den Christen. Die ›Nazis‹ waren ›nur‹ die konsequenten Technokraten dieser furchtbaren Denkweise: wenn schon eine Sache liquidieren, dann möglichst effizient.

Dieser verdinglichende Konversionsmechanismus kam im übrigen auf vergleichbare Weise auch im christlichen Religionsstaat USA während des Zweiten Weltkrieges zur Geltung.

Als die Japaner im Dezember 1941 Pearl Harbor bombardierten, fragte das jüdisch kontrollierte Magazin *Time* auf der Titelseite: »Why the yellow bastards?« (›Warum die gelben Bastarde?‹), eine Frage, die heute von vielen in Verkennung anthropologischer Zusammenhänge als ›rassistisch‹ bewertet würde.

Und das jüdisch kontrollierte Magazin *New Yorker* bezeichnete die Japaner als »Yellow Monkeys« (›Gelbe Affen‹). Dieses Affenimage wurde fortan in Karikaturen, Diskussionen und Artikeln während des gesamten Krieges benutzt. Als schließlich die Atombombe im März 1945 auf Hiroshima fiel, traf sie keine Menschen mehr, sondern nur noch gelbe Affen.

Auf deutschem Boden geschieht etwas Gespenstisches: Dort treffen heute die gescheiterten Anhänger des Sozialismus auf ihre christlichen Lehrmeister und bilden eine gemeinsame Front gegen die Entstehung einer nationalen Solidargemeinschaft.

Die feindlichen Brüder koalieren auf dem geringsten verbliebenen Nenner, dem Universalismus, in einer fatalen Allianz gegen das Selbstbestimmungsrecht des eigenen Volkes. Wird in diesem Zusammenhang berücksichtigt, daß sich bereits Christen und ihre jüdischen Ver-

wandten verbunden haben (siehe Seite 85 ff.), dann wird erst recht deutlich, welcher fast übermächtigen Phalanx das deutsche Volk ausgeliefert ist. Die besonders gemeinschaftsschädlichen Momente der judeo-christlichen Ideologie sind insbesondere

- die Existenz einer ideologisch ausgerichteten Gemeinschaft innerhalb einer nationalen Solidargemeinschaft, die deren oberste staatliche Gewalt nach Belieben in Frage stellt (zum Beispiel Kirchenasyl), sich andererseits aber nicht scheut, von dieser Gemeinschaft über alle Maßen materielle Zuwendungen zu empfangen (zum Beispiel Verwendung allgemeiner Steuergelder für kirchliche Zwekke),
- die Übertonung des individuellen Selbst und damit eine der Psychoanalyse vergleichbare Annäherung an den Menschen (siehe Seite 129 ff.),
- die Beherrschung und Unterdrückung des individuellen Selbst im Wege der Erzeugung von Furcht, der Androhung seiner Bestrafung im Falle furchtlosen Aufbegehrens,
- die Hinwendung zum Glauben statt zum (skeptischen) Denken,
- das universalistische Moment.

Die judeo-christliche Ideologie stellt die Autorität von Jahwe über die Autorität einer auf gemeinsamen Werten und Traditionen beruhenden Gemeinschaft. Ein daraus entstehendes Spannungsfeld läßt sich nur in einem judeo-christlichen Religionsstaat vermeiden, wie dies zum Beispiel in den USA, dem Frontstaat zivilisatorischen Rückschritts (siehe Seite 14 ff.), der Fall ist. Ansonsten ist die judeo-christliche Ideologie ein den zivilisatorischen Fortschritt einer Gemeinschaft verzögerndes Moment. Wie die Psychoanalyse bezieht sich diese Ideologie auf das individuelle Selbst, die individuelle

Seele und deren angebliche Unsterblichkeit. Erst das Überleben dieser Seele macht den gottes›fürchtigen‹ Menschen selbst über seinen physischen Tod hinaus erpreßbar und zum latenten Verfügungsobjekt einer gescheiterten und letztendlich menschenfeindlichen Religion.

Die judeo-christliche Ideologie ist supranational. Sie sucht sich ihre Opfer, wo sie sie finden kann. Hat ein Volk eine bestimmte Bewußtseins- und Zivilisationsstufe erreicht, die dessen massenhafte Emanzipation von dieser Ideologie bewirken wird, dann werden andere Teile der Welt um so mehr ›beackert‹. Ohnehin ist Deutschland für die Kirchen nur noch finanziell interessant. Vom ideologischen Aspekt her ist Deutschland dagegen fast schon verlorenes Terrain, im übrigen aber auch eine zu vernachlässigende Größe. Die weltweite Bevölkerungsexplosion, von den Kirchen durch die Unterdrückung der Frauen maßgeblich mitverursacht, findet anderweitig statt. Dort gibt es noch unkritisches Analphabetentum, leicht manipulierbares Menschenmaterial, blinde Anhänger, also den Menschen, den Jesus Christus als den Idealtypus des Christen fordert: das (leicht verführbare, unkritische) Kind.

Die Erziehung zum Glauben ist eine Erziehung zur (Selbst)Entmündigung des Menschen. Glauben ist nicht Wissen, heißt es im Volksmund. Eigentlich braucht es kaum mehr als diese schlichte Weisheit, um die Hinführung der (jungen) Menschen zum Glauben zu verurteilen; denn Glaube konterkariert die kreative Leidenschaft, zu wissen. Gibt es dennoch irgendeine Rechtfertigung für die Umtriebe der religiösen Menschenfänger? Gibt es eine Rechtfertigung für die Anstiftung zu etwas, was Agnostiker allenfalls als irrationalen, naiven Humbug bezeichnen? Und wenn schon Glaube, warum dann nicht die Hinführung zu den jeweiligen Volksreligionen, die aus den historischen Gemeinschaften geboren wurden und

sich, anders als die judeo-christliche Weltreligion, mit ihnen in Harmonie befinden?

Einzige Glaubensrechtfertigung wäre absurderweise die Evolution selbst, nämlich die Tatsache, daß sie mit dem Homo sapiens, so wie er sich seit etwa 100 000 Jahren mit den Zwischenstufen des Homo sapiens neanderthalensis und des Cro-Magnon-Menschen entwickelt hat, nicht abgeschlossen ist. Der Mensch ist sein Gehirn, und das seine Intelligenz auch bestimmende Hirnvolumen hat sich vom Australopithecus afarensis (vor etwa 4 Millionen Jahren) über den Homo habilis (vor etwa 2 Millionen Jahren) und dem Homo erectus (vor etwa 1,5 Millionen Jahren) bis zum heutigen Homo sapiens ständig vergrößert, und zwar von etwa 400 Kubikzentimeter (Australopithecus afarensis) über 600 bis 800 Kubikzentimeter (Homo habilis) bis zu 1200 bis 1600 Kubikzentimeter (Homo sapiens). Es wird sich im jetzigen Informationszeitalter, in dem sich die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Informationen alle zehn Jahre verdoppeln, unter der Fülle dieser ständig neu zu verarbeitenden Daten in immer geringeren zeitlichen Abständen weiter vergrößern und damit auch die menschlichen Erkenntnismöglichkeiten ständig weiter ausweiten, falls es nicht durch gezielte Manipulation (sprich: Informationsunterdrückung) daran gehindert wird. Wir wissen also, daß wir noch nicht alles wissen, weil unsere Erkenntnismöglichkeiten noch begrenzt sind. Aber dieses Evolutionsdefizit sollte uns keineswegs verleiten, an primitivsten Glaubensformen festzuhalten, sondern allenfalls dazu, den sich weiter beschleunigenden Evolutionsprozeß zuversichtlich zu begrüßen. Sollte dieser Prozeß unsere Nachkommen eines fernen Tages, falls sich der Homo sapiens dann nicht als solcher, wie die Saurier, überlebt haben wird, zu einem Schöpfer der Evolution führen, dann wird dieses Zusammentreffen kraft mutigen Verstandesgebrauchs ermöglicht worden sein. Glaube da-

gegen ist billig und feige. Wenn es also einen Schöpfer oder ein Kollektiv von Schöpfern der Evolution gibt, dann werden, so ist zu hoffen, eher die belohnt werden, die nicht billig geglaubt, sondern kraft ihres Verstandes mühsam und mutig um Erkenntnis gerungen und sich rationalen wissenschaftlichen Zusammenhängen nicht verschlossen haben.

Die judeo-christliche Ideologie aber verlangt geradezu von ihren ›Gläubigen‹, das Bewußtsein des Kindes beizubehalten; denn ein Kind weiß nichts von physikalischen Gesetzen oder der Evolutionstheorie. Das Kind weiß nichts davon, daß der Mensch sich hinsichtlich seines Genmaterials nur um 1,6 % vom Schimpansen unterscheidet, oder, mit anderen Worten, daß 98,4 % der menschlichen Gene Schimpansengene sind. Das Kind weiß auch nichts davon, daß der Mensch eher ein Betriebsunfall der Evolution war, mit allen vernichtenden Folgen für den Planeten Erde. Gäbe es denn den jüdisch-christlichen Gott Jahwe, er wäre allemal ein Dilettant, der in Kenntnis seiner Unfähigkeit keine Götterkonkurrenz neben sich duldet, eben eine solche Konkurrenz, die es mit der ›Schöpfung‹ wohl besser angestellt hätte.

Die judeo-christliche Ideologie wird getragen von Einbildung, Furcht und Haß.

Es ist die Furcht vor dem Unbekannten, vor der Niederlage und vor dem Tod, die die Menschen immer noch in die Arme religiöser Scharlatane treibt. Furcht aber ist, so B. Russel, die Mutter der Grausamkeit. Es sei daher nicht verwunderlich, daß Grausamkeit und christliche Religion immer Hand in Hand gegangen seien.

Die judeo-christliche Ideologie ist eine Sklavenideologie, eines freien Menschen absolut unwürdig und mit einer homogenen Gemeinschaft freier Menschen unvereinbar.

In den Kirchen wird der geistige Dressurakt an den Gläubigen immer noch in pawlowscher Manier perma-

nent wiederholt, wie Sklaven werden diese zur Bußfertigkeit buchstäblich auf die Knie gezwungen, und zwar insbesondere unter der Drohung, bei mangelnder Gefügigkeit dem sogenannten ›Teufel‹ ausgeliefert zu werden. Dieser dient seinerseits als Theodizee, als ›Rechtfertigung Gottes‹, während Jahwe vorchristlich noch ohne diesen Antipoden auskam, weil er nach den Worten Jesu selbst der Satan war, jener Teufel, den Juden und Christen heute einträchtig gemeinsam als ihren Gott anbeten. Wer sich nicht einschüchtern läßt, lief Gefahr, daß man ihm unterstellte, vom ›Teufel‹(?) besessen zu sein. An ihm führten Pfaffen grausamste, exorzistische Rituale aus, die an krankhafter Bösartigkeit und Sadismus viel mit der Kreuzigung Jesu gemein hatten.

Ist es nicht höchste Zeit, sich der seit der Aufklärung bestehenden These, daß die christliche Religion mehr als alles andere eine Ideologie (sprich: Gebrauchsanleitung) zur Manipulation und Ausplünderung des Menschen ist, so wie, vereinfacht, die kommunistische bzw. sozialistische Ersatzreligion Anleitung zu seiner Gleichmachung und die faschistische Ersatzreligion der Wegweiser zu einer ›Herren-Rasse‹ sind, zu erinnern, und den Menschen von allen Ideologien/Religionen (sprich: Bevormundungen und Entmündigungen) zu befreien, um ihn zum Herrn seines Schicksals zu machen?

Religion, insbesondere die christliche, ist nach dem Verständnis der Aufklärung in erster Linie ein (Um)Erziehungsprogramm; Gott und Teufel können in diesem Manipulationsprogramm am ehesten als Zuckerbrot und Peitsche verstanden werden. Nimmt man die Gesamtheit der christlichen Religion als Gesetze, wäre danach der jüdische Gott Jahwe die Judikative, die Kirchen wären die Exekutive, insbesondere, um eine orwellsche Diktion zu benutzen, die Gedankenpolizei.

Wenn Du das Hirn eines Menschen besitzt, gehört Dir der Mensch. Deshalb auch der Drang der christlichen

Ideologen in die Medien und in leitende (Um)erziehungspositionen. Ein besonders markantes Beispiel dafür ist der Erwerb von MGM (Metro Goldwyn Mayer), dem früheren jüdischen Filmgiganten Hollywoods, durch die Schweizerische Holding ›SASEA‹, die ihrerseits von der APSA, der Verwaltung der Immobilien und des Vermögens des ›Heiligen Stuhls‹, kontrolliert wird. Die christlichen Ideologiestrategen benutzen hier dieselben Mittel, die auch ihre jüdischen Brüder in Hollywood und Time Warner Inc. zur Invasion der Gehirne noch massiver anwenden (siehe Seite 105 ff.).

Die systematische Ausbeutung der Furcht der Gläubigen, deren Unterdrückung durch die Androhung jenseitiger Bestrafung und die dadurch bewirkte permanente Gehirnwäsche machen diese Menschen für den Aufbau einer homogenen, harmonischen, auf skeptischem Denken beruhenden Gemeinschaft untauglich.

Die Geschichte der Religion, so lehrt Feuerbach, ist die Geschichte fortschreitender ›Entfremdung‹ des Menschen zwischen seiner realen Existenz und seiner ins Jenseits übertragenen Idealvorstellung von sich selbst. Den Höhepunkt dieser Entfremdung habe das Christentum gezeitigt, in dem es die Scheidung von irdischer Existenz und vergeistigter Jenseits-Erwartung ins Extreme getrieben und die irdische Leiblichkeit mit dem Fluch der Sündhaftigkeit beladen habe. Die Versöhnung des Menschen mit seiner wahren Natur könne nur so gelingen, daß er, der außerhalb seines Selbst getreten sei, er, der sich sozusagen ins Metaphysische transponiert habe, wieder zu seinem irdischen Selbst zurückfände.

»Die Rückkehr *zur Natur* ist allein die Quelle des Heils«, schrieb Feuerbach. Es gehe darum, so nochmals Feuerbach, »die Menschen aus Theologen zu Anthropologen, aus Theophilen zu Philanthropen, aus Kandidaten des Jenseits zu Studenten des Diesseits, aus religiösen und politischen Kammerdienern der himmlischen und irdi-

schen Monarchien zu selbstbewußten Bürgern der Erde zu machen«.

»Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist«, so schon Karl Marx. »Sie ist das Opium des Volkes. Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Gefühls des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks«, seine Befreiung von allen atavistischen religiösen Zwängen und Fesseln, denn »der Mensch macht die Religion, die Religion macht nicht den Menschen«. Wie kann sich das Volk davon befreien? Nicht durch bloße Gleichmachung des Menschen, sondern durch seine solidarische Einbindung in eine von den Gespenstern der Vergangenheit emanzipierte Solidargemeinschaft, durch Beendigung seiner Entmündigung in einer demokratiefeindlichen Lobby- und Telekratie, durch Etablierung einer Demokratie und eines Rechtsstaates, die diesen Namen verdienen.

Es ist höchste Zeit, daß wir nach der kommunistischen Ersatzreligion endlich auch die ideologische Mutter zum ›Teufel‹ jagen.

Für einen Christen ist es nicht einfach zu akzeptieren, daß seine judeo-christliche Religion, indem sie vorgibt, das Böse bekämpfen zu wollen, geradezu genial davon ablenkt, daß sie für die Existenz einer deutschen Gemeinschaft objektiv das Böse repräsentiert, jenes Böse, das damit begann, daß man unseren Vorfahren ihre Volksreligion und ihre Naturgötter nahm, und das damit zu enden scheint, daß nunmehr das deutsche Volk, dem noch herrschenden judeo-christlichen Universalitätsdogma unterworfen, als solches vor seiner Liquidierung steht.

Gemeinschaft und zionistische Ideologie

Voltaire, Marx, Fichte, Luther, von Aquin, Richard Wagner, sie alle säßen in der Bonner Republik wegen ›Volksverhetzung‹, jenem schändlichen orwellschen Maulkorb-Paragraphen zum Schutze fremder Gemeinschaftsstörer, hinter Gittern; denn sie alle waren das, was interessierte, gemeinschaftsfeindliche Kreise als ›Antisemiten‹ zu bezeichnen belieben. Hitler und Co. waren dagegen die vulgären, übereifrigen, skrupellosen, grausamen Vollstrecker einer mehr denn je berechtigten Kritik an den auf die Vernichtung nationaler Gemeinschaften gerichteten zionistischen Umtrieben.

Die hinsichtlich ihrer Authentizität umstrittenen zionistischen Protokolle (siehe Literaturverzeichnis) sind indessen aktueller denn je. Jeder Deutsche, der nicht der zionistischen Ideologie verpflichtet, korrumpiert oder nur minderer Intelligenz ist, wird heute auf sich nehmen müssen, mit der ›Antisemitismus-Keule‹ erschlagen zu werden, wenn er öffentlich gegen die zionistische Subversion aufbegehrt.

Zwar ist der Judaismus eine Religion; »aber der Zionismus ist eine politische Bewegung, die hauptsächlich von osteuropäischen (aschkenasischen) Juden ausging, die für Jahrhunderte die treibende Kraft hinter dem Kommunismus/Sozialismus gewesen sind. Das Endziel der Zionisten ist eine Eine-Welt-Regierung unter der Kontrolle der Zionisten und der zionistisch ausgerichteten jüdischen internationalen Bankiers«, so der antizionistische Jude Jack Bernstein.

Nicht nur hinsichtlich dieses Endsieg-Aspekts sind die Zionisten den ›Nazis‹ sehr ähnlich, auch bezüglich des Anspruchs, das ›auserwählte Volk‹ zu sein, gibt es kaum

einen Unterschied zu der lächerlichen ›Nazi‹-Anmaßung der Existenz einer nordischen Herrenrasse.

Der Zionismus erkennt »die vom Blut und vom Schicksal bestimmte natürliche und geistige Verbundenheit, die man Volkstum nennt und die ein Sonderwesen organischer Art darstellt«, so schon der Zionist Gustav Krojanker. Er erweckt »den politischen Sinn der Juden«, . . ., »daß nämlich jeder in einer feindlichen Welt auf sich selber steht und zusehen muß, wo er bleibt . . . Der Zionismus lehrte die Juden, daß sie . . . eine Macht darstellen können, wenn sie nur wollen. Er lehrte sie zu sehen, daß sie . . . an den Stätten der Massensiedlung als Masse und im Westen dank ihrer wirtschaftlichen und geistigen Positionen einen Faktor darstellen«, so Krojanker schon im Jahre 1932 in der Schriftenreihe der *Jüdischen Rundschau*.

»Der Zionismus«, so Krojanker, »ruht auf dem tief gefühlsmäßigen Verwobensein mit Geschichte und Schicksal der blutsverbundenen Gemeinschaft . . .« Er entstamme »einer höheren Vernunft, den Triebkräften der Seele und des Körpers, die der Vernunft wieder ihren dienenden Rang anweisen«.

Die Vernunft als Dienerin der Triebkräfte – darin liegt also des Übels Kern. Waren es nicht auch Triebkräfte, die Hitler und Co. wider alle Vernunft veranlaßten, die Juden in den Tod zu schicken, statt, als verantwortungsvolle Führung, den über Jahrhunderte aufgebauten Haß der Deutschen zu kanalisieren und für eine geordnete, vom Völkerbund überwachte Abschiebung Sorge zu tragen? Wäre nicht selbst nach der zionistischen Ideologie der triebhafte Massenmord an Menschen legitim? Wäre danach der Massenmord an Deutschen nicht auch sanktioniert, falls die Triebkräfte der Juden dies gebieten? Hätte sich die Vernunft diesen Triebkräften etwa nicht unterzuordnen? Ist der triebhafte Holocaust nicht etwa auch eine zionistische Möglichkeit? Und, falls dies so ist,

wäre es dann nicht angemessen, daß die Zionisten um Wiesenthal in ihren Horror-Holocaust-Shows darauf hinweisen, daß die ›Nazis‹ mit dem Massenmord an den Juden im Grunde auch eine zionistische Option realisierten? Wäre es dann nicht angemessen, daß sich die Juden, um vor der Welt glaubhaft zu sein, zur Verurteilung von Nationalsozialismus *und* Zionismus entschließen würden?

Erst der Liberalismus, so Krojanker, habe dem Zionismus »die Möglichkeit des Werdens« gegeben, obwohl der Zionismus selbst in entschiedenem Widerspruch zum Liberalismus stehe. Deshalb habe sich der Zionismus auch immer auf den liberalen Staat berufen müssen. Der liberale Staat aber . . . sei der Nichtstaat. In einem nichtliberalen Staat, so der Zionist Krojanker, haben die Zionisten »nicht mehr viel zu bestellen«.

Der Zionismus ist also wie der Nationalsozialismus eine mystische Blutsbeziehung; er benutzt den liberalen ›Nichtstaat‹ gezielt als Trittbrett und Wirtspflanze , um die Interessen der eigenen Blutsgemeinschaft gegen die Interessen einer Fremdgemeinschaft durchzusetzen und diese Gemeinschaft von innen her zu zersetzen. Deshalb predigt der Zionist, obwohl intolerant in seinen eigenen Zielsetzungen, ›Toleranz‹ auf fremdem Boden, deshalb wird der Liberalismus im Rahmen fremder Gemeinschaften durch nützliche Idioten und Kapital gefördert, deshalb befinden sich Zionisten oder dem Zionismus nahestehende Personen, auch wenn sie sich als solche nicht immer zu erkennen geben, in Parteien, die sich als liberal bezeichnen oder verstehen, wobei sie häufig libertäre Politik betreiben.

Ist es daher etwa nur ein Zufall, wenn Bubis, Hirsch, Baum, Hamm-Brücher usw. Mitglieder der FDP, Friedman, Benda (Ben David?) usw. Mitglieder der CDU und Cohn-Bendit alias Modzelewsky Mitglied der liberalen Partei Die Grünen/Bündnis 90 sind?

Anders als von den Deutschen hinsichtlich des Nationalsozialismus wurde der ideologisch verwandte Zionismus von den Juden bisher weder bewältigt, noch fand eine Distanzierung durch die israelische Regierung statt. Ganz im Gegenteil: Der Zionismus ist auf breiter Front im Vordringen und erfolgreicher denn je (siehe unten). Diejenigen Deutschen aber, die einerseits heute den Nationalsozialismus verurteilen und selbst seine letzten Verfechter noch wie Karnickel mit GeStaPo-Methoden jagen, andererseits aber zum Zionismus schweigen und seinen immer dreister vorgehenden Vertretern Vorschub leisten, sind wegen der ideologischen Verwandtschaft von Nationalsozialismus und Zionismus selbst auf eine schizophrene Weise Gesinnungsfaschisten. Mit anderen Worten: Nur der, der den Zionismus entschieden bekämpft, ist auch hinsichtlich seines Eintretens gegen den Nationalsozialismus glaubhaft.

Grundvoraussetzung für die Erreichung des zionistischen Endsiegs ist

1. die Zerstörung nationaler Gemeinschaften durch die ›philosophische‹ Desavouierung nationaler Gemeinschaftsphilosophien bei gleichzeitiger Propagierung des Liberalismus,
2. die systematische ›Hollywoodisierung‹ (sprich: Verblödung) ganzer Völker durch jüdisch monopolisierte Medien, insbesondere durch die elektronischen, und
3. die sukzessive Übernahme wirtschaftlicher Schlüsselpositionen, insbesondere solche des Finanzwesens.

Einer der führenden Philosophen der intellektuellen Subversion (noch) existierender nationaler Gemeinschaften war der Jude Karl R. Popper.

Seine Philosophie ist keine Philosophie im wohlverstandenen Sinne; denn sie dient weder dem einzelnen Indivi-

duum geschweige denn Gemeinschaften. Die häufig nachgeradezu lächerlichen popperschen Anti-Hegel- und Anti-Fichte-Tiraden (Hegel wird als »Scharlatan«, Fichte als »Windbeutel« tituliert) sind allenfalls als finale Philosophie zu bezeichnen, die den primären Zweck erfüllt, die intellektuellen Abwehrkräfte (noch) bestehender Gemeinschaften zu schwächen und sie gefügig zu machen für den Übergang in schlachtreife Wolfsgesellschaften, verniedlichend auch ›offene‹ Gesellschaften oder ›Civil Societies‹ genannt, die dann der zionistischen Strategie mehr oder minder ungeschützt ausgeliefert sind.

Bezeichnenderweise bezeichnet Adam Mischnik diese ›offene‹ Wolfsgesellschaft als »das Experiment eines riskanten Lebens ohne Fundamente« und sein jüdischer Mitstreiter Daniel Cohn-Bendit alias Kuron Modzelewsky, ehemaliger Pariser Straßenhaudegen und Frankfurter Multikulti, bewertet die ›multikulturelle‹ Seite einer solchen Gesellschaft schlicht als »schnell, hart, grausam«. Kurzum: Der Mensch des Menschen Feind. Überall Feindesland.

Und es waren eben jene, die einst von Menschlichkeit und Humanismus faselten, beides orwellsche Ersatzbegriffe für Zwietracht säen und Gemeinschaften zu entsolidarisieren.

Bezeichnenderweise ist Helmut Schmidt Anhänger der finalen popperschen Philosophie, einer, der sich seit jeher mit der Gemeinschaftsphilosophie seiner Partei (SPD) schwer zu tun schien.

Die 68er Banausen, die auf ihrem Marsch durch die Institutionen einen Großteil unserer heutigen Jugend zu unkritischen, affirmativen, konformen ›Political-Correctness‹-Freaks umerzogen haben, waren ihrerseits naive Opfer der Frankfurter Schule, die insbesondere durch die Juden Carl Grünberg, Max Horkheimer, Ernst Bloch, Friedrich Pollock, Herbert Marcuse, Leo Löwenthal und Erich Fromm geprägt wurde. Sie alle verkündeten, frei-

lich in Variationen, nur wenige, in ihrer dreisten intellektuellen Schlichtheit nachgerade obszöne gemeinschaftsfeindliche Botschaften: Infragestellung jeder politischen Macht (Max Horkheimer) sowie der sie tragenden Ordnungen (Ralf Dahrendorf) und Werte, Verzicht auf nationale Eliten, Desavouierung biologischen Denkens, Enttabuisierung aller Tabus, Leugnung ethnischer Identität, Zerschlagung der Familie, und zwar mit der kaum verhüllten Absicht der totalen Chaotisierung der Gesellschaft.

Das Individuum und dessen Freiheitsrechte wurden ähnlich extrem verfochten wie andererseits der Staat unter den Nationalsozialisten und Real-Kommunisten. In der Tat hat der Zionismus wie jene Ideologien einen vergleichbaren Allmachtsanspruch auf Weltherrschaft, nur, daß die Zerstörung fremder Gemeinschaften nicht von außen durch militärische Eroberungskriege, sondern von innen durch die groteske Überbetonung von Individualrechten auf Kosten dieser Gemeinschaften bewirkt wird. Ähnlich einer biologischen Kriegführung werden die Individuen fremder Gemeinschaften mit dem Virus eines ins Absurde gesteigerten individuellen Persönlichkeitskultes infiziert, deren Machbarkeit in Anbetracht weltweit dramatisch zunehmender Verteilungskämpfe nur noch für die Skrupellosesten und Reichsten zu realisieren sein wird. Alle anderen werden sich in homogenen Gemeinschaften zusammenfinden müssen, getragen von einem Wir-Gefühl und der Gewißheit, nicht fremden Mächten völlig hilflos ausgeliefert zu sein. »Gemeinsam sind wir stark!«

Die Gemeinschaft spendet Leben und Überleben, und zwar physisch und psychisch. Es gilt zu erkennen, daß der Einzelne, trotz seiner Verpflichtung ihr gegenüber, in einer starken homogenen und harmonischen Solidargemeinschaft *mehr* an persönlicher Autonomie wird bewahren können, als die zukünftige Karikatur seines In-

dividuums, eine Marionette am Gängelband fremder Interessen. Es ist mehr denn je illusionär und naiv anzunehmen, daß es keinen Preis für die Vernichtung der eigenen kulturellen Lebensgemeinschaft gibt. »There is no free lunch«, jedenfalls nicht in einer entsolidarisierten Wolfsgesellschaft.

Die zionistische Umerziehung der intellektuellen Klasse geht einher mit der ›Hollywoodisierung‹ (sprich: Verblödung) des ›gemeinen‹ Volkes. Anders als in Frankreich, wo die intellektuelle Klasse noch gegen den alles niederwalzenden amerikanisch-zionistischen Kulturimperialismus Widerstand leistet, wurde die intellektuelle Klasse Deutschlands vermerkantilisiert. Zu deutsch: Sie ist so ›political correct‹, wie die politische Klasse korrupt ist. Es gibt kaum noch einen nennenswerten intellektuellen Überbau, der es verdient hätte, so bezeichnet zu werden. Jene, die begonnen haben, umzudenken, etwa Botho Strauß oder Brigitte Seebacher-Brandt, tabuisieren weiterhin die für die Existenz einer harmonischen Solidargemeinschaft besonders gefährliche zionistische und christliche Ideologie und machen sich durch diese selbst auferlegte Tabuisierung selbst zu späten Opfern der Nationalsozialisten.

Während die intellektuelle Klasse bereits in einem absurden Ego-Kult (›Ändere Dich selbst, dann änderst Du die Welt‹) abgedriftet ist, erfolgt die Entsolidarisierung des ›gemeinen‹ Volkes durch dessen mediengesteuerte Totalverblödung.

Eine zentrale Rolle in der zionistischen Strategie spielen die elektronischen Medien.

An dem in Berlin ansässigen Nachrichtensender *n-tv* halten die jüdische Rothschildbank und der jüdische Medien-Multi Time Warner Inc. Beteiligungen, des weiteren Ted Turners CNN, an dem Time Warner Inc. wiederum mit 19,4 % beteiligt ist.

Time Warner Inc. ist durch eine Fusion entstanden, die am 10. Januar 1990 formell abgeschlossen wurde. In einem spektakulären ›Mega-Buy-Out‹ erwarb der Jude Steven J. Ross, dessen Eltern noch Rechnitz hießen, über sein Unternehmen Warner Communications Inc. das Unternehmen Time Inc.; Time Warner Inc. war geboren. Es heißt, daß allein in diesem Geschäft so viel umgesetzt wurde, wie das gesamte Auslandshilfsprogramm der USA für 1989 ausmachte.

Steven J. Ross seinerseits war bis zu seinem Tod (20. Dezember 1992) mit dem Juden Steven Spielberg engstens befreundet, dessen subtiles Anti-Nazi-Machwerk *Schindlers Liste* von den üblichen Kreisen in Deutschland mit der gewohnt routinierten Bußfertigkeit willkommen geheißen wurde.

Time Warner Inc., heute der mit weitem Abstand größte Medienkonzern der Welt, hat nicht nur das erklärte Ziel, sondern auch das Potential, weltweit den gesamten Informationsmarkt zu beherrschen.

Time Warner Inc. gehört bereits eine der zwei größten Kabelsysteme in den USA, ein Fernsehsender, das ›Pay-TV‹ ›Home Box Office‹ (HBO), zahlreiche Themenparks und über Warner Bros. (WB) ein Teil Hollywoods und 111 WB-‹Studio Stores‹, die sich Ende 1995 auf etwa 150 erhöht haben dürften. Hinzu kommt, wie erwähnt, ein 19,4 %iger Anteil an CNN (Ted Turner).

Sowohl hinsichtlich Größe wie Umfang übertrifft Time Warner Inc. die Medienmagnaten Rupert Murdoch, Sumner Redstone und John Malone bei weitem.

Schon hat Time Warner Inc. damit begonnen, Beteiligungen an Telefongesellschaften zu erwerben. Noch hinderliche Gesetze zur Totalherrschaft von Time Warner Inc. sollen, so der Vorstandsvorsitzende, im Congress »dereguliert« (sprich: abgeschafft) werden. Das amerikanische Volk wird nicht gehört. Und selbst wenn es gehört würde, wäre davon auszugehen, daß es inzwischen

dafür stimmen würde; denn der durch die jüdisch dominierten Medien gesteuerte Prozeß der Verblödung der Volksmassen ist schon zu weit fortgeschritten. Darüber hinaus plant das Unternehmen, auch die Kabelsysteme von Time Warner Inc. für Telefondienste zu nutzen und so mehr und mehr Kontrolle über diesen Markt zu erlangen.

Und höchstwahrscheinlich hat Time Warner Inc. seine Fühler auch schon in Richtung auf den deutschen Telefonmarkt ausgestreckt, zumal der neue Vorstandsvorsitzende der Deutschen Telekom AG der ›global player‹ Ron Sommer ist, ein in Israel geborener Jude, der zu der deutschen Gemeinschaft und Kultur weder ein Verhältnis hat noch haben kann. Ron Sommer, so DPA im *Allgemeinen Jüdischen Wochenblatt* vom 6. April 1995, sei »durch und durch international« und gelte als mobil und flexibel, eine Charakterisierung, die ihn für vieles und nichts qualifiziert, gewiß aber nicht dafür, sich mit den Interessen der deutschen Gemeinschaft zu identifizieren und sich mit dieser solidarisch zu verbinden. Von einem internationalistischen jüdischen ›global player‹ zu erwarten, daß er nationale Industriepolitik betreibt, ist kaum weniger absurd, wie einer Kuh das Schlittschuhlaufen beibringen zu wollen. Ron Sommer wird daher, so ist zu befürchten, wohl das Gegenteil tun. Er wird wohl eher Time Warner Inc. dazu verhelfen, den deutschen Informationsmarkt noch effektiver zu unterwandern. Diese zukünftige internationale Verflechtung der Deutschen Telekom AG deutet sich im übrigen bereits durch einen 20 %igen Beteiligungserwerb an der U.S.-amerikanischen Telefongesellschaft ›Sprint‹ an, den Ron Sommer als Durchbruch auf dem Weg zur »globalen Allianz« begrüßte.

Als ›Belohnung‹ für die von Ron Sommer mutmaßlich zu erwartende antideutsche Industriepolitik dürfte für ihn wohl schon heute eine herausragende ›fall-back-position‹ bei Time Warner Inc. bereitstehen.

Time Warner Inc. ist durch eine Fusion entstanden, die am 10. Januar 1990 formell abgeschlossen wurde. In einem spektakulären ›Mega-Buy-Out‹ erwarb der Jude Steven J. Ross, dessen Eltern noch Rechnitz hießen, über sein Unternehmen Warner Communications Inc. das Unternehmen Time Inc.; Time Warner Inc. war geboren. Es heißt, daß allein in diesem Geschäft so viel umgesetzt wurde, wie das gesamte Auslandshilfsprogramm der USA für 1989 ausmachte.

Steven J. Ross seinerseits war bis zu seinem Tod (20. Dezember 1992) mit dem Juden Steven Spielberg engstens befreundet, dessen subtiles Anti-Nazi-Machwerk *Schindlers Liste* von den üblichen Kreisen in Deutschland mit der gewohnt routinierten Bußfertigkeit willkommen geheißen wurde.

Time Warner Inc., heute der mit weitem Abstand größte Medienkonzern der Welt, hat nicht nur das erklärte Ziel, sondern auch das Potential, weltweit den gesamten Informationsmarkt zu beherrschen.

Time Warner Inc. gehört bereits eine der zwei größten Kabelsysteme in den USA, ein Fernsehsender, das ›Pay-TV‹ ›Home Box Office‹ (HBO), zahlreiche Themenparks und über Warner Bros. (WB) ein Teil Hollywoods und 111 WB-‹Studio Stores‹, die sich Ende 1995 auf etwa 150 erhöht haben dürften. Hinzu kommt, wie erwähnt, ein 19,4 %iger Anteil an CNN (Ted Turner).

Sowohl hinsichtlich Größe wie Umfang übertrifft Time Warner Inc. die Medienmagnaten Rupert Murdoch, Sumner Redstone und John Malone bei weitem.

Schon hat Time Warner Inc. damit begonnen, Beteiligungen an Telefongesellschaften zu erwerben. Noch hinderliche Gesetze zur Totalherrschaft von Time Warner Inc. sollen, so der Vorstandsvorsitzende, im Congress »dereguliert« (sprich: abgeschafft) werden. Das amerikanische Volk wird nicht gehört. Und selbst wenn es gehört würde, wäre davon auszugehen, daß es inzwischen

dafür stimmen würde; denn der durch die jüdisch dominierten Medien gesteuerte Prozeß der Verblödung der Volksmassen ist schon zu weit fortgeschritten. Darüber hinaus plant das Unternehmen, auch die Kabelsysteme von Time Warner Inc. für Telefondienste zu nutzen und so mehr und mehr Kontrolle über diesen Markt zu erlangen.

Und höchstwahrscheinlich hat Time Warner Inc. seine Fühler auch schon in Richtung auf den deutschen Telefonmarkt ausgestreckt, zumal der neue Vorstandsvorsitzende der Deutschen Telekom AG der ›global player‹ Ron Sommer ist, ein in Israel geborener Jude, der zu der deutschen Gemeinschaft und Kultur weder ein Verhältnis hat noch haben kann. Ron Sommer, so DPA im *Allgemeinen Jüdischen Wochenblatt* vom 6. April 1995, sei »durch und durch international« und gelte als mobil und flexibel, eine Charakterisierung, die ihn für vieles und nichts qualifiziert, gewiß aber nicht dafür, sich mit den Interessen der deutschen Gemeinschaft zu identifizieren und sich mit dieser solidarisch zu verbinden. Von einem internationalistischen jüdischen ›global player‹ zu erwarten, daß er nationale Industriepolitik betreibt, ist kaum weniger absurd, wie einer Kuh das Schlittschuhlaufen beibringen zu wollen. Ron Sommer wird daher, so ist zu befürchten, wohl das Gegenteil tun. Er wird wohl eher Time Warner Inc. dazu verhelfen, den deutschen Informationsmarkt noch effektiver zu unterwandern. Diese zukünftige internationale Verflechtung der Deutschen Telekom AG deutet sich im übrigen bereits durch einen 20 %igen Beteiligungserwerb an der U.S.-amerikanischen Telefongesellschaft ›Sprint‹ an, den Ron Sommer als Durchbruch auf dem Weg zur »globalen Allianz« begrüßte.

Als ›Belohnung‹ für die von Ron Sommer mutmaßlich zu erwartende antideutsche Industriepolitik dürfte für ihn wohl schon heute eine herausragende ›fall-back-position‹ bei Time Warner Inc. bereitstehen.

Jetzt rächt sich für das deutsche Volk die Privatisierung der Post, hinter der schon seinerzeit ein von zionistischen Interessen gesteuerter ›antichristlicher‹ Akt vermutet wurde. Es war nicht nur ein antichristlicher Akt, sondern vor allem ein Anschlag auf das Selbstbestimmungsrecht und die Entscheidungsautonomie des deutschen Volkes; denn die Telekom-Leitungen werden, so ist zu befürchten, schon sehr bald zu einem zionistischen ›Manipulation-Super-Highway‹ werden.

Nach Gerüchten waren an der Privatisierung der Post auch Abgesandte des U.S.-Außenministeriums beteiligt, hinter dem wiederum der ›Council on Foreign Relations‹ (CFR) steht, in dem der Großbankier David Rockefeller eine zentrale Rolle spielt (siehe Seite 114 ff.). Sollten diese Gerüchte zutreffen, sollten möglicherweise auch Mitglieder der Trilateralen Kommission (siehe Seite 121 ff.) an dem Privatisierungscoup beteiligt gewesen sein, wäre ›Watergate‹ dagegen nur eine Petitesse. Trotz aller Gerüchte und Indizien aber scheint der investigative Journalismus in Deutschland diesbezüglich eher den drei Affen zu gleichen, die nichts hören, nichts sehen und nichts sagen. Der stille Charme der Korruption. Und in dieser konkreten geschichtlichen Situation fordert der FDP-Vorsitzende Wolfgang Gerhardt im Juni 1995 noch eine weitere Öffnung der Telekommunikationsmärkte – eine geradezu skandalöse Politik gegen das deutsche Volk und das Entstehen einer nationalen Solidargemeinschaft.

Seitens Time Warner Inc. besteht auch eine Beteiligung an Spielbergs neu gegründeter Stiftung ›Survivors of the Shoah: Visual History Foundation‹, die zum Ziel hat, die ›Zeugnisse‹ von 50 000 Überlebenden der nationalsozialistischen Verfolgung audiovisuell zu dokumentieren, wobei die Gesprächspartner vorselektiert werden, der Abstattung der Zeugnisse eine viertägige Schulung vorausgeht und die vorselektierten und ›geschulten‹ (sprich: dogmatisierten) Zeugen dann auch noch während der

Aufnahme ›psychologisch betreut‹ werden. Schon heute wird man daher Zeugnissen dieser Art nur geringen Dokumentationswert beimessen können. Das sollen sie allem Anschein nach aber ohnehin nicht sein. Geplant ist wohl eher die Erstellung von manipulativem, zionistischem Propagandamaterial à la Goebbels, um dann über Time Warner-Kanäle der Welt ad infinitum das Bild des bösen Deutschen vorzugaukeln.

Vorstandsvorsitzender von Time Warner Inc. ist heute Gerald (›Jerry‹) M. Levin, der sich selbst als weltlicher Jude bezeichnet, einst aber Rabbiner werden wollte, bis er über den Anwaltsberuf in das Mediengeschäft fand.

Allem Anschein nach war es vor allem auch dieser in exponierter Position befindliche Levin, zuvor stellvertretender Vorstandsvorsitzender von Time Inc., der, so Richard M. Clurmann in *The End of Time,* dem anderen Juden Ross dieses Unternehmen unter Wert zuschanzte.

Levin scheint geradezu von seiner Mission besessen zu sein, aus Time Warner Inc. ›Big Brother‹ zu machen und damit ein weltweites zionistisches Manipulationsmonopol zu verwirklichen. Schon in seinem *Time-Life*-Büro stand eingerahmt auf einem Bücherregal ein Zitat aus George Orwells *1984*:

»The voice came from an oblong metal plaque like a dulled mirror which formed part of the surface of the right-hand wall. The instrument (the telescreen, it was called) could be dimmed, but there was no way of shutting it off completely.« Zu deutsch:»Die Stimme kam von einer rechteckigen, wie ein beschlagener Spiegel aussehenden Metallplatte, die ein Teil der Oberfläche der rechten Wand bildete. Das Instrument (es wurde Bildschirm genannt) konnte zwar abgeblendet werden, aber es gab keine Möglichkeit, es vollständig auszuschalten.«

Dies scheint mehr denn je die magische Vision Levins zu sein: über TV einen direkten, weltweiten Zugriff auf

die Menschheit zu erlangen, Gemeinschaften via Bildschirm zu atomisieren und das einzelne, von jeder Gemeinschaft isolierte Individuum über den ›Manipulation-Super-Highway‹ einer permanenten Gehirnwäsche zu unterziehen. »Telekratie«, so Albrecht Müller (SPD), ›ist die eleganteste Art der Unfreiheit«. Der Mann hat recht.

Manche mögen einwenden, es gäbe nicht nur Time Warner Inc., sondern auch Murdoch, Berlusconi und wie die anderen Mediendompteure alle heißen. Auch Murdoch oder Berlusconi werden mutmaßlich von Einfluß-, Gewinn- und Geltungssucht getrieben. Aber beide handeln kaum ideologisch. Beide folgen wohl kaum einem Plan auf Unterwerfung der Völker. Und, was am wichtigsten ist, beide haben nicht die politische und militärische Macht der zionistisch infiltrierten USA Inc. in ihrem Rücken, wovon hinsichtlich Time Warner Inc. aufgrund der bestehenden Interessen- und Ideologieidentität ausgegangen werden muß.

Dies alles zusammengenommen, sprechen alle Umstände dafür, daß ein zukünftiger kultureller Hauptfeind der Völker Time Warner Inc. sein wird. Dieses Unternehmen unter seinem jüdischen Vorstandsvorsitzenden Levin scheint allen Gemeinschaften dieser Welt offen den Informationskrieg erklärt zu haben. Auf dem Spiele steht für uns alle die Informationsfreiheit, insbesondere die Informationsbildungsfreiheit, das für eine funktionierende Demokratie kostbarste Gut.

Wie sagte doch Levin in einem *Forbes*-Interview Mitte Februar 1995 über seinen jüdischen Mentor David Lilienthal:

»Er lehrte mich, daß die Disziplin, Geld zu machen, sehr wichtig sei, aber daß ich nie vergessen dürfte, daß es einen höheren Zweck gebe.« Nun, wir kennen diesen ›höheren‹ (zionistischen) Zweck und sollten gewappnet sein, daß er weder in Deutschland noch in Europa vollstreckt werden möge.

In Deutschland hat, wie erwähnt, die Invasion Levins mit seiner Beteiligung am ›Informations‹kanal *n-tv* längst begonnen. Es ist höchste Zeit, dagegen eine Verteidigungslinie aufzubauen.

Japan hat versucht zu reagieren. Teile Hollywoods (Columbia Pictures/Universal) wurden aufgekauft, während, wie an anderer Stelle bereits erwähnt, MGM fatalerweise an die katholische Kirche ging.

Die Käufe hatten für Japan aber eher einen kulturellen Bumerang-Effekt. Statt zu einer Veränderung der Hollywood-Produkte (›Made by Sony‹) kam es über Sony zu einer beschleunigten gemeinschaftsschädlichen ›Hollywoodisierung‹ Japans.

Singapur, konsequenter als alle anderen, unterbindet dagegen die Kabeleinspeisung gemeinschaftsschädlicher Auslandsprodukte. Gleichzeitig wird im Gemeinschaftsinteresse die ›Salatschüssel‹ weitgehend untersagt, um der kulturellen Zersetzung durch Satellitenempfang zu begegnen.

In Frankreich gab es umfangreiche Aufklärungsprogramme gegen die ›Amerikanisierung‹ von Kultur und Sprache, und zwar bis hin zu einem Gesetz gegen Anglizismus.

Time Warner Inc. wird nach Aussage seines Vorstandsvorsitzenden Levin in den nächsten Jahren weltweit fünf Milliarden US-Dollar (5 000 000 000) in die Digitalisierung der Medien investieren. Damit wird der Zugriff von Time Warner Inc. auf das ungeschützte Individuum total. Die digitale Technologie wird als Teil der zionistischen Invasionsstrategie dazu benutzt werden, Informationen über Individuen fremder Gemeinschaften zu sammeln und sie bei Bedarf abzurufen und zu verwerten. Orwells ›Big Brother‹ und der gläserne Mensch werden, wenn wir nicht Widerstand leisten, traurige Realität werden. Darüber hinaus werden Warner Bros., unter freudiger Erwartung des christlichen Erweckungs-

bewegten und Schulaussteigers Johannes Rau (SPD), in den kommenden Jahren im Raum Bottrop, also mitten im dichtest besiedelten Gebiet Europas, für 350 Millionen DM einen riesigen Filmpark als ihren Hollywood-Ableger entstehen lassen, um die totale Invasion der Gehirne unserer Kinder weiter massiv voranzutreiben, während gleichzeitig Ignatz Bubis verbreitet, in Deutschland gäbe es ›Antisemitismus‹ ohne Semiten, so, als wüßte er nicht, was tatsächlich mit unseren Kindern geschieht; denn das trojanische Pferd der zweiten Jahrtausendwende ist die ›Glotze‹ und der Computer (›Internet‹) in deutschen Wohnzimmern.

Im Mai 1995 griff der republikanische US-Präsidentschaftskandidat Bob Dole Hollywood als die maßgebliche gemeinschafts-, werte- und kulturzerstörende Kraft an. An erster Stelle nannte er in diesem Zusammenhang Time Warner Inc., ohne allerdings ausdrücklich eine zionistische Verknüpfung herzustellen. Im Nachtwächterstaat Deutschland jedoch kollaborieren noch immer die Rau und Co. mit Time Warner Inc., anstatt dieses Unternehmen an der Seite des deutschen Volkes entschieden zu bekämpfen.

Die zionistische Strategie bedient sich allem Anschein nach noch heute derselben Mittel wie während der 30er und 40er Jahre mit der Monopolisierung der Manipulationsindustrie Hollywoods durch die Juden Marcus Loew, Adolph Zukor, Sam Goldwyn, Carl Laemmle, Louis Selznick, Louis B. Mayer, Jesse Laskey, William Fox, David Selznick, Ernst Lubitsch, B. P. Schulberg, Irving Talberg, Jack Warner, als sich noch sieben der acht größten Studios in jüdischer Hand befanden und von 85 Namen, die 1936 in der Produktion tätig waren, 53 Juden waren. Neal Gablers Buch *An Empire Of Their Own – How The Jews Invented Hollywood* (›Ihr eigenes Imperium – Wie die Juden Hollywood erfanden‹) gibt einen guten Überblick über diese jüdische Gründer- und Hochzeit.

Das jüdische Studiomonopol in Hollywood ist inzwischen Vergangenheit. Die Namen der jüdischen Mogule verblassen mehr und mehr. Aber was die Hollywoodjuden zurückgelassen haben, ist eine bestimmte Geisteshaltung, mit der sie Hollywood ihren Stempel aufgedrückt haben, eine Geisteshaltung, die sich durch das Medium Film und heute vor allem durch das Fernsehen ›Made in Hollywood‹ über die Welt verbreitet. Es wurde eine Saat gelegt, die jetzt unter anderen Eignern (sprich: Wirtspflanzen) zum Schaden aller Gemeinschaften aufzugehen scheint. Was blieb, ist die Disponierung Hollywoods durch (Un)Werte, die Karl Marx in seiner Abhandlung *Zur Judenfrage* als »Eigennutz«, »Schacher«, »Geld« und »asoziales Verhalten« beschrieb. Es ist der in der Diaspora erworbene, häufig paranoid übersteigerte Wille zur Manipulation und Kontrolle der fremden, feindlich empfundenen oder tatsächlich feindlich reagierenden Wirtspflanze. Es ist der ständig wache Überlebensinstinkt einer nach eigener Ideologie ›auserwählten‹ und häufig nicht assimilierungswilligen Minderheit, der die Hollywoodjuden frühzeitig erkennen ließ, daß der mit einem ungleich geringeren Multiplikationseffekt ausgestattete Film ein fossiler Atavismus im Verhältnis zum elektronischen ›Manipulation‹-Super-Highway ist. Time Warner Inc. scheint die neue zionistische Speerspitze zur Zerstörung bzw. Umwandlung fremder Gemeinschaften zu sein.

Auch Steven Spielberg (*Schindlers Liste*) befindet sich heute in dieser Tradition, wenn auch seine Mittel wesentlich subtiler und ausgewogener sind.

Das jüdisch monopolisierte Hollywood manipulierte das amerikanische Volk durch teilweise primitivste antideutsche Hetzfilme, von denen das deutsche Volk (un)glücklicherweise nie Kenntnis erlangte. Sie blieben in ihrer Obszönität häufig nicht hinter dem antisemitischen NS-film *Jud Süß* des Veit Harlan zurück.

An der West- und Ostküste der USA entstanden kürzlich Holocaust-Museen, makabre Todesshows in bester jüdischer Hollywood-Tradition, die allem Anschein nach antideutsche Ressentiments im amerikanischen Volk verewigen sollen. Die Juden um den österreichischen ›Nazi-Jäger‹ Simon Wiesenthal scheinen mit diesen Shows fortführen zu wollen, was sie in dem von ihnen beherrschten Hollywood der 40er Jahre mit oft primitivsten antideutschen Propagandafilmen begonnen hatten.

Aber nicht nur die Deutschen sind im Visier dieser Horror-Holocaust-Shows; denn es ist kaum davon auszugehen, daß jene im Zeitalter der Medien und des öffentlichen Menschen vergleichbare Naziverbrechen tatenlos tolerieren würden. Diese Shows scheinen vor allem Teil einer Strategie zu sein, die amerikanische Außen- und Interventionspolitik mit zionistischen Interessen möglichst deckungsgleich zu machen, insbesondere im Hinblick auf Israel oder auf gemeinschaftszersetzendes Verhalten in anderen Staaten.

Tatsächlich ist dank des berüchtigten ›Council on Foreign Relations‹ (CFR), in dem der Großbankier und Trilateralist (siehe Seite 121 ff.) David Rockefeller ebenfalls eine dominierende Rolle innehat (deshalb auch: ›das Rokkefeller-Ministerium für auswärtige Angelegenheiten‹), schon heute die amerikanische Außen- und Interventionspolitik fast kongruent mit den weltweiten zionistischen Interessen. Folgerichtig erhält Israel von den USA auch die meiste Auslandshilfe (drei Milliarden US $ jährlich), gefolgt von Ägypten (zwei Milliarden US $), das sich durch den Trilateralisten Jimmy Carter kaufen ließ. Alle anderen Empfängerstaaten folgen weit abgeschlagen.

Die Mutter des ›Council on Foreign Relations‹ (CFR) war Lord Rothschilds ›The Round Table‹, eine ›geheime‹, von dem Gold- und Diamantenmagnaten Cecil Rhodes ›geerbte‹ Organisation, die, wie das spätere CFR in den USA, maßgeblich die Außenpolitik Englands und dessen

Verhalten im Ersten Weltkrieg beeinflußte und, so Cecil Rhodes in seinem ersten Testament, die Ausdehnung der britischen Herrschaft über die gesamte Welt zum Ziele hatte, gegenüber der Weltöffentlichkeit aber, wie Rockefellers ›Trilaterale Kommission‹ (siehe Seite 121 ff.) und UNO, vorgab, sich für den ›Frieden‹ einsetzen zu wollen.

Das CFR war in seiner Entstehung, als es noch von Rothschilds Gnaden durch J. P. Morgan beherrscht wurde, zunächst nur eine Unterorganisation der 1919 in Paris gegründeten Round-Table-Frontorganisation ›Royal Institute of International Affairs‹, wurde jedoch schon bald, um die hegemonial-konspirativen Absichten zu verschleiern, in ›Council on Foreign Relations‹ umbenannt.

Ziel des CFR ist, so beispielsweise die ›Study Nr. 7‹ vom 25. November 1959, »die Bildung einer neuen internationalen Ordnung«, ein Codebegriff für die Entmachtung der Völker mittels einer Weltregierung. Wen wird nun diese Regierung repräsentieren? Die Völker etwa oder mächtigste Kapitalinteressen, allen voran jüdisch beherrschtes Monopolkapital? Die Liste der Gesellschaften, die Mitglieder für das CFR stellen, liest sich in der Tat wie ein ›Who is who‹ jüdischen Monopolkapitals, allen voran Rockefellers Chase Manhattan Bank und Standard Oil (ESSO, EXXON), wobei CFR-Mitglieder häufig zugleich auch Trilateralisten (siehe unten) sind.

Deutsche Tochtergesellschaft des CFR ist die ›Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.‹, in derem Präsidium der Popperist Helmut Schmidt, Bundeskanzler a. D., aber auch der Trilateralist Otto Graf Lambsdorff vertreten sind. Präsidiumsmitglied dieses Vereins war auch ein gewisser Richard Freiherr von Weizsäcker, Bundespräsident a. D., der als Mitglied der UN-›Programmkommission‹ dafür Sorge zu tragen scheint, daß die völkerrechtswidrigen Interventionsoptionen der UNO, die maßgeblich durch Mitglieder des Rockerfellerschen CFR gegründet und mit Rockefellergeldern und -immo-

bilien angeschoben wurde, ausgeweitet werden. Von Weizsäcker will dem Vernehmen nach

- den obersten völkerrechtlichen Grundsatz der Nichteinmischung in gemeinschaftseigene Angelegenheiten abschaffen bzw. einschränken,
- das bisherige Vetorecht abschaffen bzw. einschränken,
- den Staaten eine allgemeine ›UN-Steuer‹ auferlegen.

Die dritte und zugleich traditionelle Komponente der zionistischen Strategie zur Zerstörung fremder Gemeinschaften, die Beherrschung des Finanzwesens, ist heute etwas in den Hintergrund gerückt, berücksichtigt man, daß unter den weltweit zehn größten Bankkonzernen allein neun japanischer Herkunft sind. Immerhin zieht vor allem in Europa die jüdische Rothschildbank weiterhin erfolgreich ihre Fäden. Von Schoeler, SPD-Ex-Oberbürgermeister der Geldmetropole und jüdischsten Stadt Deutschlands, Frankfurt am Main, verstieg sich sogar zu dem Vorschlag, die Konterfeis der Mitglieder dieser Geldmonarchie und früheren Zinsknebeler der kleinen Leute auf den neuen EU-Banknoten abzudrucken.

Der Popper-Schüler George Soros, Jude amerikanisch-ungarischer Herkunft und einer der größten Spekulanten aller Zeiten, läßt Währungen wie das britische Pfund abstürzen und erspekulierte sich ›nach eigenen Aussagen‹, so Ralf Dahrendorf, allein mit diesem Pfund-Coup zwei Milliarden Dollar. Im Jahre 1993 soll er mit Währungsspekulationen eine Milliarde Mark gemacht haben.

Noch im Jahre 1994 hatte er angekündigt, er wolle sich auch die deutsche Mark vornehmen. Natürlich war die Ankündigung von Soros eine bloße Finte; denn er weiß, daß er die im Verhältnis zum Dollar wesentlich besser mit Gold unterfütterte Mark zum augenblicklichen Zeitpunkt kaum abstürzen lassen kann. Dies wird als Total-

vernichtung im Wege der Ecu-Korporierung geschehen. Wahrscheinlich hat er daher genau das Gegenteil getan, was er öffentlich ankündigte, und war maßgeblich an dem Absturz des Dollars beteiligt.

Getreu dem Vermächtnis seines Lehrers Karl Popper, scheint Soros, ein früherer Student der ›London School of Economics‹, seine finanzielle Macht zu politischen Zwecken zu benutzen. »Er zerstört Institutionen lieber, als daß er sie aufbaut«, so Ralf Dahrendorf in der Zeitschrift *Merkur* (4/95). Das tue er, indem er Verwirrung (sprich: Chaos) stifte. Versuch und Irrtum – Poppers Prinzip – habe für ihn also eine ganz eigene Bedeutung.

George Soros scheint der Jacob Schiff der 90er Jahre zu sein. Der jüdische Bankier Jacob Schiff verkündete im April 1917 öffentlich, daß dank seiner finanziellen Unterstützung (US $ 20 000 000,-) die bolschewistische Revolution in Rußland geglückt sei. Im Frühling desselben Jahres begann Schiff, einen jüdischen New Yorker Reporter namens Leo Trotzki alias Bronstein zu subventionieren, der am 27. März 1917 an Bord der S.S. Christiania New York verließ, um in der Schweiz mit Lenin, Kaganowitch und Litwinow zusammenzutreffen. Laut *Times* vom 29. März 1919 waren später 75 % der Kommissare und Führer des Zentralapparats der bolschewistischen Revolution Juden.

Nachdem sich für die Zionisten der Kommunismus als Instrument zur Vernichtung von nationalen Gemeinschaften verbraucht hat, setzen sie jetzt wieder voll auf den Liberalismus bzw. auf die offene Gesellschaft Poppers. Wie früher hinsichtlich der angeblichen ›Unvermeidbarkeit des Kommunismus‹ versucht man heute den Völkern die ›Unvermeidbarkeit des Liberalismus‹ einzureden, um ihren Widerstandswillen von vorneherein zu lähmen.

Wie die Rockefellers, Rothschilds usw. scheint Soros ›Stiftungen‹ zur Destabilisierung und Infiltrierung na-

tionaler Gemeinschaften zu benutzen. Von Ungarn bis Kirgisien, von Tschechien bis Litauen scheint er als ideologischer Erbe von Jacob Schiff und Karl Popper überall dort tätig zu werden, wo das Ende des zionistischen Versuchs ›Kommunismus‹ eine Chance für die Rückbesinnung der Völker auf nationale Gemeinschaften eröffnet hat. »Es gibt keine Weltverschwörung, daß kann ich Ihnen in meiner Eigenschaft als ihr Führer versichern«, so Soros zynisch.

Die Tatsachen sprechen eine ganz andere Sprache. Allein in Rußland wird Soros, der engste Beziehungen zum Bankhaus Rothschild unterhält, US $ 200 000 000,- in Lehrbücher auf allen Lehrebenen investieren. Die gesamte kulturelle Infrastruktur, so ein Sprecher der Soros-Stiftung Rußlands, solle in allen Lebensbereichen auf diese Weise (in Richtung poppersche Wolfsgesellschaft) geändert werden. Ein besonderer Schwerpunkt werde in diesem Zusammenhang, wie zuvor schon im destabilisierten, desorientierten Nachkriegsdeutschland, die Indoktrinierung der Lehrerschaft sein.

Nachdem Kirgisien in der Vergangenheit gegen sein ethnisches und kulturelles Erbe russifiziert wurde, wird es jetzt durch Soros popperisiert. Gleiches geschieht mit den baltischen Staaten. Überall scheint Soros zu versuchen, sich die vorhandenen bzw. erst wieder neu zu entdeckenden Kulturen unter den Nagel zu reißen und statt ihrer die Völker mit der Philosophie ›des Schachers‹ (Karl Marx alias Moses Mordechai Marx Levi) zu vergiften.

Als die Litauer die gemeinschaftsfremden, nicht integrierbaren Roma ausweisen wollten, gründete Soros eine ›Soros-Roma-Stiftung‹ und erreichte gegen den Volkswillen, daß die Roma nicht nur bleiben konnten, sondern sogar Pässe erhielten. Diese Methode der Zersetzung von Gemeinschaften wurde bereits erörtert).

In Budapest und Prag gründete Soros die ›Central European University‹ (CEU), keine multidisziplinäre Uni-

versität im deutschen Sinne, sondern eher eine poppersche Komintern-Schmiede, in der junge, durch die Zerstörung der Gemeinschaftsstrukturen ihrer Heimatländer desorientierte, destabilisierte Menschen in der für sie fremden Unterrichtssprache Englisch dazu gedrillt zu werden scheinen, ihr nationales Selbstverständnis zu verraten, um später dann, mit popperscher gemeinschaftsfeindlicher Philosophie indoktriniert, in ihre Heimatländer zurückzukehren, um dort als kleine Soros-Marionetten subversiv tätig zu werden.

Das alles ist also Soros' persönlicher Marshallplan – allem Anschein nach ein Plan ungeschminkter Kultur- und Gemeinschaftszerstörung.

Alles das ist bekanntlich nicht neu. Schon für die Illuminaten des geborenen Juden Adam Weishaupt (1748–1830), der sich später hinter dem Katholizismus versteckte, war die Kontrolle von Schulen, Universitäten, Zeitungen und Verlagen absolute conditio sine qua non zur Erringung der angestrebten Weltherrschaft.

Vor Soros und Levin waren die Rockefellers und Rothschilds gelehrige Schüler Weishaupts. Bereits im *Gelegenheitsbrief Nr. 1* des Rockefellerschen ›General Education Board‹ war zu lesen:

»In unseren Träumen haben wir unbegrenzte Mittel, und die Leute fügen sich mit völliger Hingabe unseren formenden Händen. Die gegenwärtigen Erziehungs-Konventionen entschwinden ihren Geistern und, ungehindert durch Tradition, breiten wir unseren guten Willen über ein dankbares und ansprechendes ländliches Volk. Wir werden nicht versuchen, diese Leute oder eines ihrer Kinder zu Philosophen oder zu Menschen der Lehre oder Männern der Wissenschaft zu machen. . . . Wir werden . . . die Kinder organisieren und sie lehren, was ihre Väter und Mütter auf unzulängliche Weise tun, in ihren Heimen, den Geschäften und den bäuerlichen Betrieben perfekt zu tun.«

Da haben wir also den Orwell-Staat in Reinkultur, die unverblümteAbsicht, die Menschen einer Gehirnwäsche zu unterziehen, dieAusmerzung von Tradition und skeptischem Denken, die Verwehrung des Zugangs zu den Wissenschaften für das Volk, der totalitäre Allmachtsanspruch, die Unterjochung der Bauern in ein Kastensystem sowie die Desavouierung der Eltern und damit die Liquidation der Familie.

Nach diesem Plan scheint David Rockefeller später systematisch und konsequent vorgegangen zu sein, insbesondere durch seine ›Stiftungen‹, die ›Trilaterale Kommission‹ und das ›Council on Foreign Relations‹. Wie mutmaßlich Soros in Rußland erlangte Rockefeller in den USA durch gezielte, ›zweckgebundene‹ Subventionen eine nicht unbedeutende Kontrolle über die Lehrerausbildung und das Bildungswesen. Das Ergebnis kennen wir: Das durchschnittliche Bildungsniveau der U.S.-Amerikaner ist katastrophal, die mediengesteuerte Verblödung des amerikanischen Volkes, dem auch das deutsche Volk ausgesetzt wird, nimmt immer schlimmere Formen an. Die Folgen sind ausufernde Kriminalität und der Pauperismus immer weiterer Gesellschaftsschichten. Hohe Kriminalität und Armut aber sind neben der ethnischen Überfremdung die wesentlichen Grundbausteine für die Sprengung sozialer Netzwerke, also das, was Weishaupts zionistische Erben und ihre nichtjüdischen käuflichen Laufburschen planen und exekutieren.

In der nüchternen Erkenntnis, daß sie das Finanzwesen global nicht direkt würden beherrschen können, haben die Zionisten schon frühzeitig umgeschaltet, früher, als andere überhaupt zu denken begannen. Bereits 1972 empfahl David Rockefeller, Mehrheitsaktionär der Chase Manhattan Bank, eine ›Kommission für Frieden und Wohlstand‹ einzurichten. Das Erlösung verheißende Wort ›Frieden‹ ist zu einem der gefährlichsten orwellschen

›Catchwords‹ (Rattenfängerworte) zur Manipulation der Völker geworden. Es soll suggerieren: Wählt uns, und Ihr könnt ruhig schlafen. Tatsächlich gewollt ist aber die Einschläferung der Völker – bis zum bösen Erwachen.

Ziel der Kommission sollte die Schaffung einer neuen Weltordnung sein, die ein anderes Mitglied der Rockefeller-Familie, der frühere New Yorker Gouverneur und heutige Senator Nelson Rockefeller, bereits am 26. Juli 1968 gefordert hatte. Auch Hitler hatte bekanntlich die Schaffung einer neuen Ordnung angekündigt. Bereits 1946, also unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, war in dem Bericht der ›Rockefeller Foundation‹ zu lesen: »The challenge of the future is to make this world one« (»Die Herausforderung der Zukunft ist es, aus dieser Welt eine Einheit zu machen«), damit, so ist hinzuzufügen, sie für zionistische Interessen leichter verwertbar ist.

›Eine neue Weltordnung‹, noch ein theologischer Erlösungsbegriff wie das Rattenfängerwort ›Frieden‹, unbestimmt und ungenau, mehr Rhetorik als Realität.

Für die Zionisten war die Welt immer schon ein Dorf. Jenseits des großen Teiches, von den USA aus gesehen, befaßte sich am 28. Juni 1991 die britische Zeitschrift *The Economist* in ihrer Titelgeschichte ebenfalls mit der sogenannten neuen Weltordnung. Darin wird eine globale Polizeistreitmacht (d. h. UNO) für machbar erklärt und eine ›kollektive‹ Weltordnung gefordert. Unerwähnt bleibt, wer die globale Polizeistreitmacht und die neue Weltordnung führen soll. Es muß auch nicht unbedingt erwähnt werden; denn *The Economist* ist eine Publikation der steinreichen jüdischen Rothschilds.

Die Rockefellers und Rothschilds: Sorgen sie sich etwa um unser aller Wohlergehen oder vielleicht nur um ihr eigenes Wohlergehen auf unsere Kosten?

Kehren wir zurück in das Jahr 1972, als David Rockefeller eine ›Kommission für Frieden und Wohlstand‹ empfahl. Im Jahre 1973 wurde diese Kommission als ›Trila-

teral Commission‹ (›Trilaterale Kommission‹) in New York gegründet, wo sie auch heute noch ihren Sitz hat (345 E.46th St, New York, NY 10017). Trilateral heißt die Kommission deshalb, weil sie einen Machtblock zwischen drei Eckpfeilern vorsieht: USA, EU und Japan. Die Trilaterale Kommission wurde

- durch David Rockefeller geschaffen, er ist der ›spiritus rector‹,
- durch David Rockefeller und eine kleine Gruppe von vier Assistenten anfänglich zusammengestellt,
- durch David Rockefeller im wesentlichen anfinanziert.

David Rockefeller ist ohne Zweifel die Drähte ziehende Macht hinter der Trilateralen Kommission. Er ist der ›primus inter pares‹, Vorsitzender ehrenhalber.

Mitglieder der Trilateralen Kommission sind/waren unter anderen auch jüdische Persönlichkeiten wie John D. Rockefeller, Henry Kissinger, Baron Edmond de Rothschild und Alan Greenspan, der Vorsitzende des Federal Reserve Board, der ›Zentralbank‹, die nach der Finanzkrise des Jahres 1907 durch den Federal Reserve Act vom 22. 12. 1913 gegründet wurde, eine Krise, die, so Gary Allen in seinem Buch *Die Insider*, maßgeblich durch gezielte Finanzmanipulationen des in Diensten der englischen Rothschilds stehenden J. P. Morgan verursacht wurde, um mittels des neuen Instituts die Geldversorgung sowie die Zinssätze kontrollieren und durch eben jene Währung auch fremde Volkswirtschaften manipulieren zu können, die auf ihrer 1-Dollar-Note das Zeichen von Weishaupts Illuminaten enthält, und zwar mit den Inschriften »Annuit Coeptus« [»Unsere Unternehmung (sprich: Verschwörung) ist von Erfolg gekrönt«], »Novus ordo seclorum« (»Neue Weltordnung«) und MDCCLXXVI (1776), außer dem Jahr der Unabhängigkeitserklärung auch das Gründungsjahr des Illuminatenordens.

Von ihrem Mitgliederbestand her ist die Trilaterale Kommission aber keineswegs nur eine zionistische Mafia. Ein David Rockefeller würde einen solchen eklatanten Fehler auch nicht begehen; denn der Verdacht einer zionistischen Verschwörung wäre dann kaum abweisbar. David Rockefeller sorgte daher dafür, daß andere ›global‹ ausgerichtete Personen in der Kommission vertreten sind. Dabei kam es auf deutscher Seite zu einer überaus delikaten Konstellation. Universalisten, die sich selbst als ›liberal‹ bezeichnen, trafen auf solche, deren ideologische Herkunft eher ›sozialistisch‹ ist.

Auf ›liberaler‹ Seite sind an politischen ›Größen‹ u. a. vertreten:

- Otto Graf Lambsdorff (auf allen Hochzeiten tanzend), der sich als Trilateralist nicht entblödete, vor einem Bismarck-Konterfei zu posieren,
- Kurt H. Biedenkopf (CDU), Sachsens Ministerpräsident.

Auf ›sozialistischer‹ Seite finden/fanden sich

- Karsten Voigt, Ex-Juso, den die Frankfurter SPD besser auf das politische Abstellgleis befördert hätte,
- der verstorbene DGB-Chef Heinz-Oskar Vetter (SPD), der wegen Korruption abdanken mußte,
- Horst Ehmke (SPD),
- Konrad Porzner (SPD),
- Norbert Wieczorek (SPD).

Lenin hätte diese Personen wohl als nützliche Idioten bezeichnet, es sei denn, man würde ihnen korruptes, landesverräterisches Verhalten unterstellen oder nachweisen.

Was wollen die Trilateralisten, die kein demokratisches Mandat für ihre gemeinschaftsfeindlichen Umtriebe haben? Hauptziel der Trilateralisten ist die Beschränkung demokratischer Prozesse. Daraus machen sie keineswegs

einen Hehl. In dem entlarvenden trilateralistischen Machwerk *The Crisis of Democracy* (›Die Krise der Demokratie‹) werden selbst die rudimentären demokratischen Ansätze westlicher Geldmonarchien unter dem Aspekt angeblicher Nichtregierbarkeit in Frage gestellt. Das demokratische politische System erfülle keinen Zweck mehr. Die großkapitalistischen, internationalistischen Trilateralisten, die offensichtlich nur als Tarnung einige Sozis in ihren Reihen dulden, können sich hinsichtlich dieses antidemokratischen, völkerfeindlichen Aspekts mit Kommunisten die Hände reichen.

Tatsächlich ist die marxistische Ideologie ohnehin eher gegen die sogenannte ›Bourgeoisie‹, also gegen den Mittelstand, gerichtet als gegen das internationalistisch agierende Großkapital. Der Mittelstand, das Rückgrat der Nation, ist der Feind des marxistischen Totalitarismus. In seinem *Kommunistischen Manifest* prophezeit Karl Marx daher für das Ende des Klassenkampfes, daß ein kleiner Teil der herrschenden Geldmonarchie wegbrechen und sich mit der ›revolutionären Klasse‹ verbinden werde – gegen den dann verratenen Mittelstand. David Rockefeller und seine trilateralistische Kommission erfüllen diese Prophezeiung Marxens auf absurde Weise.

Der erklärte Zweck der Entdemokratisierung der Systeme und Entmachtung der Völker ist die Schaffung einer engen trilateralen Zusammenarbeit der Geldmonarchien, »um den Frieden zu bewahren, die Weltwirtschaft zu führen, die wirtschaftliche Neuentwicklung zu unterstützen und die Armut zu lindern, und dadurch die Chancen für eine sanfte und friedliche Evolution *des globalen Systems* zu fördern«.

Erklärungen sind billig, zwischen den Zeilen aber werden sie für alle Völker teuer, insbesondere im Hinblick auf ihr Selbstbestimmungsrecht; denn was die Kommission tatsächlich beabsichtigt, ist, so auch Senator Barry

Goldwater, eine weltweite wirtschaftliche, demokratisch nicht legitimierte Macht der Geldmonarchien zu etablieren, die über den jeweiligen nationalen Regierungen steht. Selbst der jüdische Bankier Jacques Attali, früherer Top-Berater von François Mitterrand, sagt zu der trilateralen Weltordnung, daß sie die »Ordnung des (großen) Geldes« sein werde, die den Weg für ›Hyperindividualismus‹ und noch nie dagewesenen Materialismus bereiten werde.

In dieser die Völker der Welt vollends entmachtenden Ordnung des Geldes spielt die EU für die Trilateralisten allem Anschein nach eine entscheidende Rolle. Zerfällt die EU durch den Widerstand der Völker, sind die Träume der Trilateralen auf Weltherrschaft reduziert auf unilaterale Planspiele; denn ohne Deutschland würden sich mutmaßlich auch die japanischen Mitglieder aus der Kommission zurückziehen. Daher sind auch amerikanische Trilateralisten vehemente EU-Befürworter. Sollte uns dieser Tatbestand nicht längst hellwach und mißtrauisch gemacht haben?

Selbst wenn aber das trilateralistische Postulat der Linderung der Armut nicht nur Camouflage wäre, hätte die Rezeptur kaum einen praktischen Wert. Da die Hauptursache der absoluten Armut die Überbevölkerung ist, wird die Hilfe für diejenigen, die in dieser Armut leben, nur dafür sorgen, daß in Zukunft noch mehr Menschen geboren werden, um in Armut zu leben. Eine solche Hilfe bedeutet daher nur die mittelbare Unterstützung der apokalyptischen, alle Gemeinschaften dieser Welt bedrohende Bevölkerungsexplosion.

Wir in den ›reichen‹ Nationen, so der Philosoph Garret Hardin, seien wie die Insassen eines überfüllten Rettungsbootes, das in einem Meer voll ertrinkender Menschen treibe. Wenn wir die Ertrinkenden zu retten versuchten, indem wir sie an Bord brächten, würde unser Boot überladen, und wir würden alle ertrinken. Da es

besser sei, daß einige überlebten als keiner, sollten wir die anderen ertrinken lassen. Ihnen sei meistens ohnehin nicht zu helfen.

Globale Bestrebungen der Rockefellerschen Trilateralisten, so Sutton/Wood in *Trilaterals over Washington,* seien in Habgier begründet, in dem skrupellosen Trieb auf Profit und Macht. Und die Autoren fragen zu Recht: »Wer gab den Trilateralisten das Mandat, globale Pläne und eine neue Weltordnung auch nur zu diskutieren? Es ist eine selbstangemaßte Vollmacht. Die Trilateralisten sind nichts anderes als andere Machtergreifer der Geschichte, nämlich Josef Stalin und Adolf Hitler«.

Trilateralisten pflegen Kritik an ihrem selbstangemaßten Totalitätsanspruch gebetsmühlenhaft als links- oder rechtsradikal zu diffamieren. Selbst der Griff in die psychoanalytische Mottenkiste ist ihnen nicht zu billig: Kritiker wurden gelegentlich als ›paranoid‹ bezeichnet. Tatsächlich aber sprechen die Tatsachen eine eindeutige Sprache. Sowohl die Bedingungen ihrer Entstehung wie die Finanzierung der trilateralen Kommission zwingen gegen alles verniedlichende Bestreiten zu dem Schluß, daß es sich um eine zionistisch konditionierte Tarnorganisation zur Übernahme der Weltherrschaft und Entmachtung der Völker handelt.

Und schließlich die UNO, eine andere völkerrechtswidrige Gemeinschaftsinterventionsorganisation. Der Leser dieses Buches mag sich vorstellen, er bekäme ein Baugrundstück geschenkt. Wäre er dann nicht befangen, gegen den Schenkenden aufzutreten, selbst wenn er später feststellen würde, daß die Schenkung ausschließlich zu dem Zweck erfolgte, dem Beschenkten sein Maul hinsichtlich der sonstigen Machenschaften des Schenkenden zu stopfen?

Auch an der Gründung der UNO war der Großbankier David Rockefeller wesentlich beteiligt. Tatsächlich ist die UNO, wie bereits erwähnt, eine Schöpfung des berüch-

tigten ›Council on Foreign Relations‹ (CFR), in dem David Rockefeller eine dominierende Rolle spielt. Zur amerikanischen Delegation, die die Charta der UNO ausarbeitete, gehörte ein anderes Mitglied der Rockefeller-Familie, nämlich der New Yorker Gouverneur Nelson Rockefeller. Die Rockefeller-Familie schenkte schließlich der auf ihr maßgebliches Betreiben gegründeten UNO das Grundstück, auf dem das UNO-Gebäude heute steht. Wes' Brot ich ess', des' Lied ich sing'!

Die UNO (wie auch die EU) ist ohne jeden Zweifel eine Zwischenstufe im Plan der Weishaupts, Rothschilds, Rokkefellers, Levins, Soros' usw. auf Erringung der Weltherrschaft, und die dann Herrschenden werden nicht die mehr und mehr entmachteten Völker sein, sondern eine sie unterdrückende, in ihrer Machtbesessenheit pervertierte Clique des dann mit unbeschränkten finanziellen und administrativen Mitteln ausgestatteten Abschaums. Orwell läßt grüßen!

Es mag makaber klingen, aber das Beste, was den zionistischen Welteroberungsplänen widerfahren konnte, waren die entsetzlichen massenhaften Einzelschicksale von Auschwitz, Buchenwald oder Bergen-Belsen. Seitdem haben die Zionisten praktisch freie Bahn. Ihre heutigen subversiven Umtriebe werden allenthalben tabuisiert.

Es kann in diesem Zusammenhang wohl keinen Zweifel geben, daß in Verfolgung zionistischer Interessen die Juden in Komplizenschaft mit den Christen die Naziverbrechen von Auschwitz, Bergen-Belsen, Dachau usw. auch ›in den nächsten tausend Jahren‹ noch mit allen Mitteln medialer Kunst und bis zum Erbrechen gegen uns instrumentalisieren werden – wenn wir dies zulassen.

Gemeinschaft und Psychotherapie

Die Zerstörung homogener Gemeinschaften in der christlich-jüdisch, universalistisch geprägten Welt zu Gunsten beziehungsloser, anonymer, ›offener‹ Gesellschaften führte zu einem Verlust an Wärme und Geborgenheit des einzelnen Menschen, zu seiner ständig zunehmenden psychischen Überforderung und zur Hochkonjunktur eines Berufsstandes, der in homogenen harmonischen Gemeinschaften kaum sein Auskommen findet. Psychotherapeuten haben Wartelisten, lassen sich dafür entlohnen, daß der in der ›offenen‹ Gesellschaft vereinsamte, desorientierte Mensch seine seelische Notdurft bei ihnen entrichtet. Cash gegen das gekaufte Ohr. Mitmenschlichkeit gegen Bares.

»Hundert Jahre Psychotherapie – und der Welt geht's immer schlechter«, so die selbstkritische Analyse des bekannten amerikanischen Hohenpriesters der Tiefenpsychologie, James Hillman.

Erwiesen ist nicht etwa, so manche Kritiker, daß die Liegendanalyse, die der ›Philosoph‹ Popper als eine »Sache für Schwachköpfe« bezeichnete, als solche vollends versagt hätte. Sie war nur in der Fokussierung auf das individuelle Selbst a priori überfordert, politische Fehlentwicklungen in der westlichen Welt und deren verheerende Auswirkungen auf das Individuum aufzufangen.

Von Blindheit geschlagen hängen auch heute noch viele der naiven Illusion an, man brauche nur den inneren Menschen zu bessern, dann verändere sich auch die äußere Welt zum Besseren. Das Gegenteil ist richtig. Das Milieu, in dem sich der einzelne Mensch befindet, läßt ihn entweder leiden oder sich geborgen fühlen. Das Milieu, das ihm diese Geborgenheit gewährt, ist die durch

gemeinsame Sprache und Tradition gebildete Identitäts- und Solidargemeinschaft artverwandter Menschen, die für ihr Wohlergehen fortschrittlichste Lebensform.

Tatsächlich ist die Wiederbesinnung auf den Nationalstaat nicht Rückschritt, wie uns bestimmte Kreise weismachen wollen, sondern der Rückfall in eine Fortschrittsentwicklung, die einerseits durch die ›Nazis‹, andererseits durch die Apologeten der offenen, beziehungslosen, ›inhumanen‹ Gesellschaft unterbrochen wurde.

Wie die christliche Ideologie fokussiert die Psychotherapie lediglich auf die ›Seele‹ des Einzelnen und vernachlässigt die ›Seele‹ der Gemeinschaft, jene Gemeinschaft, der in den Volksreligionen religiöse Bedeutung zukommt, während die christlich-jüdische Weltreligion Gemeinschaft zerstört, um den von seiner Sozialität isolierten Gläubigen alternativ zu binden, eine Bindung, die so vage ist, daß sie häufig erst zur Therapiebedürftigkeit führt. Jüdisch-christliche Weltreligion und Psychotherapie zerren also mitunter Hand in Hand an der Psyche des seiner Wurzeln beraubten Menschen. Der Renner der Therapie, das ›innere Kind‹, ist in diesem Zusammenhang besonders gemeinschaftsschädlich, weil diese Therapieform den einzelnen zwingt, zurückzuschauen, statt solidarisch um sich zu schauen. Dabei wird völlig vernachlässigt, daß oft die geübte Solidarität im Rahmen einer bestehenden Gemeinschaft gleichzeitig auch die beste Therapie zur Genesung des einzelnen ist. Der »Kindarchetypus« (Jung) führt zu einem apolitischen und machtlosen Freak, der sich häufig nicht mehr vom Gängelband des Therapeuten befreien kann. Gerade dieser Mensch aber ist es, den das Viererkartell und andere westliche Oligarchien dieser Welt idealiter benötigen, um ungehemmt ihren demokratiefeindlichen Machenschaften nachzugehen.

Tatsächlich, so der Jude Ivan Illich, ist die Psychotherapie eine Industrie, die ständig neue Minen braucht,

um diese ausbeuten zu können – geriatrische Fälle, Firmenbüros, kleine Kinder, ganze Familien.

Die westliche Entwicklungspsychologie ist anderen Kulturen völlig fremd. Sie ist ein absurder Mythos einer degenerierten Gesellschaft: Nicht das Trauma richtet häufig den Schaden beim einzelnen an, sondern erst die ihm durch die Therapie ›aufgezwungene‹ traumatische Erinnerung; denn das permanente Sich-Erinnern macht den Menschen auch zum permanenten Opfer.

Die Idee des ›Selbst‹ in der Psychotherapie der gemeinschaftsschädlichen ›offenen‹ Gesellschaft ist das abstrakte Individuum. Das ›Selbst‹ in der homogenen, harmonischen Gemeinschaft dagegen ist das Individuum als Teil dieser Gemeinschaft, ein Individuum, das die Gemeinschaftswerte verinnerlicht hat und sich von ihnen getragen fühlt, ein Individuum, das die Solidarität der Gemeinschaft und dadurch seinen psychischen Rückhalt erfährt. Convivo ergo sum. Ich bin mit meinesgleichen, also bin ich.

Die gemeinschaftsschädliche Psychotherapie der westlichen Welt nährt sich aus der Vereinsamung des in dieser Gesellschaft allein gelassenen Menschen, jedenfalls insoweit, wie sich dieser aus Selbstachtung und Selbstrespekt dagegen wehrt, in irgendeine religiöse oder esoterische Abhängigkeit zu verfallen.

Einsamkeit aber ist für viele der psychische Tod auf Raten. Der Mensch fürchtet nichts mehr, als allein zu sterben. Das permanente psychische Sterben wird notdürftig aufgefangen durch den Therapeuten, aber das bevorstehende physische Sterben in Einsamkeit bleibt dennoch ständig als drohendes Menetekel bestehen.

»Daß wir alleine sterben, ist eine Idee des individualistischen Selbst, ist ein Teil seiner Ängste und ein Teil einer Individualität, die glaubt, daß ihr das Leben gehört und daß ihr deshalb auch der Tod gehört«, so James Hillman.

In einer Gemeinschaft aber stirbt der Mensch nicht allein. Er verbindet sich auch im Tod mit dieser Gemeinschaft, und die Last seiner Individualität wird von ihr und dem Gemeinschaftsgefühl aufgefangen.

Tatsächlich macht das Bestehen einer homogenen, harmonischen nationalen Gemeinschaft den auf das individualistische Selbst ausgerichteten Psychotherapeuten weitgehend überflüssig. Je mehr aber westliche Vorstellungen der offenen Gesellschaft übernommen bzw. oktroyiert werden, desto größer die Vereinsamung des Menschen, desto zahlreicher die von ihrer Vereinsamung parasitierenden Psychotherapeuten, wie unterschiedliche Entwicklungsstufen des Zerfalls nationaler Gemeinschaften in Japan, Südkorea oder Singapur anschaulich beweisen. In diesem Zusammenhang ist geradezu tragisch, daß Japan, eine einst homogene und harmonische Traditionsgemeinschaft, durch ihren hohen Entwicklungsstand auf dem Gebiet der elektronischen Medientechnik die dekadente »Hollywoodization« (Dan Rather, CBS) seiner Gemeinschaft und damit deren Transformation in eine Gesellschaft westlichen Stils begünstigt. Die Geister, die man rief, wird man nicht mehr los. Ein Großteil der Jugend Japans wurde bereits durch ›Hollywoodization‹ vergiftet und scheint für eine gesunde Gemeinschaftsentwicklung endgültig verloren zu sein.

Ziel einer positiven Entwicklung für den Menschen kann daher nur sein, politische Verhältnisse zu schaffen, die den Psychotherapeuten wieder weitgehend überflüssig machen, mindestens aber, diesen gemeinschaftsschädlichen ›Berufs‹stand zu mahnen, die Idee des individualistischen Selbst aufzugeben und fortan das Selbst als »Verinnerlichung der Gemeinschaft« (James Hillman) neu zu definieren.

Die westliche Idee des individualistischen Selbst und mit ihr die amerikanisch-christlich-jüdisch geprägte Zivilisation sind endgültig gescheitert, dies um so mehr,

als wir im Zeichen der Bevölkerungsexplosion erst am Anfang gigantischer Verteilungskämpfe stehen. In diesen weltweiten Verteilungskämpfen werden nur starke, harmonische und homogene Gemeinschaften, die durch gemeinsame Traditionen und Werte verbunden sind, überleben.

Deutschland befindet sich unter der Herrschaft des antideutschen Viererkartells bereits in Liquidation, und mit dieser Liquidation werden die desorientierten, bindungslosen Deutschen mächtigen supernationalen Kapitalinteressen nahezu wehrlos ausgeliefert werden.

Gemeinschaft und feministische Ideologie

Wir haben endlich die judeo-christliche Ideologie wenigstens insoweit überwunden, als wir, entgegen dem Paulus-Gebot, die Frau nicht irgendwo zwischen Mann und Tier anzusiedeln pflegen. Mann und Frau sind gleichberechtigt. Für die tatsächliche Durchsetzung der Gleichbehandlung (nicht Gleichsetzung) sind Männer und Frauen in solidarischer Gemeinsamkeit verantwortlich. Alles dies ist inzwischen selbstverständlich und hat bekanntlich mit der feministischen Ideologie nichts zu tun. Diese Ideologie ist nicht darauf angelegt, das solidarische Zusammenwirken von Mann und Frau zu fördern, sondern im Gegenteil, den Spaltpilz in die Geschlechterbeziehung, die ihrerseits ein wesentliches Grundelement zur Schaffung einer harmonischen Gemeinschaft ist, zu tragen. Separation der Geschlechter und der Aufbau einer eigenen Frauenkultur ist ihre sexistische Devise.

Wie die Psychotherapeuten oder Pfaffen am anderen Ende des künstlich angefachten Geschlechterkonflikts leben die feministischen Agitatorinnen nicht schlecht vom Krieg und der Entfremdung der Geschlechter.

Feminismus ist nicht nur verbale Kriegführung. Die Möglichkeit, daß, wie jüngst in den USA geschehen, einem schlafenden Mann von seiner Ehefrau der Penis abgeschnitten wurde, war lange zuvor gedacht und geäußert worden. Als es im Oktober 1989 wieder einmal einen von einer sensationsgeilen Presse reißerisch aufgemachten Artikel über einen Akt ›sexueller Belästigung‹ gab, äußerte sich die Feministin Kristen Asmus wie folgt: »Sehen wir den Tatsachen ins Auge. Männer können sich *in unserer Gesellschaft* einfach nicht kontrollieren. Frau-

en müssen anfangen, zurückzuschlagen. Frauen werden aufhören, nur über Kastration zu sprechen, sondern sie tatsächlich ausführen. Frauen werden beginnen, ihre innere lebensgebende und sorgende Natur aufzugeben und stattdessen Waffen tragen. Falls erforderlich, werden Frauen beginnen, Männer zu töten.«

Die feministische GleichheitsfanatikerIn Allison Jagger erklärte die Familie (wie auch die Kommunisten) zum »Eckpfeiler der Unterdrückung« der Frauen.

Feminismus ist also wie Sozialismus bzw. Kommunismus gegen die Gemeinschaft der Familie gerichtet. In der Tat speist sich die antifamiliäre feministische Haltung seit eh' und je aus marxistischem Gedankengut, das wiederum nur die frühkapitalistischen Zustände Englands reflektiert. Viele feministische PropagandistInnen sind bekanntlich gescheiterte 68erInnen. Marx reduzierte die *bürgerliche* Familie zur Keimzelle des Kapitalismus. Die *bürgerliche* Familie sei, so nachzulesen im *Kommunistischen Manifest,* nur auf Kapital und privaten Gewinn begründet. Das ›Proletariat‹, das über kein Kapital verfüge, habe, so der absonderliche Umkehrschluß, keine Familie; denn sämtliche Familienbande des Proletariats seien (im englischen Frühkapitalismus) auseinandergerissen und die Kinder zu bloßen Handelsartikeln und Arbeitsinstrumenten umgewandelt worden. Ähnlich äußerte sich auch Engels über die seinerzeitigen Zustände Englands.

Die historische Beschreibung Marxens mag, wenn auch bewußt überzeichnet, im Kern richtig gewesen sein, seine abstrakten Verallgemeinerungen daraus waren es gewiß nicht. Die Familie ist nicht die Keimzelle des Kapitalismus, sondern die Keimzelle der (nationalen) Gemeinschaft. In ihr kann Solidarität erlernt, erfahren und geübt werden, die es dann in die größere Gemeinschaft umzusetzen gilt. Deshalb ist für die Feinde der nationalen Gemeinschaft die Familie ein Hauptangriffsziel. Die

Zerstörung einer Nation führt über die Zerstörung der Familie. Die ›Hollywoodisierung‹ der Kinder und sexistische Aufladung der Geschlechter sind einander sich ergänzende Methoden in diesem Vernichtungskampf. ›Hollywoodisierung‹ und Geschlechterkampf lassen überall verbrannte Erde und vereinsamte, isolierte Menschen zurück. Die kommende Generation wird mehr und mehr vereinzelt aufwachsen – in kleinen Wohnungen, die häufig eher Karnickelställen ähneln. Für Kinder wird es kaum noch Platz geben. Frauen denken an ihre ›Karriere‹ und an die Probleme einer Doppelbelastung, die zukünftigen Väter an ihre skandalöse ›Diskriminierung‹ vor deutschen Gerichten, an demütigende Besuchsregelungen und ›ausblutende‹ Unterhaltsverpflichtungen. Frauen und Männer werden sich ›versuchsweise‹ noch verheiraten, aber dies wird nicht mehr als eine langfristige, quasi ›ewige‹ Schicksalsgemeinschaft angesehen werden, sondern eher als ein Sonntagsausflug, gegen dessen Mißlingen man sich vorehelich vertraglich absichert. ›Job‹, nicht Familie, wird im Mittelpunkt des entwurzelten, neurotischen Ego-Freaks stehen.

Feminismus hat die absurdesten Erscheinungen hervorgebracht, von feministischer Linguistik (›Frauschaft, AusländerIn, BewerberIn, SeniorInnen‹ usw.) über Frauenhotels, Frauenreisen, Frauenzentren, Frauenmessen bis hin zur verfassungswidrigen Frauenquote.

Man stelle sich vor, es gäbe Männerhotels, Männerreisen, Männerzentren, Männermessen, Männerquoten; man würde uns, die männlichen Unterdrücker und Ausbeuter, zu Recht fragen, ob wir noch alle Tassen im Schrank haben.

Auch der terminologische Schwachsinn kam im übrigen, wie so vieles, aus den USA, wo feministische IdeologInnen das Wort ›Women‹ (Frauen), dessen zweite Silbe (›men‹) ›Männer‹ bedeutet, durch ›Wimmin‹ oder ›Wombyn‹ ersetzten. Gleiches geschah zum Beispiel mit ›Cow-

persons‹ statt ›Cowboys‹. Den Vogel der Absurdität schoß wohl eine feministische Hochschullehrerin an der Washington Universität in St. Louis ab, die es allen Ernstes ablehnte, das Wort ›Seminar‹ zu benutzen, weil es in seinem ersten Teil ›Semen‹ (Samen, Sperma) enthalte. Stattdessen bevorzugte sie das Wort ›Ovular‹.

In den USA gibt es eine Inflation von Klagen wegen ›sexual harassment‹ (sexuelle Belästigung). Der harmlose Flirt ist plötzlich für Männer zu einem unkalkulierbaren Risiko geworden. Die sexistischen SeparatistInnen wissen, daß sich das Haupthindernis zur Verwirklichung ihrer Ideologie nicht in den Köpfen, sondern zwischen den Schenkeln der Geschlechter befindet. Sie versuchen daher, gewissermaßen ›im Vorfeld der Triebe‹, Distanz per Gesetz zu erzwingen. In der Terminologie des kalten Krieges heißt dies ›Abschreckung‹.

In Deutschland ist kein Bundesland so eilfertig, gemeinschaftsschädliche Entwicklungen in den USA nachzuvollziehen, wie dies seit jeher in Hessen geschieht. Hessen ist in Deutschland Vorreiter der kulturell-sexistischen Apartheid zwischen Mann und Frau.

In den letzten rot-grünen Koalitionsvereinbarungen hieß es: »Die Landesregierung wird den Erkenntnissen der Frauenbewegung bezüglich der Differenz zwischen Frauen und Männern und dem damit verbundenen Wandel Rechnung tragen.« Nach dem hessischen ›Gesetz über die Gleichstellung von Frauen und Männern und zum Abbau der Diskriminierung von Frauen in der öffentlichen Verwaltung‹ gelten als sexuelle Belästigung »unerwünschte sexuelle Annäherungsversuche und Körperkontakte sowie sexuell abfällige oder abwertende Bemerkungen, Gesten oder Darstellungen, die von der betroffenen Person als beleidigend, erniedrigend oder belästigend empfunden werden«. Mit Ausnahme des subjektiven, weder straf- noch disziplinarrechtlich umsetzbaren Tatbestandsmerkmales ›Empfindung‹ ist dagegen an sich

nichts zu sagen. Alles dies ist aber bereits durch einschlägige Strafnormen (zum Beispiel §§ 223, 240 StGB) abgedeckt. Nur diese Strafnormen haben eben für die sexistischen Ideologen den Nachteil, daß der Mann durch diese Norm nicht einseitig ›diskriminiert‹ wird, daß ihm nicht von vornherein quasi unterstellt wird, er sei eigentlich ein böses, keiner Solidarität fähiges Tier, vor dem es gelte, die Frauen zu schützen. Es ist diese gewollte negative Signalwirkung, die das hessische Gesetz so fatal hinsichtlich der Harmonie in der Gemeinschaft macht.

Tatsächlich geht es den feministischen IdeologInnen schon längst nicht mehr um die Gleichstellung von Frau und Mann, sondern um die Besserstellung der Frauen. Wie in den USA mit der Besserstellung von Schwarzen und Frauen (›affirmative action‹, siehe Seite 62 ff.) wird auch in Deutschland eine Ungleichbehandlung des Mannes als »kompensatorische Gerechtigkeit« (Luise Pusch) gerechtfertigt. Mit anderen Worten: Dessen heutige Benachteiligung wird mit der früheren ›Unterdrückung‹ der Frauen, die auf der judeo-christlichen Religion beruhte, gerechtfertigt. Was aber, zum christlichen Teufel, hat Carl-Friedrich Berg mit früher (und heute) an den Frauen begangenen Schandtaten der Kirchen zu tun? Wieso muß Berg heute als Mann für deren frauenfeindliche Untaten Nachteile in Kauf nehmen? Hat Berg jetzt als männlicher Nachkriegsgeborener nicht nur eine Kollektivschuld gegenüber den Juden, sondern auch gegenüber den Frauen?

Nein, er hat weder die eine noch die andere Schuld. Es gibt keine kompensatorische Gerechtigkeit; denn mit ihr werden nur neues Unrecht, neue Ressentiments und neuer Haß geschaffen. Es gibt nur die Gleichbehandlung von Mann und Frau vor dem Gesetz. Und dieses verbietet Frauenquoten, verbietet geschlechterspezifische Privilegien für Frauen, wie sie in Hessen an der Tagesordnung sind. Projekte wie ›Maßnahmen zur beruflichen

Integration von SozialhilfeempfängerInnen‹, ›Förderung von Projekten von wohnungslosen Frauen‹, ›Programme für behinderte Frauen‹, ›Maßnahmen zur Integration von straffälligen Frauen‹ usw. sind schlichtweg verfassungswidrig, wenn es nicht gleichzeitig dieselben Programme für Männer gibt; denn ein behinderter, wohnungsloser oder straffälliger Mann ist genauso viel oder so wenig schutzbedürftig wie eine behinderte, wohnungslose oder straffällige Frau.

Es ist daher auch eine ideologische Schandtat, wenn das rot-grüne hessische Wohnungsbauministerium einen Wettbewerb ›frauengerechtes Bauen‹ mit dem Ziel ausschrieb, Frauen männer-freies Wohnen zu ermöglichen. Man stelle sich das berechtigte Geschrei vor, wenn ein staatlich gefördertes Projekt ›frauen-freies Wohnen‹ für Männer initiiert würde.

Die Existenz der feministischen Ideologie ist vor allem auch das Produkt einer Gesellschaft, die die Menschen einander entfremdet und entsolidarisiert hat. Wenn davon auszugehen ist, daß in der Wolfsgesellschaft Deutschland die Frau immer noch die schwächere ist und sie deshalb der praktizierten, nicht gesetzlich verordneten Solidarität der Männer bedarf, dann müßten die FeministInnen, wenn ihnen wirklich das Wohl der Frauen und nicht nur ihre ideologische Kriegführung am Herzen läge, die entschlossensten VorkämpferInnen zur Umwandlung der heutigen Gesellschaft in eine harmonische Solidargemeinschaft sein, eine Gemeinschaft, die ihre auch gegen die bestehenden Gesellschaftsverhältnisse gerichtete Ideologie zwar überflüssig machen würde, in der aber die für viele Frauen noch besonders schmerzlichen Widersprüche dieser Gesellschaft überwunden sein werden; denn zur nationalen Solidargemeinschaft gehört der Schutz der Frau. Diese Nagelprobe steht allerdings noch aus.

Die feministische Ideologie ist ein absurder Reflex einer absurden Gesellschaft. Tatsächlich waren Frauen in der Funktion der Mütter seit jeher mächtiger als Männer, es sei denn, sie unterließen es zu erziehen. Frauen waren in der Regel durch ihre verfehlte (antiautoritäre) (Nicht)-Erziehung dafür (mit)verantwortlich, daß ihre Söhne und Töchter ohne die Vermittlung von Werten, Kultur und Traditionen einer Solidargemeinschaft heranwuchsen. Frauen haben durch dieses Unterlassen das Entstehen einer Wolfsgesellschaft erst (mit)ermöglicht. Es waren in der Regel Frauen, die unsere heutige verkommene Politikerkaste (nicht) erzogen haben. Es sind in der Regel Frauen, die durch ihre geglückten oder mißratenen Kinder für den Hoch- oder Tiefstand von Kultur und Politik (mit)ursächlich sind. Als erziehende Mütter sind sie vor allem auch die Frauen, die unser aller Zukunft in Händen halten. Und es sind schließlich Frauen, die als FeministInnen sich einer solchen Verantwortung zu entziehen versuchen. Statt für das Ganze wollen sie nur noch für ihre Hälfte Verantwortung tragen – gegen die andere Hälfte.



Gemeinschaft und Ideologie der Menschenrechte

Eines der zentralen Totschlagworte der Feinde nationaler Gemeinschaften ist der schillernde Begriff der ›Menschenrechte‹. Ob der wuselige Norbert Blüm (CDU), Mitglied von ›amnesty international‹, einer anmaßenden supragemeinschaftlichen Organisation , auch nur eine vage Ahnung hat, wovon er eigentlich spricht, wenn er von Menschenrechten faselt.

Die Ideologie der Menschenrechte läßt sich auf vier Prämissen reduzieren:

1. Mensch ist Mensch (Gleichartigkeit),
2. Menschen bilden ein einheitliches Menschengeschlecht (Einheitlichkeit),
3. Jeder Mensch hat gleiche unveräußerliche Rechte (Naturrechtspostulat),
4. Menschenrecht vor Gemeinschaftsrecht (Subsidiarität der Gemeinschaft).

Was oder wer ist der Mensch? Nur ›Homo sapiens‹, wie die Verfechter der Einheit des Menschengeschlechts uns weismachen wollen? Gibt es diese Einheit wirklich? Gibt es eine Gemeinschaft aller Menschen?

Selbst wenn man religiöser Fanatiker ist und in seinem kindlichen Gemüt an den grandiosen göttlichen Schöpfungsakt und nicht etwa an die eher banale Evolutionstheorie glaubt, weiß man, daß der christlich-jüdische Gott Jahwe nach seinem ›Schöpfungsplan‹ nicht die Gleichheit der Menschen, sondern gerade ihre Verschiedenheit wollte. Mehr noch, Jahwe selbst ist, um in der Diktion der manipulierten intellektuellen Plebs zu bleiben, ›Rassist‹ und eindeutiger Anhänger der Apartheid.

Nochmals sei an Nehemia 13, 20 erinnert: »Heilig ist, was gesondert«, »unrein, was vermischt wurde«.

Jahwes Gesinnung würde ihn heute in manchen Kreisen ohne Zweifel als ›Nazi‹ abstempeln. Er schaffte mit dem jüdischen Volk nicht nur das Herrenvolk (sprich: das auserwählte Volk), er stellte auch sich selbst als Herrengott über alle anderen Götter, über die germanischen, römischen oder griechischen. Mehr noch: Er liquidierte sie geradezu durch sein Verbot, andere Götter neben ihm zu haben. Gewissermaßen ein Götterauschwitz.

Also: Nach der judeo-christlichen Ideologie ist keine Rede von Gleichheit der Menschen oder Einheit des Menschengeschlechts. Au contraire.

Und unter dem Aspekt der Evolutionstheorie?

Ist der Nordeuropäer aus Hamburg wirklich mit dem Neger aus Gambia zu vergleichen? Wer Augen hat und sehen kann, der stellt fest, unabhängig von der Pigmentation der Haut, daß häufig die Physiognomie des Negers evolutionsgeschichtlich noch wesentlich näher am Schimpansen ist als die des Nordeuropäers aus Hamburg. Diese Feststellung hat freilich nichts mit Höher- oder Minderwertigkeit, sondern nur mit Andersartigkeit zu tun. Die Andersartigkeit eines Menschen ist ohnehin nicht notwendigerweise gemeinschaftsschädlich, schon gar nicht, wenn es sich um eine bloß physiognomische Andersartigkeit handelt. Entscheidend ist allein sein tatsächlicher Beitrag zur Harmonie und kulturellen Homogenität der Gemeinschaft. Der farbige Deutsche aus Hamburg kann daher sich gemeinschaftsförderlicher verhalten als der weiße internationalistische Multi-Kulti-Freak aus Frankfurt-Bornheim.

Aber die Unterschiede sind nicht nur äußerlich. Zu den morphologischen und anatomischen Differenzen kommen physiologische, pathologische, psychologische und nach neuesten, aber umstrittenen Untersuchungen auch intellektuelle Abweichungen hinzu. Gleiches gilt für im-

munologische, biochemische, hämatologische, drüsenmäßige Unterschiede sowie solche der DNA des Zellkerns und der Mitochondrien. Die Verschiedenheit der Menschen ist also banale evolutionäre Realität, sie unwissenschaftlich zu verleugnen dagegen die ideologische Vorbereitung einer globalen, im Ergebnis genozitären Vermischung, von der, so der schweizerische Anthropologe Gloor, nicht auszuschließen sei, daß sie zum Wiedererscheinen archaischer menschlicher Formen führt – für ›Mutter Erde‹ möglicherweise ein durchaus wünschenswertes Ergebnis.

Der afroamerikanische ›Gelehrte‹ Leonhard Jeffries behauptet, daß ›Weiße‹ gegenüber ›Schwarzen‹ biologisch minderwertig seien. Er lehrt, insoweit zutreffend, daß Weiße unter unzureichender Melaninbildung leiden würden. Dieser Mangel mache sie unfähig, so effektiv zu funktionieren wie andere Gruppen. Ein Grund, weshalb ›Weiße‹ geschichtlich so viele Verbrechen und Greueltaten verübt hätten, sei, daß die Eiszeit ›weiße Gene‹ deformiert habe, während ›schwarze Gene‹ durch ›das Wertesystem der Sonne‹ verbessert worden seien. Jeffries ist nicht etwa nur ein spinnerter, akademischer Exzentriker, sondern war der Vorsitzende der Abteilung für afroamerikanische Studien am City College of New York (CCNY) und Mitverfasser eines umstrittenen multikulturellen Lehrplanes für alle öffentlichen Schulen New Yorks.

Die DNS des Homo sapiens und die des Schimpansen weichen nur 1,6 % voneinander ab, zu 98,4 % haben wir Menschen Schimpansengene. Ist deshalb auch der Schimpanse mit dem (gesunden) Menschen gleichzusetzen? Hat er etwa auch Menschenrechte? Man mag es nicht glauben, aber selbst diese absurde Ansicht wird bereits vertreten. Die UNO möge, so 36 internationale Wissenschaftler und Intellektuelle um den australischen Philosophen Peter Singer, einen Grundrechtskatalog (Recht auf Le-

ben, Schutz der *individuellen* Freiheit, Verbot der Folter) zu Gunsten von Schimpansen, Gorillas und Orang-Utans in ihren Statuten verankern. Ist denn wirklich der Nordeuropäer aus Hamburg mit einem gleichaltrigen Gorilla aus Zaire gleichzusetzen? Und überhaupt: Was sagen Pferd und Ochse zu der Privilegierung von Schimpanse und Gorilla?

Wie verwirrt muß der Geisteszustand dieser ›Intellektuellen‹ sein, daß sie sich selbst mit Menschenaffen gleichmachen.

Es ist eine Sache nachzuweisen, daß Schimpansen sich mit Menschen eingeschränkt per Zeichensprache verständigen können, und daraus, so der Philosoph Peter Singer, den Schluß zu ziehen, daß die Tötung eines Schimpansen schlimmer zu sein scheine als die Tötung eines schwer geistig gestörten Menschen, der keine Person sei, und eine andere (pragmatische) Entscheidung, eine solche Gleichstellung gerade nicht vorzunehmen, weil damit der Euthanasie und allen damit verbundenen Willkürlich- und Unwägbarkeiten wieder Tür und Tor geöffnet würden.

Und schließlich: Ist der Mensch denn nur DNS, nur Gen-Material? Der Mensch ist vor allem Kulturwesen. Der Schimpanse hat keine Kultur. Und der Neger aus Gambia, wenn er nicht gerade in Hamburg gemeinschaftsstörend vor sich hinvegetiert, hatte bisher eine andere (keine notwendigerweise minderwertigere) Kultur als der Nordeuropäer aus Hamburg. Aber gerade dies soll durch die weltweite ›Hollywoodisierung‹ und den ›Information-Super-Highway‹ geändert werden. Ist der Mensch (noch) nicht artgleich gleich, dann machen wir ihn eben gleich, pumpen ihn via TV mit dem gleichen dekadenten Hollywood-Schrott voll, bringen ihn intellektuell möglichst zurück auf Kleinkind- oder besser noch auf Schimpansen-Niveau. Mit anderen Worten: Der Information-Super-Highway ist tatsächlich ein ›Manipu-

lation‹-Super-Highway zur weltweiten Verbreitung der amerikanisch-jüdischen (Un)Kultur, deren Teil die Ideologie der Menschenrechte ist und die zur Zersetzung nationaler, kultureller Gemeinschaften gezielt eingesetzt wird. Gehirnwäsche über die Glotze. Goebbels läßt grüßen.

Hier schließt sich also der Kreis. Wie heißt es doch in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776: »Folgende Wahrheiten erachten wir als selbstverständlich: Daß alle Menschen gleich geschaffen sind; daß sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind; daß dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören; daß zur Sicherung dieser Rechte Regierungen unter den Menschen eingesetzt werden.«

Was für ein blühender Schwachsinn!

Wahr ist selbstverständlich, daß der grandiose ›Schöpfer‹ nach der biblischen Überlieferung die Ungleichheit der Menschen wollte und daß auch die Evolution sie ungleich gemacht hat.

Und diese Erklärung ist noch heute das Fundament der amerikanischen ›Philosophie‹. Erst im Januar 1995 hat sich Clinton in seiner Rede zur Lage der Union wieder ausdrücklich auf sie bezogen. Es ist diese den Individualismus absurd überbetonende und überstrapazierende Erklärung, worauf die heutige gemeinschaftsfeindliche Ideologie der Menschenrechte beruht, nicht etwa jene Philosophie der Menschenrechte der Französischen Revolution von 1789, die weniger individualistisch, weniger universalistisch, kaum ökonomistisch, dafür aber politischer war und dem positiven Begriff des Staatsbürgers eine große Bedeutung zumaß.

Wenn also Mensch nicht gleich Mensch ist und die Gesamtheit der Menschen kein einheitliches Menschengeschlecht bildet, und zwar weder historisch noch ethnisch, dann hat jeder Mensch keineswegs die gleichen unver-

äußerlichen (Natur)Rechte. Woher sollten diese natürlichen Rechte oder Besitzstände auch kommen? Etwa wie der Geist aus der Flasche? Wer sollte ihnen diese ›natürlichen‹ Rechte verliehen haben, wer ihnen ›natürlichen‹ Besitz zugewiesen haben?

Die einzigen Rechte, die der Mensch evolutionsgeschichtlich zunächst hatte, waren die, die er sich selbst nahm. Dies unterschied ihn noch nicht von jedem anderen Tier. Was ihn heute von sonstigen Mitkreaturen unterscheidet, ist, daß er gelernt hat, die Annexion von Rechten oder auch nur die Besitzstandswahrung gruppenkonform einzubinden, quasi in kluger Selbstbescheidung mit einem höheren ›Wir‹ oder einem höheren ›Selbst‹ zu verbinden. »Gemeinsam sind wir stärker!« Dieses zivilisatorisch höhere ›Wir‹ nennen wir Gemeinschaft, während die Wolfsgesellschaft, also das Zurückwerfen des Einzelnen auf sein individuelles Selbst, seine eigene Schwächung und die der Gemeinschaft zur Folge hat. Sie ist, um im Bild der Evolution zu bleiben, gewissermaßen der ›Rückkreuzungsprozeß‹ zum Tier, das sich allenfalls zum Schutz instinktiv zu einem ›Wir‹ verbindet, aber über keine kollektive, intellektuelle Strategie zur Annexion oder Wahrung von Besitzständen verfügt.

Der Mensch in seiner konkreten räumlichen und zeitlichen Situation hat nicht mehr Rechte als jene, die ihm durch sein konkretes Umfeld, sei es eine Gemeinschaft, eine Gesellschaft oder nur die Natur, eingeräumt werden. Eine *gerechte* Gemeinschaft wird ihm so viel Rechte gewähren, wie er und seine Vorfahren sich aufgrund ihrer Abstammung erworben haben und in dem Maße, wie er sich selbst in eine Gemeinschaft assimilieren läßt oder will. Zum Beispiel: Es ist gegenüber Deutschen ungerecht, einen Türken, der weder assimilierungsfähig noch -willig ist, möglicherweise sich auch noch kriminell betätigt, in Deutschland zu belassen, wo er mit einem Deutschen auf dem Arbeitsmarkt konkurriert oder von ihm

über die Sozialhilfe alimentiert werden muß. Für diesen Türken gibt es in Deutschland weder ein *Recht* auf Freiheit, noch ein *Recht* auf körperliche Unversehrtheit, noch ein *Recht* auf Leben, sondern nur die zivilisatorisch selbstverständliche *Duldung* seiner unversehrten Existenz und die allenfalls ungerechte *Duldung* seines Verbleibs.

Es ist gerade diese staatlich geduldete Ungerechtigkeit, die unter Deutschen Haß erzeugt, der sich insbesondere bei jungen Deutschen in Brandstiftung und Totschlag furchtbar entladen hat. Dabei trifft ihr Haß, wie meistens, die völlig falschen. Den Türken ist nicht vorzuwerfen, daß sie die ungerechte gemeinschaftsfeindliche Politik des Viererkartells nutzen oder ausnutzen. Der einzig richtige Adressat des berechtigten und natürlichen Hasses der Deutschen ist das Viererkartell, das diese Zustände nicht nur toleriert, sondern durch Gerede von der Schaffung eines Einwanderungsgesetzes (Süßmuth, Geißler, beide CDU; Schröder, SPD) fördert.

Die Ideologie der »universellen« Menschenrechte (Kohl) bildet, zusammen mit den verwandten multikulturellen und internationalistischen Ideologien, die ideologische Rückzugsposition der gescheiterten 68er, der sozialistischen, christlichen und kommunistischen Bankrotteure. Die antikapitalistischen, antiamerikanischen Recken von einst wurden zu antinationalen proamerikanischen Politgnomen reduziert und verdingen sich jetzt als Lakaien des amerikanisch-zionistischen (Un)Kulturimperialismus, der die über lange Zeitabläufe geschaffenen Gemeinschaften dieser Erde in ihren Existenzen akut bedroht.

Die Konservativen andererseits stehen mittlerweile mit dem Rücken an der Wand. Viele beginnen, in die Anonymität abzutauchen, das Vorstadium zum Untergrundkampf. Eine SPD à la Schumacher, eine nationale Gemeinschaftspartei, existiert nicht mehr, der religiöse SPD-Verschnitt namens CDU/CSU hat maßgeblich dar-

an mitgewirkt, Deutschland und die Deutschen ohne deren Zustimmung in Maastricht zu verschachern, und die FDP ist bestenfalls noch ein verzichtbares Relikt.

Ein früher in konservativen Kreisen Schrecken einflößendes Wort wird plötzlich vertraut wie der einzige noch verbliebene Rettungsring. Das Wort heißt ›Revolution‹. Viele meinen, daß nur eine demokratische Kulturrevolution gegen das volks- und demokratiefeindliche Viererkartell den Weg zurück zur Gemeinschaft ermöglichen würde. Es wäre wohl auch eine Revolution in der besten Tradition der Französischen Revolution – gegen eine quasi feudalistische, omnipotente, korrupte Oligarchie. In dieser Kulturrevolution würde es nicht um den abstrakten Nonsensbegriff ›Menschenrechte‹ gehen, sondern um das konkrete Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung und direkte Demokratie. Sie haben sich dieses Recht über die Jahrtausende verdient. Eines ist gewiß: Im Jahre 2000 wird es keinen Weltuntergang geben, wie uns die christlichen Schwachköpfe wieder einmal glauben machen wollen, möglicherweise aber eine Revolution, falls es uns nicht doch noch gelingt, den Weg zurück zur Nation auf weniger radikale Weise zu finden.

Welche grotesken Folgen die sogenannten Menschenrechte haben und welches Schindluder in diesem Zusammenhang mit den Artikeln 3 und 4 des Grundgesetzes getrieben wird, mag daraus ersichtlich sein, daß sich ausgerechnet die sogenannte Scientology-›Kirche‹, die von vielen Sachkennern als eine der gegenwärtig gefährlichsten Organisationen zur Unterwerfung und Unterwanderung der Völker erachtet wird, auf diese ›Menschenrechte‹ beruft. In einer Millionenauflage hetzten die Scientologen im Mai 1995, daß ihre ›Menschenrechte‹ in Deutschland unter anderen von den Politikern Blüm, Hintze, Gerster und Teufel (CDU) sowie Renke, Rennebach und Walhorn (SPD) verletzt würden, weil diese (zu Recht)

gegen die Machenschaften dieser Organisation aufgetreten sind, eine Organisation, als deren Vermieter im übrigen auch der jüdische Immobilienmogul Ignatz Bubis in Erscheinung getreten ist.

Rechte, die einst zum Schutze des Individuums dienten, werden heute, wie die sogenannten ›civil rights‹ in dem Herkunftsland der Scientologen (USA), systematisch gegen die Menschen und gegen die Gemeinschaften eingesetzt. Es ist daher nicht nur dringendst geboten, sondern seit langem überfällig, Artikel 3 und 4 des Grundgesetzes unter einen doppelten Gesetzesvorbehalt zu stellen, etwa dergestalt, daß

- die darin gewährten Individualfreiheitsrechte nicht mißbräuchlich gegen andere ausgeübt werden dürfen,
- die Interessen der Gemeinschaft, entsprechend dem Gedanken des Artikel 14 Grundgesetz, Vorrang haben.

Einmal mehr wird in diesem Zusammenhang aber auch deutlich, daß nur die Nation die einzelnen Menschen vor solchen mißbräuchlichen Übergriffen wirksam wird schützen können.

Die demokratische Gemeinschaft

Es ist an der Zeit, zu den dreißig Ordnungsmerkmalen der Gemeinschaft zurückzukehren. Diese sind:

	Gemeinschaft	*Gesellschaft*
1.	Konsens/Kompromiß	Klassenkampf
2.	Harmonie	Streit
3.	Homogenität/Konformität	Heterogenität/Nonkonformität
4.	Gemeinschaftsinteresse	Individualinteresse
5.	Gruppenorientierung	Egomanie
6.	Hierarchie	Antihierarchisches Verhalten
7.	Pragmatismus/Realismus	Ideologie/Religion
8.	Kooperation/Konkordanz	Konkurrenz
9.	Assimilation/Integration	Individualismus/Desintegration/Separation
10.	Vertrautheit	Fremdheit/Anonymität
11.	Autorität	Antiautorität
12.	Nationaler Stolz	Nationale Gleichgültigkeit
13.	Seniorität	Juvenilität
14.	Gelehrsamkeit	Jobmentalität
15.	Loyalität/Treue	Illoyalität/Verrat/Intrige
16.	Information	Desinformation/Herrschaftswissen
17.	Solidarität	Kosten-Nutzen-Rechnung
18.	Menschliche Wärme	Menschliche Kälte
19	Ehre	Desavouierung des Ehrbegriffs
20.	Genügsamkeit	Anspruchsdenken
21.	A-Religiosität/Skeptizismus	Religiosität/Gläubigkeit
22.	Demut	Anmaßung
23.	Sein	Schein
24.	Anpassung	Profilneurose
25.	Identität/Traditionen	Identitäts-/Traditionslosigkeit
26.	Höflichkeit	Schnodderigkeit

27. Direkte Industriepolitik (Koordination)	Indirekte Industriepolitik (Steuerrecht)
28. Betriebsgewerkschaften	Fachgewerkschaften
29. Arbeitsliebe	Freizeitliebe
30. Gruppen-/Betriebs-/Produkt-identifikation	Distanz/Indifferenz

Die Gemeinschaft hat einen anderen, höheren Freiheitsbegriff als die westliche Gesellschaft. Neben deren ›zu‹-Freiheiten (siehe Seite 39) hat die Gemeinschaft die ›von‹-Freiheiten als Staatszielbestimmung. Diese sind insbesondere die

- Freiheit *von* Fremdbestimmung (z. B. durch ausländische Lobbys und sonstige politische, ideologische und kulturelle Institutionen des Auslands sowie durch EU und UNO),
- Freiheit *von* Armut,
- Freiheit *von* Furcht (z. B. durch Entsolidarisierung, Kriminalität, Mafia, Natur- und Kulturzerstörung),
- Freiheit *von* Überfremdung,
- Freiheit *von* Manipulation (z. B. durch Verbreitung selektiv-tendenziöser Nachrichtenfiltrate der verordneten ›Mainstream‹-Denkungsart (konforme Denkungsart) und sonstigen Mißbrauch der Pressefreiheit sowie durch ›Hollywood‹, kommerzielle Massenprogramme und Religionen).

Weder Gemeinschaft noch Gesellschaft enthalten konstitutiv das Demokratieprinzip. Tatsächlich sind weder Japan noch Deutschland Demokratien, obwohl sich beide so bezeichnen. Diese Bezeichnung ist jedoch pure orwellsche Neusprache. Schon 1957 schrieb George Orwell in seinem *Selected Essays*: »Jeder, der eine Regierungsform verteidigt, erklärt sie, wie sie auch sei, für demokratisch.« Und T. S. Eliot erkannte bereits 1939: »Erhält

ein Begriff einen weltweit so heiligen Charakter . . ., wie das heute für den Begriff Demokratie zutrifft, so frage ich mich, ob er noch überhaupt etwas bedeutet, wenn er alles bedeutet, was man ihn bedeuten lassen will.«

Bereits im Bonner Grundgesetz ist dieser neusprachliche Schwindel angelegt. In Artikel 20 des Grundgesetzes wird Deutschland als demokratischer Bundesstaat etikettiert. Die sogenannte ›repräsentative Demokratie‹ ist tatsächlich keine Demokratie, keine Volksherrschaft, sondern Parteienherrschaft, also nur »ein Mittel, die Macht zu legitimieren, die Berufspolitiker auf eine passive Bevölkerung ausüben« (Paul Veyne). In Deutschland geht zwar alle Staatsgewalt vom Volke aus (Art. 20 Grundgesetz), aber nur in dem Sinne, daß das zum Stimmvieh degradierte Volk dem Viererkartell die formelle Legitimität durch ›Wahlen‹ verschafft, die damit übertragene Staatsgewalt aber nur dann im Interesse des Volkes ausgeübt wird, wenn dieses Interesse zufällig mit den von dem Viererkartell eigentlich vertretenen Partikularinteressen (Kirchen, Gewerkschaften, Verbänden usw.) identisch ist.

Auch der Begriff ›Wahl‹ ist in diesem Zusammenhang eine dreiste Übertreibung; denn die Deutschen haben, von der Kommunalebene abgesehen, keine Wahl hinsichtlich der sachlichen Inhalte, der politischen Richtung und der persönlichen Vertretung der von ihnen favorisierten Politik. Die einzige ›Wahl‹, die sie haben, ist die Wahl zwischen ohnehin nur auf dem Papier stehenden programmatischen Gesamtpaketen, repräsentiert durch volksferne Parteien. Letztlich bleibt den Deutschen daher nur die ›Wahl‹ einer Partei, von der sie meinen, daß sie für sie das geringere Übel darstellt. Es ist die Wahl zwischen Pest und Cholera.

Ansonsten ist das deutsche Volk in der Lobby- und Telekratie Deutschland entmündigt. Es hat keinen Einfluß darauf, statt in einer Wolfsgesellschaft in einer homoge-

nen, harmonischen Solidargemeinschaft zu leben. Es kann auch nicht selbst verfügen, die Zuwanderungsbewegungen nicht assimilierbarer und häufig krimineller Ausländer aus dem Süden durch die Einrichtung neuer effektiver Grenzsicherungssysteme aufzuhalten. Es ist weder selbst in der Lage, der Verwendung allgemeiner Steuergelder für kirchliche Zwecke Einhalt zu gebieten bzw. die Kirchensteuer abzuschaffen noch der durch Maastricht eingeleiteten Liquidation der deutschen Nation Einhalt zu gebieten. ›Wir sind das Volk‹, und wir sind dennoch nichts in Deutschland.

»Das Volk ist frei geboren, ist frei und liegt doch überall in Ketten«, heißt es schon in der Einleitung von Jean-Jacques Rousseaus *Contrat social.* Seitdem hat sich hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechts des Volkes kaum etwas geändert. Die Allmacht der absoluten Monarchie wurde ersetzt durch die Allmacht des volksfernen Viererkartells und der sie päppelnden Partikularinteressen. Wir, das Volk, sind immer noch ohnmächtig.

Wie können wir dies ändern? Wie gelingt es, die uns von unseren Feinden aufoktroyierte Wolfsgesellschaft abzuschütteln und statt dessen eine homogene, harmonische Solidargemeinschaft aufzubauen? Mit der Unterstützung des korrupten Viererkartells können wir nicht rechnen. Schon nach Kriegsende bezeichnete Karl Jaspers das Bonner Regime nicht als Demokratie, sondern als Oligarchie und mußte sich dafür von Adenauer beschimpfen lassen.

Die Migrationsbombe tickt. Die Maastrichter Uhr zeigt fünf vor zwölf. Und wir, das Volk, wir stehen an der Wand – ausgetrickst durch eine widerwärtige, fremden Interessen dienende Ochlokratie. Was also tun? Der Befreiungsschlag zum Aufbau einer Gemeinschaft kann nur in der Hinwendung zu einer direkten Demokratie nach Schweizer Vorbild bestehen. Die (direkte) Demokratie des Volkes wurde seit jeher von der herrschenden Bonner

Oligarchie dämonisiert, wobei der Dämon meistens das eigene Volk war. Ihm wurde mißtraut. Nachgerade hysterisch reagierte man auf Überlegungen, dem Volk das Recht zur Selbstbestimmung zu gewähren. So auch Theodor Heuss (FDP), späterer Präsident der Bundesrepublik Deutschland, im Parlamentarischen Rat: »Ich warne davor, mit dieser Geschichte die künftige Demokratie zu belasten ... Das Volksbegehren, die Volksinitiative, in den übersehbaren Dingen mit einer staatsbürgerlichen Tradition wohltätig, ist in der Zeit der Vermassung und Entwurzelung, in der großräumigen Demokratie die Prämie für jeden Demagogen und die dauernde Erschütterung des mühsamen Ansehens, worum sich die Gesetzgebungskörper, die vom Volk gewählt sind, noch werden bemühen müssen ...« Entlarvender kann Sprache kaum sein. Es wird nicht nur, wie üblich, das Mittel der Einschüchterung benutzt und der Popanz des Demagogen als Abschreckung bemüht, auch die Entwurzelung des Volkes und mangelnde staatsbürgerliche Tradition mußten herhalten, um dem Volk sein Selbstbestimmungsrecht zu verwehren.

Da dem Demokratieprinzip, insbesondere aufgrund der Erfahrungen des deutschen Volkes mit totalitären Regimen, absoluter Vorrang gebührt, ist es die Verfassung selbst, die den Deutschen ein Recht auf Widerstand gewährt; denn das Demokratieprinzip hat verfassungsrechtlichen Vorrang vor dem Parteienprivileg. Widerstand in der konkreten historischen Situation, in der die deutsche Nation, ohne die Einwilligung des Volkes eingeholt zu haben, vor ihrer EU-Liquidierung steht, kann aber nur der Übergang zu direkter Volksherrschaft bedeuten. Sie ist geradezu ein Verfassungsgebot.

Die Demokratie wird heute nicht von den Massen (José Ortega y Gasset, *The revolt of the masses*), sondern von sogenannten ›Eliten‹ bedroht. Diese läppischen Möchte-Gern-Eliten, mobil und universalistisch, ignorieren ge-

schichtlich entstandene Grenzen von Nation und Heimat. In dem Maße, wie sie sich selbst in ihren internationalen Netzwerken und Enklaven isolieren, lassen sie in Deutschland den Mittelstand zurück, teilen die Nation abermals und verraten die Idee der Demokratie. Deutschland braucht solche Eliten nicht und muß sie entschieden bekämpfen. Was wir brauchen, sind neue Eliten, die tief in unserer Nation verwurzelt sind und sich nicht durch jede, von fremden Interessen erzeugte Windböe entwurzeln lassen.

Die Zeit ist reif für eine Volksherrschaft. Es ist höchste Zeit, den im Grundgesetz, einem besatzungsrechtlichen Relikt der Nachkriegsära, angelegten Konflikt zwischen Demokratie und Parteienprivileg zu Gunsten des Demokratieprinzips aufzulösen.

Demokratie ist die »Anteilnahme eines Volkes an seinem Schicksal«, so Moeller van den Bruck in *Gewissen* (1922). Und er fügt hinzu: »Nicht die Staatsform macht eine Demokratie aus, sondern die Anteilnahme des Volkes am Staate.« Die Demokratie ist nichts anderes als die politische Form, in der die höchstmögliche Zahl von Mitgliedern eines Volkes am öffentlichen Leben mitwirken kann. Die Volkssouveränität äußert sich durch deren Mitwirkung an den Entscheidungsprozessen der Gemeinschaft. Grundlage der Demokratie ist also nicht die ›Gesellschaft‹, sondern die Zugehörigkeit zu einer Schicksalsgemeinschaft. Nur demjenigen gebührt ein Mitentscheidungsrecht, der sein eigenes Schicksal eindeutig und unwiderruflich mit dem Gemeinschaftsschicksal verbindet. Jene also, die es vorziehen, eine Doppelstaatsbürgerschaft zu behalten, schließen sich selbst von jeder Mitbestimmung aus. Gleiches gilt für Personen, die zwar die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten haben, sich aber erkennbar ›fall-back-positions‹ (Rückfallpositionen) offen halten, sei es, weil sie Deutschland nur als ›Ruhe-

raum‹ bzw. ›Wartesaal‹ ausgewählt haben oder weil sich explizit bzw. aus den Umständen ergibt, daß sie ideologisch/religiös mit einer anderen, ebenfalls staatlich organisierten Gemeinschaft verbunden sind und diese trotz der formellen deutschen Staatsangehörigkeit ideologisch/religiös bevorzugen, sich also ein Interessen- und Gewissenskonflikt nicht ausschließen läßt.

In dieser zu errichtenden Demokratie werden die Parteien endlich ihren bisher vernachlässigten Verfassungsauftrag, an der politischen Willensbildung mitzuwirken, erfüllen können. In Vorbereitung auf Plebiszite, die in der modernen, total vernetzenden Informationsgesellschaft technisch problemloser denn je zu realisieren sind, können die Parteien die zur Entscheidung anstehenden Sachthemen mit den Bürgern diskutieren. Ihnen wird also in diesem Zusammenhang die Funktion von Moderatoren verbleiben.

Ein Katalog essentieller, insbesondere die Volkssouveränität, Gemeinschaftsbildung und Kulturerhaltung betreffender Sachthemen und -gebiete, zu denen das Volk obligatorisch per Volksentscheid direkt zu befragen wäre, bekäme, ähnlich wie Artikel 29 Grundgesetz, Verfassungsrang. Hinsichtlich sonstiger Sachthemen und -gebiete bliebe es bei der jetzigen Rechtslage, es sei denn beispielsweise,

- 10 % des Bundestages, oder
- ein Bundesland, oder
- 100 000 Anträge wahlberechtigter Bürger

würden eine Abstimmung durch Volksentscheid beantragen.

Volksvertreter würden zukünftig in Mehrheitswahlen direkt gewählt werden. Das Mehrheitswahlsystem würde bewirken, daß die Abgeordneten von den Parteien unabhängiger werden. Der Wähler hätte andererseits die direkte Möglichkeit, den Abgeordneten mit seiner Stimme zu belohnen oder durch Stimmentzug zu bestrafen.

Starke Persönlichkeiten würden so gefördert werden, statt parteitaktisches, opportunistisches, intrigantes, subalternes Statisten- und Hinterbänklertum über anonyme Listenwahlen zu belohnen oder, wie Helmut Schmidt zur heutigen Situation feststellt, daß »eine kleine Schicht von Leuten, ergänzt um ein paar wenige andere Funktionäre, die Listenplätze untereinander selbst auskungelt und niemand sonst darauf Einfluß hat«.

Parteibuchwirtschaft wäre allgemein geächtet. »Parteipolitische Ämterpatronage führt zu einer allmählichen Zersetzung der Verwaltung, der Rechtsprechung und der Wissenschaft und – wegen der Dominanz des parteipolitischen Machtkalküls – allmählich auch zu einer Zurückdrängung sach- und richtungsorientierten, kreativen und innovativen Denkens in diesen Bereichen«, so zutreffend Hans Herbert von Arnim in *Demokratie ohne Volk.* Gleichzeitig werden die besten des Volkes demotiviert, desillusioniert und an die Seite gedrängt. Die, die eigentlich unser Volk in bessere Zeiten führen müßten, bleiben am Rande, während die Mittelmäßigkeit, äußerst moderat ausgedrückt, regiert. Ämterpatronage aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Partei ist zutiefst leistungsfeindlich und verstößt gegen Artikel 33 Grundgesetz, wonach öffentliche Ämter nur nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung besetzt werden dürfen. Parteibuchwirtschaft führt zur künstlichen Aufblähung der Verwaltungen und damit zur Verletzung des Wirtschaftlichkeitsgebots, dessen Einhaltung durch die Rechnungshöfe zu kontrollieren ist. Sie führt auch zur Verletzung des Prinzips der Unparteilichkeit und Neutralität von Verwaltung, das für die demokratisch organisierten Gemeinwesen von überragender Bedeutung ist. Umgekehrt ist die Existenz von Parteibuchwirtschaft ein Indiz dafür, daß das Demokratieprinzip in einem Staatswesen nicht existiert oder verletzt wird.

Nehmen wir einmal an, wir schaffen noch die Einsetzung einer solchen Demokratie auf deutschem Boden. Nehmen wir weiter an, das deutsche Volk als der dann endlich eingesetzte Souverän wird sich zum Wohle aller Deutschen in seiner ersten von ihm selbst getroffenen Entscheidung für die Abschaffung der Strukturen einer Wolfsgesellschaft und die Schaffung von Verfassungsstrukturbedingungen einer homogenen, harmonischen Solidargemeinschaft entscheiden. Was dann? Das Parteienkartell hat uns Deutschen einen Augiasstall hinterlassen (vergl. ausführlich Berg, *In Sachen Deutschland*). Also werden wir die Ärmel hochkrempeln müssen. Es wird uns nicht schwerfallen; denn eine frische Brise wird durchs Land wehen.

Die kurzfristig durch das Volk zu entscheidenden Maßnahmen könnten beispielsweise folgende Problembereiche berühren:

Plebiszite

O zum Lobbyismus

- Strafbarkeit der aktiven Abgeordnetenbestechung (Geld- und Sachzuwendungen jeder Art),
- Verbot, als gegenwärtiger oder früherer Abgeordneter lobbyistisch tätig zu werden,
- Verbot, als gegenwärtiger oder früherer Abgeordneter für eine ausländische Regierung oder ein ausländisches Unternehmen tätig zu werden,
- Verbot, als ausländischer ›Agent‹ für deutsche Abgeordnete beratend tätig zu werden,
- Verbot, sich als gegenwärtiger oder früherer deutscher Abgeordneter durch ausländische ›Agenten‹ beraten zu lassen.

O zu den elektronischen Medien

- Verbot der Kabeleinspeisung

⇨ von gewaltfördernden oder sexistischen Programmen,
⇨ durch Auslandssender,
⇨ durch Sender, an denen ausländische Beteiligungen bestehen,

– Verbot des Satellitenempfangs,

❍ zum Haushalt

– gesetzliche Pflicht der Regierungen zur Verabschiedung ausgeglichener Haushalte,

❍ zur öffentlichen Verschuldung

– obligatorische Tilgung der Schulden aller öffentlichen Haushalte innerhalb einer festzusetzenden Frist,

❍ zur Gewaltenteilung

– Unvereinbarkeit von Tätigkeit als Abgeordneter und Beamter bzw. Angestellter des Öffentlichen Dienstes (Art. 137 Absatz 1 Grundgesetz),

❍ zum Steuersystem

– Vereinfachungsnovelle
– Anhebung des zu versteuernden Mindesteinkommens,
– Senkung des Spitzensteuersatzes,
– hohe unternehmerische Abschreibungsmöglichkeiten für Forschung und Entwicklung im Bereich Zukunftstechnologien,
– Ausschluß der Abschreibungsfähigkeit von Bestechungsgeldern,

❍ zum Erziehungswesen

– Ausbildungshoheit beim Bund,
– Abschaffung der Gesamtschule,
– staatliche Hochbegabtenförderung und Elite-Ausbildung,

- organisatorische Koordination von Hochschulen und Unternehmen (zum Beispiel praktisches Unternehmens-Pflichtjahr für alle Studenten mit unternehmensnahen Studienfächern),

❍ zum Parteienstatus
- Verbot der öffentlichen Parteienfinanzierung; ausschließliche Parteienfinanzierung durch
  - ⇨ Mitgliederbeiträge,
  - ⇨ steuerlich nicht absetzbare Spenden bis zu einem Höchstbetrag von DM 1.000.-,
- Unvereinbarkeit von Parteimitgliedschaft und Richtertätigkeit (insbesondere auch am Bundesverfassungsgericht),

❍ zum Abgeordnetenstatus
- Verbot des Fraktionszwanges,
- Begrenzung des passiven Wahlrechts auf zwei Legislaturperioden,
- Strafbarkeit der passiven Abgeordnetenbestechung (Geld- und Sachzuwendungen jeder Art),

❍ zur Familie
- finanzieller Ausgleich für nicht vollzeitbeschäftigte Mütter,

❍ zu mafiosen Organisationen
- Einziehung von mafios erworbenem Vermögen (Beweislast-Umkehr zu Lasten des beschuldigten Mafiosi),
- Einsatz der Armee (Grund: Gemeinschaft befindet sich im inneren Kriegszustand),

❍ zur Kriminalität
- personelle Aufstockung der Polizeien (um mindestens 80 000 Beamte),

- personelle Aufstockung der Staatsanwaltschaften,
- Ausschluß außergerichtlicher Einstellungsmöglichkeit von Straftaten (statt dessen bei Kleinkriminalität: Einsetzung von Schnellgerichten, deren Entscheidungen nichtrechtsmittelfähige Endentscheidungen sind),
- Verdoppelung der Gefängnisplätze,
- Ausweitung der Untersuchungshaft,

❍ zur Kirche
- Verbot der Kirchensteuer (Der Staat ist kein Inkassobüro von Religionsvereinen),
- Verbot der Verwendung allgemeiner Steuergelder für kirchliche Zwecke,

❍ zu den Gewerkschaften
- Ersetzung der (horizontalen) Fachgewerkschaften durch (vertikale) Betriebsgewerkschaften, die nicht anachronistische Ideologien, sondern das *gemeinsame* Interesse von Kapital und Arbeit in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeiten stellen,

❍ zu den Rechnungshöfen
- Ausweitung der Kompetenz der Rechnungshöfe (nicht nur Feststellungs-, sondern auch Sanktionsbefugnisse),

❍ zur Industriepolitik
- Förderung der Forschung und Entwicklung von Zukunftstechnologien durch Subventionen und erhöhte Abschreibungsmöglichkeiten,
- Einrichtung einer Bundesanstalt für Wirtschaftsspionage-Abwehr,
- Einrichtung einer Bundesanstalt für Wirtschaftsspionage und Marktentwicklung,
- Auflösung der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ),

○ zum Berufsbeamtentum
- Abschaffung des nicht hoheitlichen Berufsbeamtentums,

○ zur Außenpolitik (siehe Epilog, Seite 171 ff.)
- Österreich-Initiative hinsichtlich Wiedervereinigung,
- Japan-Initiative hinsichtlich
  - ⇨ Freihandelsabkommen,
  - ⇨ militärisches Beistandsabkommen,
  - ⇨ Entwicklung eines gemeinsamen Raumfahrtprogramms,
  - ⇨ Förderung von Projekten zur Zusammenführung hegelscher und konfuzianischer Philosophien,
  - ⇨ umfangreicher Schüler- und Studenten austausch-Programme,
  - ⇨ Anerkennung der jeweils anderen Sprache als Pflichtfremdsprache,
  - ⇨ Förderung von ›Joint ventures‹ auf den Gebieten Hochtechnologie, Raumfahrt, Militärtechnik und Flugzeugbau,
- Rückstufung der EU in Freihandelszone,
- Austritt aus UNO und/oder NATO (entsprechend Frankreich),

○ zum Militär
- Aufstockung des Heeres auf mindestens 750 000
- Schaffung der rechtlichen und technischen Voraussetzungen für eine atomare Abschreckung (entsprechend Frankreich),

○ zum Justizwesen
- Abschaffung der zweistufigen Juristenausbildung,
- Erweiterung der Schiedsgerichtsbarkeit im Zivilrecht,

- zur Begrenzung der Immigration und Rückführung nicht assimilierbarer bzw. -williger Ausländer
  - einjährige, verlängerbare Visa an Personen, die entweder
    - ⇨ mindestens DM 200 000.- in einen Geschäftsbetrieb investieren und dadurch Arbeitsplätze für Deutsche schaffen, oder
    - ⇨ wesentlichen Handel mit Deutschland nachweisen, oder
    - ⇨ aus Mangelberufen kommen (zum Beispiel Krankenschwestern usw.),
  - Maßnahmen zur effektiveren Grenzsicherung zwischen Deutschland und Polen bzw. Tschechien (entsprechend der bereits vorhandenen Grenzsicherungsanlage zwischen USA und Mexiko),
  - Ausschluß der Gewährung jeglicher Sozialleistungen an Ausländer ohne Aufenthaltserlaubnis,
  - sofortige Deportation illegaler Ausländer,
  - sofortige, ungeprüfte Abschiebung von Asylanten, die nicht direkt aus ihrem Heimatland nach Deutschland kommen,
  - sofortige Abschiebung illegaler Asylanten durch Schnellgerichte am Ort der Einreise (die Entscheidung des Schnellrichters hinsichtlich Legalität bzw. Illegalität des Asylgesuchs ist endgültig und nicht rechtsmittelfähig),
  - konsequente strafrechtliche Verfolgung von Unternehmern, die Ausländer ohne Arbeitserlaubnis beschäftigen,
  - kurzfristige Rückführung nicht assimilierbarer bzw. -williger Ausländer in ihre Heimatländer; Kriterien für die Assimilierbarkeit (komparatives Element) wären zum Beispiel die Behandlung der Frauen in der Kultur des Herkunftslandes (Islam) oder auch das Maß der kriminellen Durch-

dringung des Herkunftslandes (Mafia, Triaden usw.). Kriterien für die Assimilierungswilligkeit (voluntatives Element) wären zum Beispiel die erkennbare Bereitschaft, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben,
- grundgesetzliche Klarstellung, daß Deutschland kein Einwanderungsland ist,
- fünfjähriges Einwanderungsmoratorium.

Jeder Insider weiß, daß, Gemeinschaft oder Gesellschaft dahingestellt, die Mehrheit der zuvor aufgeführten Maßnahmen lange überfällig ist, über die Dringlichkeit mancher anderer ließe sich füglich streiten. Aber das saturierte Viererkartell betreibt träge ihr ›Business as usual‹. Auf deutsch: Die Damen und Herren da oben betreiben Politik als Geschäft, nicht als praktizierte Fürsorge, und sie betreiben dieses Geschäft äußerst gewöhnlich. Das Gewöhnliche, nicht das Aristokratische hat in Deutschland obsiegt. Der Straßenmob von gestern, gewöhnliche, zynische Bankrotteure weltfremder Ideologien, haben sich durch die Instanzen an die Macht gehievt. Da sitzen sie nun und ergötzen sich wie Bolle über die Dummheit des Volkes, das sie dahin ›gewählt‹ hat. Was können wir von dieser »überdurchschnittlichen Durchschnittlichkeit« (Kirsch/Mackscheidt), von diesen korrupten Aussitzern, von diesen feigen und bequemen Unterlassungstätern noch erwarten? Nur eines: Die weitere Zuspitzung der Verhältnisse bis hin zur Liquidation unserer deutschen Nation.

Februar 1995: Kohl, Preisträger der rein-jüdischen B'nai-B'rith-Loge, weilt in Washington D.C., der Welthauptstadt der Kriminalität. NBC, ABC und CBS, die drei größten kommerziellen Fernsehsender, zeigen ihn während ihrer abendlichen *Prime-Time-Nachrichten* nur für einige Sekunden im Bild. Man hört ihn nicht. Man ist nicht

daran interessiert, was er zu sagen hat. Was hat Kohl schon zu sagen!? Man hört aber den Trilateralisten Clinton. Er spricht, vor den deutschen Fahnen im Hintergrund, nicht etwa über das deutsch-amerikanische Verhältnis, sondern über den U.S.-Baseball-Streik. Das war's zum deutsch-amerikanischen Gipfeltreffen. Bismarck wäre das nicht passiert.

Am Ende dieses Buches wird der aufmerksame Leser festgestellt haben, daß, wie wir alle, auch sein Verfasser Opfer des Zwanges zu orwellscher ›Zwiesprache‹ ist. Tatsächlich gibt es, wie Botho Strauß zutreffend feststellt, keine freie Rede und Gegenrede mehr, »sondern in erster Linie Probleme krankhafter Reizbarkeit – offenbar der letzte Lebensnerv eines im übrigen eiskalten und indifferenten Öffentlichkeitsbetriebes«. Die ›Meinungsfreiheit‹ ist zu einem Papiertiger geworden.

Das Viererkartell hat ein dichtes Netz strafrechtlicher Vorschriften geknüpft, die die Verkündung des freien, offenen Wortes zu einem risikoreichen Unterfangen machen. Trotz der ethischen Verpflichtung, »die Dinge beim Namen zu nennen« (Karl Jaspers), mußte daher vieles ungesagt bleiben und kann, wie in allen totalitären oder quasitotalitären Systemen, nur zwischen den Zeilen gelesen werden. Allein die Tatsache, daß das Viererkartell und die sie tragenden Partikularinteressen ein solches Netz repressiver politischer Strafvorschriften benötigen, beweist einmal mehr, daß sie die Stimme des Volkes, sein Erwachen und Aufbegehren fürchten. Die entsprechenden Vorschriften, die auf Grund unbestimmter Rechtsbegriffe (›Beschimpfung‹, ›öffentlicher Friede‹ usw.) willkürliche Gesinnungsjustiz begünstigen, beschränken die Meinungsäußerungsfreiheit des Volkes auf demokratisch nicht gerechtfertigte Weise, sind durch ihre bloße Existenz selbst Störer des öffentlichen Friedens, darüber hinaus aber auch eine besonders subtile Form staatli-

cher Unterdrückung skeptischen Denkens. Nur ein schwacher, ängstlicher Staat benutzt dieses Maß strafrechtlicher Repressionen, nicht aber ein gerechter Staat, der sich an der Seite seines Volkes weiß.

Für das deutsche Volk ist wichtiger denn je, seine Freunde und Feinde zu erkennen. Dazu sollte dieses Buch einen Beitrag leisten. Eine noch deutlichere Sprache war, obwohl ethisch geboten, rechtlich nicht möglich.

Epilog: Deutsche Außenpolitik zwischen EU und UNO

Seit der Sozialdemokrat Ernst Niekisch im Jahre 1925 seine mit den Ideen des Hofgeistmarkreises der Jungsozialisten verwandte Schrift zu den *Grundfragen deutscher Außenpolitik* veröffentlichte, hat sich an der außenpolitischen Konstellation Deutschlands nichts Wesentliches geändert. Wenn Niekisch vom Völkerbund spricht, sitzt den Völkern heute die UNO unter Führung der USA Inc. im Genick. Wenn Niekisch von Kontinental- oder Paneuropa spricht, werden heute alte europäische Völker von dem Monstrum EU mehr und mehr entmachtet. Aber ansonsten: Die Entwicklung Deutschlands wurde durch Hitler, die Besatzer und ihre deutschen Satrapen bis heute erfolgreich angehalten. Es gibt daher keinen Grund, sie nicht endlich im Sinne des Klassikers von Niekisch fortzusetzen. »Es scheint notwendig«, so Niekisch in seiner Vorbemerkung, »die Bedenken gegen die verhängnisvolle Bindung Deutschlands an die Westmächte zu stärken, das Mißtrauen gegen die Nutznießer ... der deutschen Ohnmacht aufs äußerste zu steigern ... Wir fürchten, daß wir heute die Freundschaft der Westmächte mit der selbständigen Existenz Deutschlands überhaupt bezahlen müßten.« Der Zweck der Schrift sei es, vor solch lebensgefährlichen Freundschaften laut und nachdrücklich zu warnen.

Deutsche Außenpolitik müsse, so Niekisch, von der Realität ausgehen, daß das Volk die Zugehörigkeit zum Staate ungleich bedeutsamer und lebenswichtiger empfinde

als eine wie auch immer geartete internationale Klassensolidarität. Eine Außenpolitik, die mit dem wirklichen Vorhandensein einer internationalen Klassensolidarität allen Ernstes rechnete, ... schritte in den leeren Raum hinaus und müßte, da sie den Boden unter den Füßen verlöre, an der harten Realität der Tatsachen zerschellen. Der Gang der Dinge verliefe ganz unabhängig von ihr, unbeeinflußt durch sie und, als Rache für ihre Verachtung der Wirklichkeiten, feindselig gegen sie. Bismarcks erfolgreiche Außenpolitik, die darin bestanden habe, daß er einzigartige Möglichkeiten einer ungewöhnlichen Weltlage rechtzeitig erkannt und geschickt ausgenützt habe, sei ohne den Rückhalt eines wohlausgebildeten, schlagfertigen Heeres nicht möglich gewesen. Jeder Staat bedürfe der Mittel, um sich zu erwehren. »Nur als Militärstaat vermag Deutschland ein starkes staatliches Dasein zu führen. Entbehrt es des Heeres, dann werden nicht nur seine einzelnen Länderteile auseinanderstreben, sondern dann wird es zum Spielball fremder Mächte; deren Zugriffe werden um so dreister, je sicherer sie sein dürfen, keiner ernsthaften abschrekkenden Abwehr zu begegnen.« Deutschland sei, so Niekisch, keine Art größerer Schweiz. Deutschland ist zu groß als Land und Volk, steht zu sehr inmitten des Weltgetriebes, hat zu viel in ihm verschlossene, nach Entfaltung drängende Möglichkeiten, als daß ihm die staatliche Unbedeutendheit der Schweiz angemessen sein könne. Es habe zu viel Eigengewicht, um nicht von den Nachbarn mit Mißtrauen betrachtet zu werden; es habe zu viel Gehalt, um nicht aufstrebende Staaten zu verführen, sich daran zu bereichern, wenn das gefahrlos geschehen könne. Die (militärische) Verschweizerung Deutschlands sei die erste Stufe seines unaufhaltsamen Verfalls. »Die Welt starrt, mit Ausnahme Deutschlands, in Waffen; noch weitere Entmachtung Deutschlands bedeutete die Vernichtung. Das naturgemäße Betätigungs-

feld des Pazifismus liegt heute jenseits der deutschen Grenzen.‹ ›Sich in den Dienst der Erneuerung der Wehrhaftigkeit zu stellen, ..., verrät nicht Willen zum Krieg, zur Revanche, sondern bekundet lediglich den Willen zu staatlicher Selbsterhaltung. Nur wer dem Staat gibt, was er braucht, um seinen Fortbestand gegen alle Angriffe von außen sichern zu können, ist berufen, ihn zu regieren, ihn zu beherrschen; nur ihn duldet der Instinkt des Volkes am Ruder des Staates.«

Was aber tut das Viererkartell? Es rüstet, auf Betreiben der ›Liberalen‹, nicht nur numerisch, sondern auch geistig ab. Das Produkt der geistigen Abrüstung sind öffentliche Erklärungen der Bundeswehrspitze, die diese eher für einen Lehrstuhl für Soziologie oder Pazifismus qualifizieren dürften, keinesfalls aber für die Führung einer deutschen Streitmacht, es sei denn, es handele sich um eine reine Operettenarmee. Der Somaliaeinsatz ließ diesen Schluß möglicherweise zu.

»Kein europäischer Staat wünscht die Wiederkehr eines starken Deutschland. Frankreich, England und Rußland hatten den allmählichen Zersetzungsprozeß des alten Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation durch offene und unterirdische Eingriffe unterstützt, vor 1870 hatten sie die neuen Einigungsbestrebungen nach Kräften gehemmt.« Haben sich die Konstellationen geändert? Mitnichten! Noch auf dem Sterbebett der DDR versuchten Mitterrand, Kohls Busenfreund, und Thatcher die Vereinigung Restdeutschlands zu verhindern. Chirac, kaum als Mitterrands Nachfolger im Amt, nimmt die Atomtests im Pazifik wieder auf, während Frankreichs NATO-unabhängige Atomraketen weiterhin auf Deutschland gerichtet sind. Nur die Einfältigsten werden verkennen, daß diese hegemoniale Pose Chiracs vor allem in Richtung Deutschland zielt. Und dennoch will Kohl in der EU weiterhin vereinigen, was nicht zu vereinigen ist. Da man an seinem Verstand nicht zweifeln sollte, ist

davon auszugehen, daß Chirac und Kohl hinsichtlich Deutschland deckungsgleiche Pläne haben. . . .

Ziel der Zersetzungspolitik, so Niekisch, sei »die Balkanisierung Deutschlands; in den deutschen Ländern gibt es Kräfte genug, die sich von der Annäherung an dieses Ziel Vorteile versprechen«. »Das also ist die Situation, innerhalb der Deutschland Politik machen soll: es ist ohnmächtig nach außen, zerrissen im Inneren und steht einer Welt gegenüber, die den Fortbestand der deutschen Ohnmacht erhalten und die Zerrissenheit noch vertiefen will.« Auch insoweit hat sich also nichts geändert.

Die paneuropäische Ideologie (sprich: Maastricht-Ideologie) wirke sich ». . . lediglich als eine Art seelenfängerische Überredung aus, die den Zweck verfolge, der französischen Vorherrschaft in Europa die innerliche und freiwillige Zustimmung der Nichtfranzosen zu gewinnen«. »Im Gewande Paneuropa (sprich: EU) verhüllen sich einerseits der französische Machtwille, andererseits die deutsche Müdigkeit des nationalen Selbstbehauptungsdranges, die deutsche Preisgabe, die deutsche Geneigtheit zum Sichabfinden mit dem anscheinend Unabände lichen.«

Die Idee des Völkerbundes (sprich: UNO) sei ähnlicher Natur. Sie erlaube in ihrer Unbestimmtheit jedem, sich darunter vorzustellen, was er sich immer vorstellen möge. Der Pazifist denke an den ewigen Frieden, der Sozialist an Völkerverbrüderung, der Demokrat an Völkervereinbarung und Völkerverständigung, der Katholik an die geeinte Menschheit. Tatsächlich aber sei sie ein »Akt selbstmörderischer Erdrosselung« des nationalen Lebenswillens.

Ständig wacher, immerdar brennender, wenn auch aus Zweckmäßigkeitsgründen vorerst verhaltener Oppositionswille gegenüber den Westmächten müsse Deutschlands Politik werden. Diese Politik führe vom Völkerbund (bzw. von der UNO) immer weiter weg. Die Glut

dieses Oppositionswillens müsse sich mit der Zähigkeit der Geduld verbinden. Nachdem Mitterrands direkte Interventionen zur Verhinderung der Vereinigung Restdeutschlands gescheitert waren, blieb ihm als letzte Trumpfkarte, neben seinen NATO-unabhängigen Atomraketen, ›nur‹ noch die Maastricht-EU. Dafür hatte er mit Kohl auf deutscher Seite einen willigen Kollaborateur.

Was bedeutet nun diese EU beziehungsweise dieses Paneuropa (Niekisch) für Deutschland und die Deutschen?

Das deutsche Volk stöhnt und ächzt unter den Reparationszahlungen an die EU, während die fetten Brüsseler, Luxemburger und Straßburger Blutsaugerclans es immer mehr anzapfen, gierigen Hyänen gleich, die zänkisch am Fleisch Deutschlands nagen und zerren.

Die EU ist ein Hort des mißgünstigen Streits. Die ›Oliven-Connection‹ unter Führung Spaniens hintertrieb zum Beispiel die Aufnahme Österreichs, Norwegens, Schwedens und Finnlands, immerhin jeder ein Mini-Nettozahler, weil jener Kuckuck argwöhnisch darauf schielt, daß seine gebündelte, eigennützig gegen den Rest ausspielbare Vetomöglichkeit durch die aufnahmebedingte Änderung der Stimmenverhältnisse in einem künftigen EU-Rat verlorengehen könnte.

Betrugen die Brutto-Beiträge Deutschlands im Jahre 1987, also vor der Vereinigung, noch 10 Milliarden Mark, betragen sie im Jahre 1993 bereits rund 38 Milliarden Mark, also knapp das Vierfache, obwohl Deutschland auf der Wohlstandsskala in derselben Zeit durch die Vereinigung von dem zweiten auf den siebten Platz zurückgefallen ist. Deutschland trug damit allein knapp 28 % des 136 Milliarden Mark umfassenden Gemeinschaftshaushalts. Im Jahre 1994 wird der Mitgliedsbeitrag bereits 44,5 Milliarden Mark betragen, so Theo Waigel.

Bereits im Jahre 1997 sollen die Reparationszahlungen Deutschlands rund 52 Milliarden Mark betragen, also in nur vier Jahren nochmals rund ein Drittel mehr.

Entsprechend verhält es sich bei den Nettobeiträgen, also den Beiträgen, die nach Abzug der Einnahmen von einem Mitgliedsstaat netto gezahlt werden. 1990 lagen diese nach Angaben der Deutschen Bundesbank bei netto 11 Milliarden Mark, 1992 schon bei 22,3 Milliarden Mark, und 1994 werden nach dem Finanzbericht des Bonner Finanzministeriums voraussichtlich 31,2 Milliarden Mark erreicht werden. Das ist fast eine Verdreifachung innerhalb von vier Jahren! Zum Vergleich: Der Betrag für 1994 entspricht in etwa dem gesamten 7,5 %igen ›Solidaritätszuschlag‹, der ab 1995 jährlich von den deutschen Steuerzahlern aufzubringen ist. Er ist fast so hoch, wie das jährliche Sozialprodukt der deutschen Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft zusammen ausmacht. Ohne die massiven Abflüsse an die EU wären die Defizite im Bundeshaushalt und in der deutschen Leistungsbilanz so gering, daß sie, anders als heute, kein großes Problem darstellen würden. Dies aber verschweigt das Viererkartell geflissentlich. Nach dem Bericht des EG-Rechnungshofes waren die Nettoleistungen im Jahre 1992 zum Vergleich folgende:

- Deutschland 22,0 Milliarden Mark
- Großbritannien 4,6 Milliarden Mark
- Frankreich 2,8 Milliarden Mark
- Niederlande 1,7 Milliarden Mark
- Italien 1,0 Milliarden Mark

Der »Zahlmeister Deutschland« (Helmut Schmidt) zahlte also bereits im Jahre 1992 mehr als das Zweifache der sonstigen Nettozahler insgesamt (10,1 Milliarden Mark). Diese Schere klafft bereits heute noch wesentlich weiter auseinander. Alle anderen Länder erhalten bei der EU-weiten Umverteilung ohnehin mehr aus dem Topf,

als sie hineinzahlen. Jeder Deutsche zahlt zur Zeit an das Maastricht-Europa jährlich DM 400,-, jeder Brite DM 80,-, jeder Franzose DM 50,- und jeder Italiener DM 17,-. Alle anderen empfangen nur.

Die Europäische Kommission und der EU-Rechnungshof in Luxemburg verweigerten seit jeher die Veröffentlichung von Tabellen und Statistiken über die umstrittene Frage der Nettozahler und -empfänger mit dem fadenscheinigen Argument, daß die komplizierte Umverteilung der Finanzen es unmöglich mache, Einnahmen und Ausgaben objektiv unter den Mitgliedern gegenzurechnen. Die Wahrheit ist, daß die Deutschen nicht erfahren sollen, welche Leistungen sie tatsächlich erbringen, nämlich nach einer Kalkulation des Wirtschaftsexperten Wolfram Engels (Herausgeber der *Wirtschaftswoche*) nicht ›nur‹ 31 Milliarden Mark netto im Jahre 1994, sondern sogar 35 bis 40 Milliarden Mark netto. Absurde Quintessenz: Deutschland muß sich im Ausland verschulden, um seine Reparationszahlungen an das Ausland zahlen zu können. Und das Schlimmste: Vor der Tür warten mit Ungarn, Polen, Tschechei und Slowakei weitere Habenichtse, die ebenfalls so schnell wie möglich an die ausgemergelten Zitzen der ›Melkkuh Deutschland‹ wollen. Selbst die Türkei, das Schwert des Morgenlandes, will, o Graus, des Mammons wegen in die abendländische EU.

Ein EU-Profiteur par excellence ist Luxemburg, das 1993 bei weitem das höchste Pro-Kopf-Einkommen erreicht hat, gleichzeitig aber die zweithöchsten Netto-Beiträge pro Kopf erhält. Dieses Luxemburg, ein Minivölkchen von 400 000 Einwohnern, dessen Armee kaum größer ist als Chicagos Feuerwehr, das über den Sender *RTL* mittels gewaltverherrlichender und frauenfeindlicher Filme mithilft, unsere Jugend zu vergiften und zusätzlich durch sein Bankensystem dem deutschen Fiskus jährlich Milliarden-Beträge an Steuergeldern entzieht, die-

ser Prototyp eines Nassauerstaates wird im zukünftigen Rat der EU zwei Stimmen haben, während das 80-Millionen-Volk der Deutschen, ausgeplündert und mißbraucht, nur zehn Stimmen haben wird. Und darüber hinaus stellt dieser Staat, dessen Fläche kaum größer als Chicagos Hauptfriedhof ist, mit Jacques (›Hänschen‹) Santer den Präsidenten der EU-Kommission – von Kohls Gnaden.

Das Viererkartell sanktioniert die Ausplünderung Deutschlands mit der stereotypen Standardformel, die Deutschen würden am meisten von der EU profitieren. Die Deutschen? Dieses Argument ist so unwahr wie die Aussage des Galinski-Preisträgers von Weizsäcker, die Deutschen hätten die Türken ins Land geholt. Wir? Die Deutschen? Oder nicht etwa die Egal-Wie-Profit-Maximierer? Im übrigen profitieren auch die deutschen Unternehmen mittlerweile nicht mehr als die der anderen Mitgliedsstaaten; denn inzwischen exportiert jedes Land etwa 70 % seiner Ausfuhren in den jeweiligen Rest der EU und überweist weitaus weniger nach Brüssel oder bekommt sogar noch weitaus mehr Geld zurück. Gibt es irgendeinen Grund für die Deutschen, diese maßlose Ausplünderung noch weiter zu erdulden? Gibt es einen Grund, den massiven Kriminalitätstransfer vor allem aus Italien noch weiter zu tolerieren? Kann es ein obsoleteres System als die EU geben?

In Brüssel verdingen sich 22 000 EU-Bedienstete. Über 700 von ihnen verdienen mehr als der deutsche Bundeskanzler. Die durchschnittliche Pension der EU-Rentner beträgt 9 000 Mark. Alles dies finanzieren wir mit unseren Steuergeldern. Die hochbezahlten Euro-Beamten pendeln scharenweise unter einem ungeheuren Kostenaufwand ständig zwischen Straßburg, Luxemburg und Brüssel hin und her, in einer Vereinheitlichungsmanie damit beschäftigt, unter Verletzung des Demokratieprinzips und des Grundsatzes der Subsidiarität die Völker

mit einer Flut mehr oder minder schwachsinniger Richtlinien zu traktieren. Seit Jahrzehnten sind sie damit befaßt, das potemkinsche Dorf Europa zu errichten. »Da liegt Europa! Wie sieht es aus? Wie ein bunt angestrichenes Irrenhaus«, so urteilte bereits Kurt Tucholsky über Europa. Ist es nicht an der Zeit, diesen institutionalisierten Schwachsinn zu beenden und ihn auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen? Sind wir dies unserem Volk und der Zukunft unserer Kinder nicht schuldig, unseren Bauern, Arbeitern und Mittelständlern, uns allen?

80 % der Agrarsubventionen gehen an 20 % der europäischen Bauern, die mehr als 50 % des Ackerlandes besitzen. Die europäische Agrarpolitik, die weniger Überschüsse produziert, wurde erkauft mit einer wahnwitzigen Bürokratie. In riesigen Datenspeichern wird, um die Einhaltung von Stillegungsverpflichtungen zu kontrollieren, jedes einzelne Flurstück in Europa erfaßt und auf seine Verwendung hin mit Satellitenfotos überwacht. Jedes Rind erhält einen für ganz Europa gültigen Paß. Jeder Bauer ist den Behörden mit betrieblichen und persönlichen Daten bekannt, deren Verwendbarkeit jedem Datenschutzgedanken Hohn spricht. Orwell läßt grüßen. Mit der Brüsseler Vereinheitlichungsmanie werden gewachsene Strukturen zerstört. Mit dem durch Brüssel forcierten Trend zu immer größeren, zentralisierten Einheiten wird der ländliche Raum ausgetrocknet und mit ihm regionale Kultur und Gebräuche, die das Gesicht einer Region als Teil einer Nation prägen. Mit ihnen wird der deutsche Bauernstand im althergebrachten Sinne allmählich zerschlagen und mit ihm einer der Stützpfeiler unserer Nation.

Schon 1997, spätestens jedoch 1999, soll die D-Mark abgeschafft und durch das Esperanto-Geld Franken (statt: ECU) ersetzt werden. Dann droht den deutschen Sparern ein ungeheurer Aderlaß: jedes Prozent mehr an

Euro-Inflation vernichtet 37 Milliarden Mark deutschen Geldvermögens pro Jahr. Deutsche Gold- und Devisenreserven werden mit der Entmachtung der Deutschen Bundesbank an die neue Europäische Zentralbank ausgeliefert werden. Renten, Pensionen und Lebensversicherungen werden dann in weichem Franken statt in harter D-Mark ausgezahlt werden. Schon jetzt wird hinter verschlossenen Türen an den neuen Banknoten gearbeitet, auf denen nach einem Vorschlag des Frankfurter Ex-Oberbürgermeisters von Schoeler die Konterfeis der jüdischen Geldmonarchie Rothschild abgebildet sein sollten.

Die Deutschen werden noch ihr blaues Wunder erleben.

Niemand kann voraussehen, was das europäische Zwangs- und Monopolgeld morgen wert sein wird. Es drohe eine gigantische Kapitalflucht aus Deutschland, so Wilhelm Hankel, Professor für Währungspolitik an der Universität Frankfurt. Die Fluchtwährung wird einmal mehr der US-Dollar sein. Je mehr »irreversible« (Kohl) EU-Fakten geschaffen wurden, desto mehr wird der Fluchtmechanismus in die momentan noch künstlich am Boden gehaltene US-amerikanische Illuminatenwährung einsetzen. Tatsächlich ist die Einführung des Franken das gigantischste Hilfsprogramm zur Aufwertung des US-Dollars. Muß der Franken daher nicht zwangsläufig ein Lieblingskind des US-amerikanischen Federal Reserve Board (siehe Seite 122) sein? Wem dient also die Abschaffung der deutschen Mark, des französischen Franken oder des britischen Pfundes wirklich? Etwa den europäischen Völkern oder nicht viel wahrscheinlicher den Weltregierungsplänen der Rothschilds und Rockefellers? Ist die momentane Dollar-Schwäche, die von spekulativen Kräften gegen alle ›fundamentals‹ (z. B. Kaufkraftvergleich) künstlich herbeigeführt wurde, etwa nur eine Finte zynischer, machtbesessener ›Global Players‹, um uns mög-

lichst lange über den kommenden ›Big Bang‹, der die Illuminatenwährung abheben lassen wird, hinwegzutäuschen?

Bedingt durch die EU, befinden sich die deutschen Außengrenzen jetzt nördlich der Sahara. Die geschichtlichen geographischen Pufferzonen (Spanien, Portugal, Frankreich, Italien, Griechenland, ›Jugoslawien‹) sind weggefallen. Schon fordert Spanien erhöhte Beiträge für die Sicherung der Grenzen nach Marokko, Algerien und Tunesien, um die fundamentalistisch-islamistische Migrationsbombe zu entschärfen. Natürlich ist das nur ein Vorwand, um vor allem auf Kosten Deutschlands noch mehr Geld einzusacken; denn die Grenzen nach Afrika sind kaum zu sichern, wohl aber die früheren, ohne Not aufgegebenen Grenzen Deutschlands, zumal, wenn wir die hanebüchenen Reparationszahlungen an die EU in den Ausbau eines eigenen, effektiven Grenzsicherungssystems investieren könnten. Der Standort Brüssel boomt mit unseren Reparationszahlungen, der Nassauerstaat Luxemburg floriert, und gleichzeitig verliert der Standort Deutschland, darben immer größere Teile unseres Volkes, steigen die Arbeitslosenzahlen, hat die Selbstbedienungs-Mentalität des Viererkartells kaum faßbare Ausmaße angenommen.

Das Viererkartell weiß aus etlichen Umfragen, daß die Deutschen, das ›ewig gestrige Volk‹, einer Mitgliedschaft in der EU nicht zustimmen würden. *SAT 1* veranstaltete im Mai 1994 eine Spontanumfrage unter ihren Zuschauern, ob diese einen gemeinsamen Bundesstaat Europa oder ein Europa der Vaterländer vorziehen würden. Nur 19,8 % der Anrufer waren für einen Bundesstaat, dagegen 72,9 % für ein Bündnis unabhängiger Staaten. 7,3 % konnten sich nicht entscheiden. Es steht zu erwarten, daß das Volk insgesamt kaum anders entscheiden würde. Es gibt nicht den geringsten Zweifel: Die Bonner Oligarchie betreibt mit der Zwangsintegra-

tion der Deutschen in die EU den Verkauf ihres eigenen Volkes. Nicht Demokratie, die ›Diktatur der Politik‹ hat obsiegt.

Die Abtretung Deutschlands an die EU, sanktioniert durch Artikel 23 des Grundgesetzes, die Vorenthaltung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes sind ein staatsstreichähnlicher Akt der herrschenden Parteienkaste von CDU/CSU, SPD und FDP Sie werden im Volk als eine Verschwörung von oben gegen eben dieses empfunden. Die Existenz Deutschlands wird sukzessive liquidiert, ohne das deutsche Volk gefragt zu haben, ob es sein Haus niedergerissen sehen will.

Tatsächlich ist die Abtretung der Souveränität eines ganzen Volkes, ohne dieses selbst gefragt zu haben, nach dem Empfinden vieler Deutscher das schlimmste an einem Volk begehbare Unrecht.

Tatsächlich scheinen die Deutschen in einer geschichtlichen Phase zu leben, in der es nach dem Empfinden vieler darum geht, eine scheindemokratische Oligarchie, die sich anzuschicken scheint, eine ganze Nation zu liquidieren, dem Willen des Volkes zu unterwerfen.

Aber wie unter den ›Nazis‹ halten die Deutschen wieder einmal still – bis jetzt.

Die EU ist bereits tot, nur deren senile Protagonisten haben es noch nicht gemerkt, oder schlimmer, päppeln noch die scheinlebendige Leiche. »Maastricht«, so der französische Philosoph André Glucksmann, »war nur noch der alte aufgeblasene Traum, wie man Deutschland einbinden und fesseln kann, zugleich ein Ausdruck des Narzismus der alten Generation, daß alles weiterhin so bleiben muß, wie es in den vergangenen dreißig Jahren war.«

Die Deutschen aber wurden dressiert, die Nation als etwas Gestriges, Negatives und Rückschrittliches zu verstehen. Als bedeute es nicht Zukunft, sich ein Haus zu bauen, in dem man leben will, oder ein bestehendes Haus

zu beschützen. Die Deutschen müssen wieder lernen, als Volk eine Familie zu sein, als solche zu denken und zu handeln. Die Nation ist das Haus dieser Familie. Sie ist etwas Positives, solange dieses Haus nicht als Festung ausgebaut und von dort aus Nachbarn nicht attackiert werden. Aber wer will dies? Gewiß nicht das deutsche Volk.

Die EU dagegen wird ad infinitum eine Geldmonarchie bleiben. Die Monarchen heißen Rothschild und Co.; sie, die früheren Financiers absoluter deutscher Monarchen und Zinsknebeler des einfachen Volkes, sind die von dem Viererkartell liebedienerisch bedienten Monarchen von heute. Und der Ex-Oberbürgermeister von Frankfurt am Main, ein Mitglied der SPD, die in grauer Vorzeit einmal das einfache Volk vertrat, kann ungestraft vorschlagen, diese Geldfürsten sollten EU-Geld mit ihren Konterfeis ›zieren‹. Wie passend! Quod erat demonstrandum.

Die EU ist wie die UNO ein trilateralistisches Vehikel auf dem Weg zu einer durch ›internationales‹ Monopolkapital beherrschten, zionistisch beeinflußten Weltregierung. Kontrolle und Fremdbestimmung der Völker ist ihr Zweck. Deshalb werden kulturell und ethnisch inkompatible Nationen unter dasselbe Joch gezwungen und allmählich mit Hilfe Hollywoods gleichgeschaltet, hier in Europa von Portugal bis zukünftig Polen, in Amerika von Kanada bis zukünftig Chile und in Südostasien. Am Ende wird dann nur noch eine Verschmelzung der verbliebenen, kulturell gleichgeschalteten Blöcke erfolgen.

Deutschland ist auf Betreiben des Viererkartells in ein dichtes lobbyistisches und vertragliches Beziehungsgeflecht mit der inhomogenen, von Interessengegensätzen paralysierten EU eingebunden worden. Die vollmundige Erklärung von Kohl und Co., es gelte, den Weg nach Europa ›unumkehrbar‹ zu machen, klingt angesichts dessen eher wie das ängstliche Rufen im dunklen

Wald. Angst wovor, Angst vor wem? Ist es die Angst des Viererkartells, politisch erwachsen zu werden? Ist es die Angst, eine eigene Identität zu entwickeln und die derivative Identität abzulegen? Ist es gar die Angst vor dem eigenen, größer und fremder gewordenen Volk? Ist es die Angst, für die mit der Vereinigung neu entstandene Nation Verantwortung zu übernehmen?

Die EU ist eine Zwangsvereinigung à la Jugoslawien, die gerade erst gescheitert ist. Hätte die Völkergemeinschaft die nationalen Eigenständigkeiten der Völker des Balkans früher aktiv unterstützt und gefördert, wäre dem Südosten Europas vieles erspart geblieben. Warum also dieselben historischen Fehler nochmals begehen, wenn die einzigen, die daran Schaden nehmen, nur die Völker und nicht die europäischen Geldmonarchien sein werden? Ziel einer konstruktiven Europapolitik muß es daher sein, ein Friedensbündnis freier, selbstbestimmter Staaten zu schaffen, in dem sich nicht nur die EU- und EFTA-Staaten, sondern alle europäischen Staaten unter einem Dach zusammenfinden. Die EU aber muß wieder zu einer Freihandelszone gesundschrumpfen.

Weder die Maastricht-EU noch die UNO sind mit den ›Grundlagen der Außenpolitik‹, so wie sie von dem Sozialdemokraten Niekisch in klassischer Weise formuliert wurden, vereinbar, und die sozialdemokratischen EU-Parasiten, die sich ihre Nichtsnutzigkeit in höchstbezahlten, gemeinschaftsfeindlichen EU-Ämtern fürstlich entlohnen lassen, sollten sich schämen, an den Machenschaften gegen das eigene Volk mitzuwirken. Opfer ihres Parasitentums wird insbesondere der Mittelstand unseres Volkes sein, zu dem heute auch der wesentliche Teil der Arbeiterschaft gehört, jener Klientel, der sich die SPD in grauer Schmidt-Vorzeit einmal verpflichtet fühlte – als es noch einen Kurt Schumacher gab.

Verzeichnis ausgewählter Literatur

Adler, Manfred, *Die Freimaurer und der Vatikan,* Verlag Claus P. Clausen, Lippstadt

Adler, Manfred, *Die antichristliche Revolution,* Miriam-Verlag, Jestetten

Allen, Gary, *Die Insider Bd. 1,* Verlag für außergewöhnliche Perspektiven, Wiesbaden 1994

Allen, Gary, *Die Insider Bd. 2,* Verlag für außergewöhnliche Perspektiven, Wiesbaden 1992

Allen, Gary, *Die Rockefeller-Papiere,* Wiesbaden 1976

Arnim, Hans Herbert von, *Die Partei, der Abgeordnete und das Geld*, v. Hase u. Koehler, Mainz 1991, [2]1995

Arnim, Hans Herbert von, *Staat ohne Diener. Was schert die Politiker das Wohl des Volkes?* Kindler, München 1993

Barron, Bryton, *The Intouchable State Department,* 1962

Bennett, William J., T*he index of leading cultural indicators,* 1994

Benoist, Alain de, *Demokratie – das Problem,* Hohenrain, Tübingen 1986

Berg, Carl-Friedrich, *In Sachen Deutschland. Insiderprotokoll über die Liquidation einer Nation*, Hohenrain, Tübingen 1994

Blackwood, Peter, *Die Netzwerke der Insider. Ein Nachschlagewerke über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten,* Diagnosen, Leonberg 1986

Carr, William Guy, *Pawns in the Game*, Emissary Publications, 9205 SE Clackamas Rd 1776,OR 97015

Carter, John Franklin, *Our Lords and Masters,* 1935

Cooper, William, *Behold a Pale Horse,* Light Technology Publication, P.O. Box 1495, Sedoua AZ 86 336

Deschner, Karlheinz, *Mit Gott und dem Führer,* Kiepenheuer & Witsch, Köln 1980
Deschner, Karlheinz, *Der gefälschte Glaube,* Knesebeck, München 1988
Deschner, Karlheinz, *Der Moloch. Zur Amerikanisierung der Welt,* Wertbrecht, Stuttgart 1992
Detlefs, Gerhard, *Die Pervertierung der Meinungsfreiheit. Der Schleichweg in die Gesinnungsdiktatur,* Hohenrain, Tübingen 1995
Dormhoff, William G., *Who Rules America,* 1967
Dorsey, Herbert G., *The History of the New World Order,* 323 E. Maltilda Str., 110–128, Ojaica, CA 93023
Dürrmann, Peter, *Heimat und Identität*, Hohenrain, Tübingen 1994
Ederer, Günter, *Das leise Lächeln des Siegers,* Econ, Düsseldorf 1994
Engel, Leopold, *Geschichte des Illuminaten-Ordens,* Faksimile, Bremen 1985
Fritsch, Theodor, *Die zionistischen Protokolle,* 1933
Fromm, Erich, *Die Flucht vor der Freiheit,* DVA, Stuttgart 1983
Gasset, Ortega y, *Der Aufstand der Massen,* DVA, Stuttgart 1993
Goldmann, Nahum, *Das Jüdische Paradox,* 1978
Gordon, Helmut, *›Zions‹ Griff zur Weltherrschaft,* Druffel, Leoni 1986
Greene, Carol, *Der Fall Charles Mason,*Bötiger, Wiesbaden 1992
Griffin, Des, *Wer regiert die Welt?,* Wiesbaden 1955
Gross, Martin L., *A call for Revolution,* 1993
Hoffmann, Lutz, *Die unvollendete Republik. Einwanderungsland oder Nationalstaat, Papyrossa, Köln* 1992
Hoffman, William, *David: Report on a Rockefeller,* 1971
Howard, Philip K., *The Death of Common Sense,* 1994
Ishihara, Shintaro, *Wir sind die Weltmacht,* Lübbe, Bergisch Gladbach 1992

Krojanker, Gustav, *Zum Problem des neuen deutschen Nationalismus. Eine zionistische Orientierung gegenüber den nationalistischen Strömungen unserer Zeit,* 1932
Kull, Ulrich, *Evolution des Menschen,* 1982
Litt, Theodor, *Individuum und Gemeinschaft,* 1919
Low, Theodore J., *The End of Liberalism,* 1984
Lumsden, Ch. J./Wilson, E. O., *Promethean Fire,* 1983
Mackie, J.L., *Ethik,* 1981
Manhattan, Avro, *Der Vatikan und das XX. Jahrhundert,* Verlag für ganzheitliche Kultur und Forschung, Strukum o. j.
Martin, James, *All Honorable Men,* 1950
Medved, Michael, *Hollywood vs. America,* 1992
Mill, Jon. Stuart, *On Liberty,* 1859
Mullins Eustace/Bohlinger Roland, *Die Bankierverschwörung. Die Machtergreifung der Hochfinanz und ihre Folgen.* Verlag für ganzheitliche Kultur und Forschung, Strukum o. J.
Neilson, Francis, *The Makers of the War,* 1950
Nelson, Rob/Cowan, Jan, *Revolution X,* 1994
Niekisch, Ernst, *Grundfragen deutscher Außenpolitik,* 1925
Niger, Karl-Heinz, *Die EG-Drahtzieher. Das Imperium der ERT, Bilderberger Konferenz,* Unipress, Hollfeld 1993
Ottmann, Henning, *Individuum und Gemeinschaft bei Hegel,* Gruyter, Berlin 1977
Popper, Karl. R., *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde,* Mohr, Tübingen 1945/1992
Quigley, Carroll, *Tragedy and Hope,* 1966
Quigley, Carroll, *The Anglo-American Establishment – From Rhodes to Clivden,* 1966
Robertson/Holzner, *Identity and Authority,* 1979
Roth, Klaus, *Freiheit und Institutionen in der politischen Philosophie Hegels,* 1989

Rothkranz, Johannes, *Die kommende Diktatur der Humanität,* 1990
Russell, Bertrand, *Why I am not a Christian,* 1957
Sander, Hans-Dietrich, *Der Nationale Imperativ,* Heitz u. Höffkes, Essen 1990
Schrenck-Notzing, Caspar, *Charakterwäsche,* Ullstein, Berlin 1993
Shapiro, Andrew L., *Die verlorene Weltmacht,* Bertelsmann, München 1993
Simon, Yves R., *Freedom and Community,* 1968
Singer, Peter, *Praktische Ethik,* Reclam, Düsseldorf 1984
Smith, Arthur D., *Men Who Run America,* 1935
Streich, Hermann, *Die Begegnung mit dem Schicksal,* 1950
Sutton, Anthony C., *America's Secret Establisment,* Liberty House Press, 2027 Iris, Montana 59102
Sutton Anthony C./Wood Patrick M., *Trilaterals over Washington,* 1978
Tönnies, Ferdinand, *Gemeinschaft und Gesellschaft,* Wissensch. Buchg., Darmstadt 1935/1991
Vital, David, *The Origins of Zionism,* 1975
Waizmann, Chaim, *Trial and Error,* 1949
Warburg, Paul, *The Federal Reserve System, 1930*
Wechsberg, Joseph, *The Merchant Bankers,* 1966
Winter, Rolf, *Ami, go home. Plädoyer für den Abschied von einem gewalttätigen Land,* Rasch & u. Röhring Hamburg 1989
Winter, Rolf, *Der amerikanische Alptraum,* Heyne, München 1990
Winter, Rolf, *Nein, so hat diese Republik nicht werden sollen*, Rasch & u. Röhring Hamburg 1994
Woltersdorf, Hans Werner, *Die Ideologie der neuen Weltordnung,* Eigenverlag, Remagen 1992
Yalopp, David A., *Im Namen Gottes,* München 1984.

Der Verfasser, studierter Jurist, Politologe und Betriebswirt, Mitte 40, früherer Bankvorstand, ist hochrangiger promovierter Jurist und verfügt auf Grund längerer USA-Aufenthalte über intime Kenntnisse der US-Gesellschaft.



Durch einen stillen Staatsstreich von oben, der die ideelle Komponente des verfassungsrechtlich garantierten Sozialstaatsprinzips faktisch außer Kraft setzte, wurden die besiegten, entmündigten Deutschen nach dem Muster der USA Inc. der Kälte einer absurden, entsolidarisierten
WOLFSGESELLSCHAFT
ausgeliefert, um ihnen ›für alle Zeiten‹ die alternative Erfahrung von Geborgenheit und Sicherheit im Rahmen einer harmonischen, auf tradierten Werten beruhenden
GEMEINSCHAFT
vorzuenthalten.
DER KOMMENDE KULTURKAMPF
wird in seiner ganzen Härte nicht mehr seine Verursacher treffen, sondern vor allem diejenigen, die heute in der Mitte ihres Lebens stehen, und die nach ihnen Geborenen.


ISBN 3-89180-043-6
9 783891 800430

HOHENRAIN